

66631/1

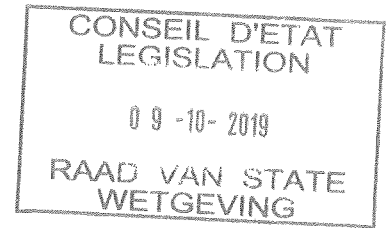
REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:



Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' followed by a star-like symbol.

DEKRETVORENTWURF ÜBER DIE ADOPTION

INHALTSANGABE

Mit diesem Dekretentwurf wird die rechtliche Grundlage für Adoptionen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt.

Im Rahmen der personenbezogenen Angelegenheiten ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Hilfe, Begleitung und Unterstützung, die den Adoptionskandidaten, den Adoptierenden, den Adoptierten und den leiblichen Eltern angeboten wird, zuständig. Durch den vorliegenden Dekretentwurf legt die Deutschsprachige Gemeinschaft die Regeln für die Vorbereitung der Adoptionskandidaten, die Sozialuntersuchungen, die Adoptionsvermittlung und die weitere Begleitung nach einer Adoption fest.



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Kommentar zu den Artikeln.....	7
Vorentwurf	28



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Adoptionen fallen teils in die Zuständigkeit des Föderalstaats, teils in die der Gemeinschaften.

Der Föderalstaat legt die zivilrechtlichen Regeln fest, insbesondere die Regeln, die das Statut der Minderjährigen und der Familie betreffen - und folglich auch den Adoptionsbereich. Der Föderalstaat bestimmt somit die Rahmenbedingungen der Adoption (Notwendigkeit eines Eignungsurteils, Alter der Adoptionskandidaten, Subsidiaritätsprinzip...), die Zusammenstellung der Adoptionsakte (den ausländischen und belgischen Behörden mitzuteilende Angaben), die Formen der Adoption und ihre Auswirkungen. Darüber hinaus ist der Föderalstaat für alles zuständig, was die Staatsbürgerschaftsrechte und die Gesetzgebung in Bezug auf den Zugang zum Staatsgebiet und den Aufenthalt von Ausländern in Belgien betrifft - und somit für die Anerkennung von im Ausland erfolgten Adoptionen.

Die Gemeinschaften hingegen legen, im Rahmen der personenbezogenen Angelegenheiten, die Regeln für die Hilfe, Begleitung und Unterstützung fest, die den Adoptionskandidaten, den Adoptierenden, den Adoptierten und den leiblichen Eltern angeboten werden. Die Gemeinschaften sind dementsprechend für die Vorbereitung der Adoptionskandidaten, die Adoptionsvermittlung, die Durchführung der vom Familiengericht angeordneten Sozialuntersuchungen und die weitere Begleitung nach einer Adoption zuständig.

Das Gesetz vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption, das am 1. September 2005 in Kraft getreten ist, veränderte das Adoptionsverfahren grundlegend. Die Reform war erforderlich, damit Belgien das Haager Übereinkommen vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption ratifizieren konnte und die Prinzipien in das belgische Rechtssystem umsetzen konnte. Die Ratifizierung des Übereinkommens war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Wahrung der Rechte des Kindes.

Die im föderalen Gesetz vom 24. April 2003 angestrebte Reform definierte ebenfalls neue Verpflichtungen für die Gemeinschaften:

- die Durchführung einer verpflichtenden Vorbereitung für alle Adoptionskandidaten;
- die Durchführung einer Sozialuntersuchung, die vom Familiengericht angeordnet wird;
- die Förderung der Zusammenführung der Familien nach den Vorgaben des Übereinkommens der Vereinten Nationen und des Haager Übereinkommens zur internationalen Adoption.

Durch das Dekret vom 21. Dezember 2005 zur Adoption wurde in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die rechtliche Grundlage zur Umsetzung der Rahmenbedingungen, die durch das Gesetz zur Reform der Adoption festgelegt wurden, geschaffen.

Da es sich bei der Adoption um eine komplexe Materie handelt, bei der eine gute Zusammenarbeit der Behörden der unterschiedlichen Zuständigkeitsebenen erforderlich ist, wurde schnell die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und den Gemeinschaften deutlich. Dieses Abkommen wurde am 12. Dezember 2005 abgeschlossen. Es umfasst Regelungen in Bezug auf die Vorbereitung der Adoptionskandidaten, die Sozialuntersuchungen, die Aufbewahrung, Kommunikation und Über-



mittlung von Dokumenten, Berichten und Entscheidungen und den Konzertierungs- und Begleitausschuss.

Seit vielen Jahren forderten die Gemeinschaften eine Vereinheitlichung der internationalen und nationalen Adoptionsverfahren im Hinblick auf die Eignung der Adoptionskandidaten. Dies wurde durch die Verabschiedung des Gesetzes vom 6. Juli 2017 zur Vereinfachung, Harmonisierung, Informatisierung und Modernisierung von Bestimmungen im Bereich Zivilrecht und Zivilprozessrecht und im Notariatswesen und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Justiz (das so genannte "pot-pourri V" Gesetz) ermöglicht. Das Gesetz vom 6. Juli 2017 änderte ebenfalls weitere Bestimmungen in Bezug auf die Adoption ab. Hierzu gehören:

- Die bei der intrafamiliären Inlandsadoption angeordnete Sozialuntersuchung betrifft nicht mehr nur die Eignung der Adoptionskandidaten, sondern auch die Adoptierbarkeit des Kindes und sein Interesse adoptiert zu werden;
- Bei internationalen Adoptionen fällt der Bericht, der an die ausländische Zentralbehörde zu richten ist, um die bestmögliche Vermittlung für ein Kind zu gewährleisten, nicht mehr in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft sondern in die der Gemeinschaften.

Durch die Verabschiedung dieses Gesetzes wurde eine Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 erforderlich, da durch dieses Abkommen die Dienste oder Behörden der Gemeinschaften bestimmt werden können, die:

- für die Durchführung der verschiedenen von den Familiengerichten angeordneten Sozialuntersuchungen zuständig sind;
- die leiblichen Eltern über das Adoptionsprojekt informieren;
- für die Erstellung der Berichte über die Adoptionskandidaten und das zu adoptierende Kind zuständig sind, um die Vermittlung im Rahmen internationaler Adoptionen zu ermöglichen.

Diese Änderung erfolgte durch ein Zusammenarbeitsabkommen vom 6. Juni 2019, dessen Billigung durch die zuständigen Parlamente derzeit noch aussteht.

Um alle diese neuen Bestimmungen im deutschen Sprachgebiet umsetzen zu können, wurde dieser Moment genutzt, die Adoptionsregelung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch vorliegenden Dekretentwurf grundlegend zu erneuern. Folgende Schwerpunkte sind hierbei hervorzuheben:

Allgemeine Grundsätze des Dekrets

Die allgemeinen Grundsätze schaffen eine gemeinsame Handlungsgrundlage. Diese wird in einem zu erstellenden Qualitätshandbuch der Zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption (ZBGA) verankert. Eine klar beschriebene Vorgehensweise und ein Leitbild, nach denen die Fachleute ihre Arbeit richten, ermöglichen es, die Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Sachen Adoption für Adoptiveltern, Adoptierte, leibliche Eltern, andere Fachleute, die Zivilgesellschaft und die Herkunftsländer transparenter zu gestalten.

Darstellung des Adoptionsverfahrens

Eine klare Unterscheidung und eine chronologische Darstellung der verschiedenen Schritte, die die Adoptionskandidaten durchlaufen (Adoptionsvorbereitung, Sozialuntersuchungen, Adoptionsvermittlung und Nachbetreuung) soll ermöglichen, dass die Bestimmungen des Adoptionsverfahrens für die Betroffenen zugänglich, verständlich und vorhersehbar sind.



Begleitung und Nachbetreuung

Der Bereich der Adoption hat sich mit der Zeit wesentlich verändert. Durch die Verstärkung der Garantien zum Schutz der Kinder werden die Adoptionsprozeduren für die Adoptionskandidaten komplexer, länger und aufwendiger. So führt das Subsidiaritätsprinzip im Rahmen der Auslandsadoptionen dazu, dass immer weniger Kinder zur internationalen Adoption freigegeben werden. Dementsprechend entscheiden sich immer mehr Kandidaten für eine Inlandsadoption. Wartezeiten steigen an und Auswahlverfahren werden strenger. Außerdem kommen vermehrt Anfragen für aufwendige internationale intrafamiliäre Adoptionen (Adoption von Flüchtlingen, Adoption von einem verwandten Kind aus dem Ausland, usw.) auf.

Angesichts der neuen Herausforderungen im Bereich der Adoption muss die Begleitung der Betroffenen angepasst werden. Die Kandidaten müssen auf diese neue Situation und die damit verbundenen Auswirkungen intensiv vorbereitet und auch während der Wartezeit intensiver begleitet werden. Um die Unterstützung der Adoptionskandidaten im Alltag zu fördern, soll durch diesen Dekretentwurf eine intensivere Adoptionsbegleitung und Nachbetreuung ermöglicht werden.

Garantien für die Vertraulichkeit und den Datenschutz

Um realistische und verantwortungsbewusste sowie dem Wohle des Kindes entsprechende Adoptionsprojekte zu gewährleisten, verarbeiten die im Rahmen dieses Dekrets intervenierenden Akteure eine Vielzahl personenbezogener Daten der Adoptionskandidaten, der leiblichen Eltern und der zu adoptierenden Kindern. Damit der Respekt der Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen gewährleistet ist, wurden im vorliegenden Dekretentwurf Garantien zur Vertraulichkeit und zum Datenschutz vorgesehen. Diese Garantien lassen sich insbesondere von den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung/DSGVO) ableiten.

Spezifische oder technische Änderungen

Schließlich wurden verschiedene technische Artikel eingeführt, die insbesondere durch die Änderungen des föderalen Gesetzes erforderlich wurden.

Aufgrund der zwischen Föderalstaat und Gemeinschaften verteilten Zuständigkeit im Bereich Adoption, wurde in einem Großteil der Artikel des Dekretentwurfs auf die entsprechenden föderalen gesetzlichen Bestimmungen verwiesen. Die Tatsache, dass die Ausführung vieler Bestimmungen des Dekretentwurfs der Regierung übertragen wurde, ist dadurch bedingt, dass aufgrund der geringen Anzahl Adoptionen eine größtmögliche Flexibilität bei der Ausführung gewährleistet sein muss.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Anwendungsbereich des Dekretentwurfs.

Der Dekretentwurf findet Anwendung auf alle Dienste und Behörden, die im deutschen Sprachgebiet im Bereich der Adoption tätig sind, sowie auf die zu adoptierenden Kinder,

deren leiblichen Eltern, die Adoptionskandidaten und die Adoptierenden, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben.

Ausnahmen zu diesem Prinzip können nur im Rahmen von Zusammenarbeitsabkommen mit anderen belgischen Behörden festgelegt werden. Artikel 5 ermöglicht diese Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Adoptionskandidaten, der Adoptionsvermittlung, der Adoptionsbegleitung und der Nachbetreuung der Adoptierten und der Adoptierenden.

Artikel 2

Personenbezeichnungen im Dekretentwurf gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretentwurfs, die an mehreren Stellen vorkommen und sorgt so für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Artikel 4

Dieser Artikel enthält die allgemeinen Grundsätze, auf denen die Adoptionsregelung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beruht.

Im Einklang mit ihren internationalen Verpflichtungen betrachtet die Deutschsprachige Gemeinschaft die Adoption in erster Linie als eine Maßnahme zum Schutz des Kindes. Absatz 1 bekräftigt daher, dass eine Adoption im Interesse des Kindes und zu seinem Wohle erfolgen soll. Das Interesse der Erwachsenen ist hierbei zweitrangig.

In diesem Sinne fördert die Deutschsprachige Gemeinschaft durch Absatz 2 die in Artikel 21 der Konvention vom 20. November 1989 über die Rechte der Kinder und in Artikel 4 des Übereinkommens vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption festgelegte Subsidiarität der Inlandsadoption sowie die doppelte Subsidiarität der internationalen Adoption. Das Subsidiaritätsprinzip der Adoption schreibt fest, dass die Adoption die letzte denkbare Lösung für das Kind ist, nach Ausschluss aller anderen Schutzmaßnahmen (Verbleib in der Ursprungsfamilie, interne Adoption im Herkunftsland).

Absatz 3 dieses Artikels sieht weitere Grundsätze vor, die anwendbar auf die Adoptionsverfahren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind.

So werden alle betroffenen Personen des Adoptionsverfahrens - das zu adoptierende Kind, seine leiblichen Eltern, die Adoptionskandidaten, die Adoptierenden und der Adoptierte - mit Respekt und Rücksicht auf ihr Privat- und Familienleben und ihre Bedürfnisse behandelt. Jede Situation wird individuell betrachtet und begleitet. Zur Förderung der Personen und Familien wird im Rahmen des Dekrets eine qualitative und individualisierte Information, Beratung und Unterstützung angeboten.

Artikel 5

Aufgrund der geringen Anzahl Adoptionen im deutschen Sprachgebiet, wurde bisher kein Adoptionsvermittlungsdienst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannt.

Um dennoch die Begleitung des zu adoptierenden Kindes, die Adoptionsvorbereitung der Adoptionskandidaten, die Adoptionsvermittlung und die Nachbetreuung zu gewährleisten, legt Paragraf 1 fest, dass die Regierung Zusammenarbeitsabkommen mit den anderen

belgischen Behörden abschließen kann. Diese Abkommen sollen die Bedingungen und Modalitäten einer möglichen Delegation der Durchführung bestimmter Aufgaben oder die Bereitstellung von bestehenden Ressourcen zwischen den belgischen Behörden regeln.

So ermöglicht bereits das Sektorielle Abkommen vom 27. April 2001 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich der Jugendhilfe und Adoption, zuletzt abgeändert am 16. April 2004, die Begleitung von Adoptionskandidaten aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch Adoptionsvermittlungsdienste der Französischen Gemeinschaft.

Gemäß Paragraf 2 kann die Regierung eine Unterstützung der Adoptionskandidaten vorsehen, die bei einem Adoptionsvermittlungsdienst einer anderen Gemeinschaft aufgrund der Sprache auf Verständigungsschwierigkeiten stoßen.

Artikel 6

Artikel 6 des Übereinkommens vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption sieht vor, dass jeder Vertragsstaat eine oder mehrere Zentralbehörden bestimmt, die die durch das Übereinkommen übertragenen Aufgaben wahrnehmen.

Gemäß Artikel 360-1 des Zivilgesetzbuchs, eingefügt durch das Gesetz vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption, bestimmt in Belgien jede Gemeinschaft ihre Zentralbehörde. Auf Grundlage ihrer Befugnisse, obliegt diese Bestimmung den jeweiligen Regierungen.

Artikel 6 sieht daher vor, dass die Regierung eine Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption (ZBGA) schafft. Der Sitz dieser Behörde ist aufgrund seiner hoheitlichen Aufgaben im Ministerium angesiedelt.

Artikel 7

Dieser Artikel definiert die Zusammensetzung der ZBGA.

Artikel 8

In diesem Artikel werden die Aufgaben der ZBGA festgelegt.

Ein Großteil dieser Aufgaben ist in verschiedenen Bestimmungen des Übereinkommens vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption, des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption und des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption, abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 6. Juni 2019 enthalten.

Eine Adoption nach dem Übereinkommen vom 29. Mai 1993 kann nur durchgeführt werden, wenn die zuständigen Behörden:

- festgestellt haben, dass ein Kind adoptierbar ist und dass eine Adoption im besten Interesse des Kindes liegt und seine Grundrechte respektiert; das Kind muss der Ausgangspunkt für die Adoption sein und nicht die Eltern, die sich ein Kind wünschen;
- das Subsidiaritätsprinzip der internationalen Adoption gewährleisten; Kinder sollten vorrangig in ihrem eigenen Land, in einem kulturellen, sprachlichen und religiösen



- Umfeld, das ihren Ursprüngen so nahe wie möglich kommt, adoptiert werden;
- sichergestellt haben, dass die Akteure (adoptierte Kinder ihrem Alter entsprechend, leibliche Eltern, Einrichtungen im Herkunftsland usw.) über die Folgen ihrer Zustimmung zur Adoption informiert wurden;
 - festgestellt haben, dass die Adoptionskandidaten geeignet und in der Lage sind, eine Adoption durchzuführen und dementsprechend beraten werden; das Ziel der Adoption besteht darin, die am besten geeignete Familie für ein Kind, das gegebenenfalls traumatische Situationen erlebt hat, zu finden;
 - sichergestellt haben, dass die Vermittlung auf einem psychologischen, medizinischen und sozialen Bericht basiert;
 - sichergestellt haben, dass das Kind im Empfangsstaat dauerhaft einreisen und sich dort aufhalten darf oder wird;
 - eine besondere Unterstützung auf Anfrage der Eltern organisieren und fördern;
 - mit den zuständigen Behörden der Herkunftsländer zusammenarbeiten, um den Schutz der Kinder zu gewährleisten;
 - Informationen über die Situation des Kindes und der Adoptionskandidaten, die für den Abschluss der Adoption erforderlich sind, aufbewahren und austauschen;
 - das Adoptionsverfahren organisieren;
 - auf Anfragen nach Informationen zu einer bestimmten Adoptionssituation antworten;
 - Dienste anerkennen; das Adoptionsverfahren muss von kompetenten und multidisziplinären Diensten durchgeführt werden, die anerkannt sind und einer Aufsicht der zuständigen nationalen Behörden unterliegen;
 - Profit-Logik vermeiden; der Schutz des Kindes darf keinen Profit irgendeiner Art generieren und jeder Handel muss bekämpft und verfolgt werden.

Die ZBGA ist ein Referenzpunkt für alle Adoptionen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sowohl für Einzelpersonen, als auch für Dienste und Behörden. Sie gewährleistet die Zusammenarbeit mit belgischen oder ausländischen Behörden und Instanzen im Bereich der Adoption. In diesem Rahmen gewährleistet sie auch die Veröffentlichung von Informationen zur Adoption und seinem Verfahren im deutschen Sprachgebiet, zum Beispiel über die Medien, durch Informationsbroschüren oder durch Informationsabende. Außerhalb dieser Informationskampagnen bietet die ZBGA individuelle Informationsgespräche an.

Sollte ein Adoptionsvermittlungsdienst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannt werden, findet vonseiten der ZBGA eine Betreuung, Koordination, Aufsicht sowie Evaluation dieses Dienstes statt, um zu garantieren, dass die Anerkennungsbedingungen gewährleistet bleiben, die Adoptionsprozeduren das Wohl der betroffenen Personen berücksichtigen und den in vorliegendem Dekretentwurf erwähnten Grundsätzen entsprechen.

Sollten im Rahmen eines Adoptionsverfahrens Beschwerden der Adoptionskandidaten oder Adoptierenden aufkommen, verpflichtet sich die ZBGA diese zu untersuchen, um mit den betroffenen Personen nach einer Lösung zu suchen.

Bei den weiteren in diesem Artikel aufgezählten Aufgaben handelt es sich um Aufgaben, die in den folgenden Artikeln des Dekretentwurfs erläutert werden.

Artikel 9

Dieser Artikel führt ein Qualitätshandbuch der ZBGA ein.

Das Qualitätshandbuch soll die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen der Behörde und somit eine größere Transparenz in ihren Handlungen ermöglichen.

In diesem Handbuch werden Vorgehensweisen und Qualitätsstandards festgelegt. Auch wird das Leitbild, das die ZBGA bei der Umsetzung ihrer Aufgaben berücksichtigt, formuliert.

Spätestens alle zwei Jahre wird das Handbuch den Entwicklungen im Adoptionsbereich angepasst.

Artikel 10

Artikel 10 sieht vor, dass die Regierung dem Parlament spätestens am 1. Mai jeden Jahres einen Bericht übermittelt, der die Anwendung des Dekrets analysiert. Dieser Jahresbericht wird durch die ZBGA erstellt.

Artikel 11

Dieser Artikel legt die Rahmenbedingungen zur Anerkennung von Adoptionsvermittlungsdiensten fest.

Die Adoptionsvermittlung muss zwingend über einen zu diesem Zweck anerkannten Dienst erfolgen. Bei der nicht-Einhaltung dieser Bestimmung sieht das Strafgesetzbuch folgende Strafen vor:

- Art. 391^{quater}: mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und mit einer Geldbuße von 26 bis zu 500 EUR oder mit nur einer dieser Strafen wird bestraft, wer in betrügerischer Absicht für sich selbst eine Adoption erwirkt hat oder zu erwirken versucht hat, die gegen die Bestimmungen des Gesetzes verstößt.
- Art. 391^{quinquies}: mit einer Gefängnisstrafe von einem bis zu fünf Jahren und mit einer Geldbuße von 500 bis zu 25.000 EUR oder mit nur einer dieser Strafen wird bestraft, wer bei einer Adoption als Mittelsperson aufgetreten ist und für einen Dritten eine Adoption erwirkt hat oder zu erwirken versucht hat, ohne Mitglied eines vorher zu diesem Zweck von der zuständigen Gemeinschaft zugelassenen Adoptionsdienstes zu sein, oder wer als Mitglied eines zugelassenen Adoptionsdienstes für einen Dritten eine Adoption erwirkt hat oder zu erwirken versucht hat, die gegen die Bestimmungen des Gesetzes verstößt.

Aufgrund der geringen Anzahl Adoptionen, gibt es zurzeit keinen Adoptionsvermittlungsdienst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Wie bisher können sich die Adoptionskandidaten an die anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste der Französischen Gemeinschaft wenden oder aber unter den in Artikel 43 festgelegten Bedingungen an die ZBGA.

Artikel 12

Dieser Artikel legt das Anerkennungsverfahren der Adoptionsvermittlungsdienste fest.

Gemäß Paragraph 1 reicht der Adoptionsvermittlungsdienst mit seinem Antrag die notwendigen Dokumente und Belege ein.

Der Adoptionsvermittlungsdienst kann sowohl die Anerkennung für eine Inlandsadoption, für eine internationale Adoption oder gleichzeitig für beide Formen der Adoption beantragen.

Gemäß Paragraph 2 ist die Anerkennung auf eine Dauer von sechs Jahren begrenzt, sodass ein anderer Adoptionsvermittlungsdienst, der im Laufe der Zeit anerkennungsfähig ge-



worden ist, nach Ablauf der Frist ebenfalls die Möglichkeit hat, einen Antrag auf Anerkennung zu stellen. Die Anerkennung wird für einen bestimmten Adoptionsvermittlungsdienst erteilt und ist erneuerbar.

Paragraf 3 legt fest, dass der Adoptionsvermittlungsdienst einen neuen Antrag stellen muss, wenn die befristete Anerkennung abgelaufen ist und wenn festgestellt wird, dass die Angaben zur Anerkennung sich verändert haben und angepasst werden müssen.

Paragraf 4 sieht schließlich einige Ermächtigungen an die Regierung zwecks Ausführung des Artikels vor.

Artikel 13

Dieser Artikel beschreibt die Verpflichtungen, die zur Aufrechterhaltung der Anerkennung eingehalten werden müssen. Sie beziehen sich auf die dekretalen Verpflichtungen sowie auf die Anerkennungsbedingungen des Artikels 11.

Die Regierung kann die Verpflichtungen weiter präzisieren und weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung auferlegen.

Artikel 14

Dieser Artikel beschreibt das Verfahren der Aussetzung und des Entzugs der Anerkennung, das angewandt wird, wenn eine oder mehrere Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, nicht mehr erfüllt werden.

Gemäß Paragraf 1 wird der Adoptionsvermittlungsdienst durch die Regierung dazu aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Kommt der Adoptionsvermittlungsdienst dieser Aufforderung nicht nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie.

Paragraf 2 sieht vor, dass die Regierung die diesbezüglichen Verfahren festlegt.

Gemäß Paragraf 3 hat die Aussetzung oder das Entzugsverfahren zur Folge, dass keine neuen Adoptionsvermittlungen eingeleitet werden dürfen. Mit dieser Maßnahme sollen weitere Adoptionskandidaten vor den Folgen der Nichteinhaltung der Anerkennungsbedingungen geschützt werden. Die Adoptionsvermittlungen, die bereits vor Notifizierung der Entscheidung über die Aussetzung oder die Einleitung eines Entzugsverfahrens in Anspruch genommen wurden, dürfen weiterhin erbracht werden. Diese Maßnahme soll vermeiden, dass die Adoptionskandidaten ein bereits angefangenes Adoptionsvermittlungsverfahren neu einleiten müssen.

Der Adoptionsvermittlungsdienst wird angehalten, die Adoptionskandidaten über die Gründe der Aussetzung oder des Entzugs zu informieren. Die Adoptionskandidaten können somit in Kenntnis der Situation eine Entscheidung für sich treffen und möglicherweise sofort nach anderen Lösungen, gegebenenfalls mit der Unterstützung der ZBGA, suchen. Die Regierung bestimmt die Form, den Inhalt und das Verfahren, gemäß denen die Information den Adoptionskandidaten zur Kenntnis gebracht wird.

Artikel 15

Dieser Artikel bestimmt, dass der Entzug oder der Ablauf der Anerkennung die Beendigung aller Adoptionsvermittlungen des betroffenen Adoptionsvermittlungsdienstes zur Folge hat.



Die Regierung bestimmt das entsprechende Verfahren.

Artikel 16

Dieser Artikel betraut die Regierung damit, die Bedingungen zur Bezuschussung der in Anwendung von Artikel 11 anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste festzulegen. Im Rahmen des Dekretentwurfs gelten die allgemeinen Prinzipien, die im Gesetz vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushalte, die Kontrolle der Zuschüsse und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen (insbesondere die Artikel 11 bis 14) und die im Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgehalten sind.

Artikel 17

Dieser Artikel führt eine allgemeine Bestimmung zur Regelung der Zuschusskontrolle auf. Der Verweis auf das Gesetz vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen sorgt für eine unmissverständliche Identifizierung des Rechtsrahmens bei der Zuschusskontrolle.

Artikel 18

In diesem Artikel wird die Möglichkeit vorgesehen, die Bezuschussung sowie eine weitere Aufgabenbeschreibung über einen durch die Regierung mit einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst abgeschlossenen Vertrag zu regeln.

Die Regierung ist ermächtigt den Rahmen sowie die weiteren Inhalte des Vertrags festzulegen.

Artikel 19

Dieser Artikel bestimmt, dass die Regierung die Verträge mit einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst für eine Dauer von einem bis sechs Jahren abschließen kann. Ein Vertrag kann jedoch verlängert werden, insofern die Anerkennung des betroffenen Adoptionsvermittlungsdienstes noch nicht abgelaufen ist.

Artikel 20

Die Bestimmungen der Artikel 20 bis 23 beziehen sich auf den Fall, in dem ein Kind aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch seine leiblichen Eltern zur Adoption freigegeben wird und durch Adoptionskandidaten aus Belgien adoptiert werden soll.

Artikel 20 betrifft die Intervention der ZBGA bei leiblichen Eltern, die beabsichtigen, ihr Kind oder das ungeborene Kind zur Adoption freizugeben.

Paragraf 1 sieht vor, dass die ZBGA die leiblichen Eltern, bevor sie ihre Zustimmung zur Adoptionsfreigabe erteilt haben, über die Folgen ihrer Zustimmung informiert. Diese Information bezieht sich insbesondere auf:

- die Rechte, den Beistand und die Vorteile, die der Familie, dem Vater und der Mutter und ihren Kindern durch Gesetz oder Dekret gewährleistet werden;



- die Mittel, auf die sie zurückgreifen können, um soziale, finanzielle, psychologische und andere Probleme, die aufgrund ihrer Situation entstehen, zu lösen.

Diese Unterstützung der leiblichen Eltern steht im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip der Adoption, da sie als Maßnahme zum Schutz der Kinder durchgeführt wird, um ihr Wohlbefinden, die Achtung ihrer Grundrechte und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse zu gewährleisten.

Die leiblichen Eltern können der Adoption erst zwei Monate nach der Geburt ihres Kindes zustimmen. Sollten sie bis dahin nicht für das Kind sorgen können oder wollen, kann die ZBGA gemäß Paragraph 2 intervenieren, um nach einer geeigneten Hilfe für das Kind zu suchen. Hierbei kann es sich zum Beispiel um eine vorläufige Unterbringung in einer Pflegefamilie oder einer Einrichtung handeln. Eine rechtliche Grundlage um den Pflegefamilienendienst mit einer Vermittlung des Kindes in eine Pflegefamilie zu beauftragen besteht bereits in Artikel 26 §2 Nummer 2 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen.

Artikel 21

Paragraph 1 bestimmt, dass wenn die leiblichen Eltern oder der Vertreter des Kindes die Entscheidung getroffen haben, das Kind zur Adoption freizugeben, sie die ZBGA schriftlich beauftragen, damit sie für dieses Kind die Adoptiveltern suchen kann, die seinen Eigenschaften und Bedürfnissen am besten entsprechen.

Paragraph 2 sieht vor, dass die ZBGA von den leiblichen Eltern alle Informationen sammelt, die für eine eventuelle Nachforschung über die Herkunft nützlich sein können, um das Recht des Kindes auf Zugang zu seinen Herkunftsinformationen zu gewährleisten. Diese Informationen werden in einem Bericht über das Kind festgehalten.

Paragraph 3 legt fest, dass die ZBGA die leiblichen Eltern im weiteren Verfahren unterstützt und ihnen auch nach der Adoption ihres Kindes im Rahmen der Adoptionsbegleitung zur Verfügung steht.

Paragraph 4 sieht vor, dass die Sammlung der Informationen und die Unterstützung der leiblichen Eltern einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst ganz oder teilweise übertragen werden können.

Artikel 22

Paragraph 1 sieht vor, dass die ZBGA einen Bericht über das Kind erstellt. Dieser Bericht enthält Angaben über die Identität des Kindes, seine Adoptierbarkeit, sein soziales Umfeld, seine persönliche Entwicklung und die der Familie, seine Krankheitsgeschichte und die seiner Familie sowie über seine besonderen Bedürfnisse.

Die Regierung ist ermächtigt, die Form und den weiteren Inhalt des Berichts festzulegen.

Dieser Bericht soll der ZBGA ermöglichen, für das Kind, das zur Adoption freigegeben wurde, die Adoptiveltern zu bestimmen, die diesem Kind unter Berücksichtigung seiner spezifischen Bedürfnisse das angemessenste Umfeld und die besten Entwicklungschancen bieten können.

 Paragraph 2 sieht vor, dass die Erstellung des Berichts und die Ermittlung der Adoptionskandidaten einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst übergeben werden können.

Artikel 23

Dieser Artikel legt die Unterstützung des zur Adoption freigegebenen Kindes durch die ZBGA bis zur Aussprache seiner Adoption sowie bei allen Nachforschungen über seine Herkunft fest.

Diese Unterstützung kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst ganz oder teilweise übertragen werden.

Artikel 24

Für alle Formen der Adoption müssen die Adoptionskandidaten an einer Adoptionsvorbereitung teilnehmen. Diese Vorbereitung liegt in der Zuständigkeit der Gemeinschaften.

Paragraf 1 sieht vor, dass die Adoptionskandidaten, bevor sie sich zur Adoptionsvorbereitung einschreiben können, an einem ersten Informationsgespräch teilnehmen müssen. Im Rahmen dieses Gesprächs übermittelt die ZBGA den Adoptionskandidaten allgemeine Informationen zur Adoption und zum Adoptionsverfahren.

Adoptionskandidaten, deren Adoptionsvermittlung von der ZBGA übernommen wird (Adoption in einem Staat, für den kein anerkannter Adoptionsvermittlungsdienst die Erlaubnis hat, zusammenzuarbeiten oder internationale intrafamiliäre Adoption) erhalten ebenfalls einen Fragebogen. Dieser Fragebogen soll der ZBGA eine Reihe von Informationen über die Situation und die Motivation der Adoptionskandidaten liefern, damit sie zu einem späteren Zeitpunkt prüfen kann, ob das Adoptionsprojekt fortgesetzt werden kann oder nicht.

Artikel 25

Im Rahmen des in Artikel 24 erwähnten Informationsgesprächs übermittelt die ZBGA den Adoptionskandidaten ein Einschreibeformular zur Teilnahme an der Adoptionsvorbereitung und teilt ihnen, nach Erhalt des ausgefüllten Formulars mit, wann die nächste Adoptionsvorbereitung stattfindet. In der Regel organisiert die ZBGA die Adoptionsvorbereitung in Form eines Seminars.

Artikel 26

Dieser Artikel sieht vor, dass die ZBGA überprüft, ob die Bewerber, die sich für die Vorbereitung einschreiben möchten, tatsächlich den gesetzlichen Bedingungen entsprechen. Die Bedingungen sind laut belgischem Recht vorgeschrieben und betreffen unter anderem den Zivilstand und das Alter.

Die Regierung ist ermächtigt, die Liste der Dokumente festzulegen, die von den Adoptionskandidaten für die Einschreibung zur Teilnahme an der Adoptionsvorbereitung vorzulegen sind.

Artikel 27

Dieser Artikel erlaubt es der ZBGA, die Einschreibung zur Adoptionsvorbereitung von Personen abzulehnen, die gesetzwidrig ein Adoptionsverfahren eingeleitet haben und die keine Möglichkeit haben, dieses zu regularisieren:

- weil ihr Regularisierungsantrag von der föderalen Zentralbehörde in Anwendung des Artikels 365-6 des Zivilgesetzbuchs abgelehnt wurde;



- weil es keine rechtliche Möglichkeit gibt, die durchgeführten Verfahren gemäß Artikel 361-5 des Zivilgesetzbuchs zu regularisieren.

Wenn sich diese Adoptionskandidaten jedoch für die Adoptionsvorbereitung für ein unbekanntes Kind einschreiben möchten, wird in der Teilnahmebescheinigung angegeben, dass sie nicht für das Adoptionsverfahren des gesetzwidrig adoptierten Kindes verwendet werden darf.

In Situationen, in denen die ZBGA Kenntnis von Tatsachen hat, die in den Anwendungsbereich der Artikel 363-1 bis 363-4 des Zivilgesetzbuchs fallen (Schutzmaßnahmen), vermerkt sie dies auf der Teilnahmebescheinigung und informiert das zuständige Familiengericht, um es auf die Situation aufmerksam zu machen und zu ermöglichen, dass alle zweckdienlichen Maßnahmen getroffen werden. Es handelt sich hierbei unter anderem um den Kontakt zwischen Adoptierenden und der Herkunftsfamilie des Kindes vor Aussprache der Adoption, nicht-Beachtung von Bestimmungen des Haager Übereinkommens oder des Gesetzes und betrügerisches Handeln während des Adoptionsverfahrens.

Artikel 28

Die Adoptionsvorbereitung ist gesetzlich verpflichtend und geht jedem Adoptionsverfahren voran. Sie findet meistens in Form eines Vorbereitungsseminars statt, das von der ZBGA, unter Einhaltung des durch die Regierung festgelegten Programms, organisiert wird. Die Adoptionsvorbereitung verfolgt ein doppeltes Ziel: der Schutz der Kinder und die Unterstützung der Eltern. Sie ermöglicht es den Adoptionskandidaten, die verschiedenen Etappen des Adoptionsprozesses besser zu verdeutlichen und die konkreten Einflüsse auf ihr Leben und die des Kindes abzuwägen. Es geht darum, den Wunsch der Kandidaten, ein Kind zu adoptieren, mit Hilfe von Fachleuten in ein realistisches und verantwortungsbewusstes Adoptionsprojekt umzuwandeln.

Das sektorielle Abkommen mit der Französischen Gemeinschaft vom 27. Januar 2001, zuletzt abgeändert durch das Abkommen vom 3. Juni 2004, schaffte die Möglichkeit für Adoptionskandidaten, die im deutschen Sprachgebiet wohnen und ausschließlich Französisch sprechen an der Vorbereitung der Französischen Gemeinschaft teilzunehmen. Für Kandidaten, die im französischen Sprachgebiet wohnen und ausschließlich Deutsch sprechen besteht die Möglichkeit, an der Vorbereitung der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilzunehmen.

Artikel 29

Dieser Artikel präzisiert das Ziel der Adoptionsvorbereitung. Bei der Vorbereitung sollen den Adoptionskandidaten insbesondere Auskünfte über die Verfahrensetappen, die Rechtsfolgen und anderen Folgen der Adoption sowie über die Möglichkeit und den Nutzen einer Nachbetreuung vermittelt werden.

Artikel 30

Die Adoptionsvorbereitung umfasst im Allgemeinen einen kollektiven und einen individuellen Teil, deren Programm durch die Regierung festgelegt wird.

Unter Berücksichtigung des gesetzlichen Mindestinhalts ist die Regierung zudem ermächtigt, ein spezifisches Programm zur Adoptionsvorbereitung festlegen für:

- intrafamiliäre Adoptionen;
- Personen, die bereits ein Kind adoptiert haben;
- Adoptionen eines Kindes mit Beeinträchtigung;



- Personen, die bereits eine Adoptionsvorbereitung durchgeführt haben.

Artikel 31

Nachdem die Adoptionskandidaten an der Vorbereitung teilgenommen haben, wird ihnen durch die ZBGA eine achtzehn Monate gültige Teilnahmebescheinigung ausgestellt. Die Form der Teilnahmebescheinigung entspricht dem Muster, das dem Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Dezember 2005, zuletzt abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 6. Juni 2019, beigefügt ist.

Die Bescheinigung für Adoptionskandidaten, die im deutschen Sprachgebiet wohnen und ausschließlich Französisch sprechen und an der Vorbereitung der Französischen Gemeinschaft teilgenommen haben, wird ebenfalls durch die ZBGA ausgestellt.

Artikel 32

Die Teilnahmebescheinigung ermöglicht den Adoptionskandidaten, einen Antrag beim Familiengericht einzureichen zwecks Erlangung eines Eignungsurteils. Dieses bestätigt, dass die Adoptierenden die spezifischen elterlichen Fähigkeiten besitzen, um angemessen auf Verhaltensweisen des adoptierten Kindes reagieren zu können und befähigt sie somit, eine Adoption vorzunehmen.

Um die Eignung festzustellen, prüft der Richter, ob die Adoptionskandidaten die rechtlichen Voraussetzungen für die Adoption erfüllen und über die erforderlichen sozialpsychologischen Eigenschaften verfügen. Das Familiengericht beauftragt die ZBGA, eine Sozialuntersuchung durchzuführen, die als Grundlage für die Beurteilung der Eignung der Kandidaten dient. Im Falle einer intrafamiliären Adoption wird nicht zwingend eine Sozialuntersuchung angeordnet.

Es gibt drei verschiedene Arten von Sozialuntersuchungen über die Eignung der Adoptionskandidaten:

1. Sozialuntersuchung zur Beurteilung der Eignung im Rahmen von internationalen Adoptionen oder extrafamiliären Inlandsadoptionen (Artikel 1231-1/4 des Gerichtsgesetzbuchs);
2. Sozialuntersuchung zur Verlängerung der Gültigkeit des Eignungsurteils (Artikel 1231-1/11 des Gerichtsgesetzbuchs);
3. Sozialuntersuchung zur Beurteilung der Eignung von Adoptionskandidaten im Rahmen eines Verfahrens zum Ausspruch einer intrafamiliären Inlandsadoption (Artikel 1231-6 des Gerichtsgesetzbuchs).

Der Bericht dieser Sozialuntersuchungen beinhaltet einen sozialen, einen medizinischen und einen psychologischen Teil, sowie die Schlussfolgerungen. Im Rahmen des Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Dezember 2005, zuletzt abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 6. Juni 2019, wird festgelegt, was diese Sozialuntersuchungen mindestens umfassen müssen, damit eine gewisse Einheit der Untersuchungen in Belgien gewährleistet wird. Im Verfahren zur Feststellung der Eignung der Adoptionskandidaten betrifft die Sozialuntersuchung unter anderem:

- die Identität, die sozioökonomische Situation und das soziale Umfeld der Adoptionskandidaten;
- die zur Adoption notwendigen sozialpsychologischen Eigenschaften. Diese werden unter anderem erfasst anhand von Informationen:
 - zu den persönlichen Eigenschaften der Adoptionskandidaten;
 - zur Geschichte und Dynamik des Paares und der Familie;
 - zum Wunsch nach Kindern und zu den Beweggründen für die Adoption;

- zu der Vorstellungen über die Adoption und die Erwartungen;
- zum Adoptionsprojekt;
- zur Erziehung des Kindes;
- zum psycho-affektiven Potenzial der Adoptionskandidaten;
- zum Profil des Kindes oder der Kinder, die den Adoptionskandidaten anvertraut werden können;
- zur medizinischen Situation der Adoptionskandidaten.

Für den psychologischen Teil der Sozialuntersuchungen wird ein durch die ZBGA bezeichneter Psychologe konsultiert. Seine Stellungnahme wird der Sozialuntersuchung beigelegt.

Das Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Dezember 2005, zuletzt abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 6. Juni 2019, legt fest, dass der Föderalstaat die Finanzierung der Sozialuntersuchungen trägt. Die Kosten werden auf der Grundlage eines Pauschalbetrags pro Sozialuntersuchung finanziert, dessen Höhe von der Art der Sozialuntersuchung abhängt.

Artikel 33

Dieser Artikel betrifft die Durchführung eines Teils der in Artikel 1231-6 des Gerichtsgesetzbuchs genannten Sozialuntersuchung (intrafamiliäre Inlandsadoption). Durch die föderale Gesetzesänderung sieht Artikel 1231-6 des Gerichtsgesetzbuchs vor, bei intrafamiliären Inlandsadoptionen sowohl die Eignung der Adoptionskandidaten als auch das Interesse des Kindes, adoptiert zu werden, zu beurteilen. Die Bestimmungen zum Teil „Eignung der Adoptionskandidaten“ sind in Artikel 32 aufgeführt. Artikel 33 enthält die Bestimmungen zum Teil „Interesse des Kindes“.

Paragraf 3 dieses Artikels sieht vor, dass die ZBGA die Übermittlung der in Artikel 348-4 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Informationen an die leiblichen Eltern gewährleistet. Dadurch müssen die Eltern sowohl über ihre Rechte in ihrer Situation informiert werden, als auch über die Hilfsmöglichkeiten, die bestehen, um eventuell soziale, finanzielle, psychologische und andere Probleme zu bewältigen.

Die Informationspflicht gegenüber den leiblichen Eltern davon abhängig zu machen, dass das Familiengericht die in Artikel 33 erwähnte Sozialuntersuchung angeordnet hat, ergibt sich aus Artikel 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005, zuletzt abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 6. Juni 2019.

Artikel 34

Die in Artikel 348-11 des Zivilgesetzbuchs erwähnte Sozialuntersuchung wird vom Familiengericht angeordnet, um festzustellen, ob die Verweigerung der Zustimmung zur Adoption durch die leiblichen Eltern des Kindes zum Nachteil dessen ist oder nicht. Diese Untersuchungen werden auf Grundlage eines Rundschreibens des Justizministers von den Justizhäusern durchgeführt. Angesichts der Übertragung der Zuständigkeit der Justizhäuser an die Gemeinschaften präzisiert Artikel 34, dass die Justizhäuser für die Durchführung dieser Sozialuntersuchung zuständig sind.

Artikel 35

Diese Sozialuntersuchung wird vom Familiengericht angeordnet, um bei einer internationalen Adoption zu untersuchen, ob ein in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnhaftes Kind die Voraussetzungen für eine internationale Adoption erfüllt (Artikel 1231-35 des



Gerichtsgesetzbuchs). Das Adoptionsverfahren für internationale Adoptionen von Kindern, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben, wird in Artikel 50 erläutert.

Artikel 36

Abschnitt 3 des Dekretentwurfs betrifft die Adoptionsvermittlung über einen Adoptionsvermittlungsdienst. Der erste Unterabschnitt enthält die allgemeinen Bestimmungen, die für alle Adoptionsvermittlungen gelten. Die folgenden Unterabschnitte enthalten spezifische Bestimmungen, die auf die verschiedenen Adoptionsvermittlungen anwendbar sind.

Artikel 36 definiert die Zielsetzung der Adoptionsvermittlung und legt die obligatorische Begleitung der Adoptionskandidaten durch einen Adoptionsvermittlungsdienst fest, mit Ausnahme der Adoptionsvermittlung bei intrafamiliären Adoptionen und Adoptionsvermittlungen über die ZBGA.

Die Begleitung durch einen Adoptionsvermittlungsdienst ist bei extrafamiliären Inlandsadoptionen und bei internationalen Adoptionen notwendig, insofern es einen Adoptionsvermittlungsdienst gibt, der befugt ist, mit dem jeweiligen Land zusammenzuarbeiten.

Im Rahmen der extrafamiliären Inlandsadoptionen ist im Gesetz klar festgelegt, dass die Adoptionsvermittlung über anerkannte Adoptionsvermittlungsdienste erfolgen muss. Somit bestraft das Strafgesetzbuch jede Person, die als Vermittler bei der Adoption handelt, ohne dazu anerkannt zu sein, sowie jeden Adoptionskandidaten, der eine Adoption erzielt, ohne die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten zu haben. Darüber hinaus wird durch den Adoptionsvermittlungsdienst sichergestellt, dass sich die Herkunftsfamilie der Folgen einer Adoption bewusst ist und dass das Adoptionsverfahren nicht betrügerisch verlaufen ist (z.B. dass die Herkunftsfamilie nicht "bestochen" wurde, um ihre Zustimmung zu geben, usw.).

Artikel 37

Die Modalitäten für die Fortsetzung der Adoptionsvermittlung über einen Adoptionsvermittlungsdienst und die Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten werden in einer Konvention festgelegt, die von beiden Parteien zu unterzeichnen ist.

Adoptionskandidaten können nicht mehrere Adoptionsvermittlungsverfahren gleichzeitig einleiten. Daher können sie auch nur eine Konvention mit einem einzigen Adoptionsvermittlungsdienst abschließen.

In Ausnahmefällen kann die ZBGA den Adoptionskandidaten genehmigen, zwei Adoptionsvermittlungen gleichzeitig einzuleiten und somit eine zweite Konvention zu unterzeichnen. Dies kann zum Beispiel der Fall bei Vermittlungsverfahren sein, die eine außergewöhnliche und unvorhersehbare Dauer aufweisen, bei Vermittlungsverfahren für die Adoption von Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder bei der Einführung eines Adoptionsantrags in einem Land, mit dem noch nie zuvor zusammengearbeitet wurde.

Artikel 38

Dieser Artikel bekräftigt einen der wichtigsten Grundsätze der Adoption, nämlich dass das Hauptziel der Adoption darin besteht, eine geeignete Familie für ein adoptierbares Kind zu finden und nicht ein Kind für Adoptionskandidaten.



Dieser Artikel sieht ebenfalls vor, dass die ZBGA jedem Kindervorschlag zustimmen muss, bevor er den Adoptionskandidaten vorgelegt wird. Eine Ablehnung des Kindervorschlags durch die ZBGA, nachdem die Adoptionskandidaten den Kindervorschlag bereits erhalten hätten, würde die Adoptionskandidaten in eine sehr schwierige emotionale Lage versetzen.

Die Genehmigung des Kindervorschlags beinhaltet die Prüfung der korrekten Anwendung der rechtlichen Bestimmungen und der Angaben über die Identität des Kindes, seine Adoptierbarkeit, seine persönliche Entwicklung, seine familiäre Situation, seine Krankheitsgeschichte und die seiner Familie, sein soziales Umfeld sowie seine besonderen Bedürfnisse.

Artikel 39

Dieser Artikel sieht vor, dass die Adoptionskandidaten, nachdem sie vom Familiengericht für geeignet befunden wurden, ein Kind zu adoptieren, sich für die Adoptionsvermittlung im Rahmen einer extrafamiliären Inlandsadoption an einen zu diesem Zweck anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst wenden.

Da es zurzeit keinen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt, können sich die Adoptionskandidaten auf Grundlage von Artikel 5 an einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst der Französischen Gemeinschaft wenden.

Absatz 2 ermächtigt die Regierung, die Bedingungen und das Verfahren für die Adoptionsvermittlung im Rahmen einer extrafamiliären Inlandsadoption festzulegen.

Artikel 40

Dieser Artikel sieht vor, dass die Adoptionskandidaten, nachdem sie vom Familiengericht für geeignet befunden wurden, ein Kind zu adoptieren, sich für die Adoptionsvermittlung im Rahmen einer internationalen extrafamiliären Adoption an einen zu diesem Zweck anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst wenden.

Da es zurzeit keinen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt, können sich die Adoptionskandidaten auf Grundlage von Artikel 5 an einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst der Französischen Gemeinschaft wenden.

Absatz 2 ermächtigt die Regierung, die Bedingungen und das Verfahren für die Adoptionsvermittlung im Rahmen einer internationalen extrafamiliären Adoption festzulegen.

Artikel 41

Artikel 41 sieht vor, dass, nachdem die Adoptionskandidaten eine Konvention mit einem Adoptionsvermittlungsdienst unterzeichnet haben und bevor das Kind in Belgien einreisen darf und die Adoption ausgesprochen werden kann, die ZBGA in Anwendung des Zivilgesetzbuches gewährleistet, dass dem Herkunftsstaat des Kindes eine Reihe von Unterlagen übermittelt werden. Hierzu gehören:

- das Urteil über die Eignung der Adoptionskandidaten, beziehungsweise das Urteil zur Verlängerung der Frist für die Eignung der Adoptionskandidaten;
- das Gutachten der Staatsanwaltschaft über die Adoptionskandidaten (Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuchs);
- der Bericht über die Adoptionskandidaten;



- das schriftliche Einverständnis der Adoptionskandidaten, für das Kind im Hinblick auf seine Adoption zu sorgen;
- die schriftlich gebilligte Entscheidung der ZBGA, das vorgeschlagene Kind den Adoptionskandidaten anzuvertrauen.

In der Praxis sind es die Adoptionsvermittlungsdienste, die diese Unterlagen den Herkunftsstaaten übermitteln, da sie direkt mit ihnen im Rahmen der Adoptionsvermittlung zusammenarbeiten. Dementsprechend überprüft die ZBGA, ob die Akte vollständig ist und teilt dem Adoptionsvermittlungsdienst ihr Einverständnis mit, die Akte der zuständigen ausländischen Behörde zu übermitteln.

Erhält die ZBGA vom Herkunftsstaat den Bericht mit den Angaben über ein zu adoptierendes Kind, übermittelt sie diesen dem von den Adoptionskandidaten ausgewählten Adoptionsvermittlungsdienst.

Artikel 42

Sollten Übersetzungskosten anfallen, werden diese von den Adoptionskandidaten getragen.

Artikel 43

Abschnitt 4 des Dekretentwurfs betrifft die Adoptionsvermittlung über die ZBGA.

Artikel 43 führt die Bedingungen auf, unter denen die ZBGA die Adoptionsvermittlung übernehmen kann. Dies ist der Fall, wenn kein Adoptionsvermittlungsdienst über eine Vermittlungsgenehmigung im Herkunftsstaat des Kindes verfügt und bei internationalen intrafamiliären Adoptionen (Adoption eines verwandten Kind oder eines Kindes, das das tägliche Leben des zukünftigen Adoptierenden teilt oder geteilt hat).

Absatz 2 sieht vor, dass die ZBGA die unter Nummer 1 erwähnte Adoptionsvermittlung verweigern kann, wenn es sich beim Herkunftsstaat des Kindes um ein Land handelt, in dem ein hohes Sicherheitsrisiko besteht (Aufstands- oder Kriegssituation, Terrorismus, Naturkatastrophe, humanitäre Katastrophe, ...). Um die Sicherheitslage zu beurteilen, orientiert sich die ZBGA an den Informationen die vom Föderale Öffentliche Dienst Auswärtige Angelegenheiten über die Länder veröffentlicht werden.

Artikel 44

Artikel 44 sieht vor, dass die ZBGA die in Artikel 43 erwähnten Adoptionskandidaten zu Beginn der Adoptionsvermittlung zu einem Vermittlungsgespräch einlädt, bei dem sie ihr Adoptionsprojekt vorstellen. Während dieses Gesprächs übermitteln die Adoptionskandidaten der ZBGA den ausgefüllten Fragebogen, der ihnen im Rahmen des Informationsgespräch ausgehändigt wurde. Zudem übermitteln sie der ZBGA jedes andere Dokument, das Auskunft über das Adoptionsprojekt geben kann, sowie die aktuellen Rechtsbestimmungen des Herkunftsstaates im Bereich der Adoption. Letztere müssen in die deutsche Sprache übersetzt werden. Unter anderem anhand dieser Dokumente prüft die ZBGA, ob das Adoptionsprojekt fortgesetzt werden kann oder nicht.

Artikel 45

Die ZBGA muss vor Beginn einer Adoptionsvermittlung die Einhaltung einer Reihe von Bestimmungen überprüfen, um zu vermeiden, dass die Adoptionskandidaten nicht ein

Adoptionsverfahren im Ausland beginnen, das im Nachhinein nicht von den belgischen Behörden anerkannt werden könnte.

In Zusammenarbeit mit den zuständigen ausländischen Behörden prüft die ZBGA unter anderem die Adoptierbarkeit des von dem Verfahren betroffenen Kindes, sein Interesse an einer Adoption und die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips der internationalen Adoption.

In Herkunftsländern, die das Übereinkommen vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption oder das Übereinkommen vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern unterzeichnet haben, gibt es eine zuständige Behörde, die Garantien für die Situation des Kindes gewährt.

Für Länder, die das Übereinkommen vom 29. Mai 1993 unterzeichnet haben, beziehen sich die von diesen Behörden gegebenen Garantien auf die Adoptierbarkeit des Kindes und die Achtung des in Artikel 4 des Übereinkommens genannten Subsidiaritätsprinzips. Dieses Subsidiaritätsprinzip sieht vor, dass eine Adoption nur dann erfolgen soll, wenn das Kind in seinem Heimatstaat nicht in einer Pflege- oder Adoptionsfamilie untergebracht werden kann oder nicht in geeigneter Weise dort betreut werden kann.

Die meisten Länder islamischen Rechts kennen weder eine Adoption noch eine Unterbringung im Hinblick auf eine Adoption. Für diese Länder, die das Übereinkommen vom 19. Oktober 1996 unterzeichnet haben, beziehen sich die gegebenen Garantien auf die Notwendigkeit, das Kind unterzubringen und auf das Interesse dieses Kindes, in einem ausländischen Staat untergebracht zu werden. Daher können Kinder trotzdem durch eine Entscheidung der zuständigen Behörde dieser Herkunftsländer Adoptionskandidaten anvertraut werden.

Das belgische Gesetz erlaubt, dass unter nachfolgenden Bedingungen eine Adoption dieser Kinder durch das Familiengericht ausgesprochen werden kann:

- die zu adoptierenden Kinder müssen entweder Vollwaisen sein oder von den Eltern verlassen und unter Vormundschaft der öffentlichen Behörde gestellt worden sein;
- die Adoptionskandidaten müssen an der Vorbereitung teilgenommen haben und ein Eignungsurteil erhalten haben;
- der Kontakt zwischen dem Kind (oder der Person oder Einrichtung, welche die Aufsicht über das Kind hat) muss über den Adoptionsvermittlungsdienst oder die ZBGA erfolgen, es sei denn, es handelt sich um ein verwandtes Kind, das Vollwaise ist.

Um zu prüfen, ob die Adoptierbarkeit und das Wohl des Kindes gewährleistet sind beantragt die ZBGA ebenfalls bei der zuständigen ausländischen Behörde den Bericht über das zu adoptierende Kind.

Artikel 21 d) der internationalen Konvention über die Rechte der Kinder, auf den in Paragraph 1 Absatz 2 Nummer 5 verwiesen wird, sieht vor, dass bei einer Adoption für die Beteiligten keine unstatthaften Vermögenswerte entstehen dürfen. Die ZBGA prüft also, ob der Antrag den verschiedenen beteiligten Personen (Anwalt, Waisenhaus, ausländische Behörde, verschiedene Vermittler, usw.) keine unstatthaften Vermögenswerte bringt.

Paragraph 1 Absatz 2 Nummer 6 ermöglicht es der ZBGA, die Fortsetzung eines Adoptionsprojekts abzulehnen, wenn es aufgrund einer mangelnden Übereinstimmung zwischen den zwei Gesetzgebungen nicht erfolgreich verlaufen kann.

Paragraf 2 sieht vor, dass die ZBGA den Adoptionskandidaten ihre Entscheidung zur Fortsetzung des Adoptionsprojekts innerhalb einer Frist von vier Monaten mitteilen muss. Es ist jedoch durchaus möglich, dass Anträge innerhalb einer kürzeren Frist geprüft werden, insbesondere wenn es sich um Anträge für Länder handelt, die bereits Gegenstand früherer Prüfungen waren.

Die Frist beginnt erst, wenn die ZBGA sowohl den ausgefüllten Fragebogen und die im Herkunftsstaat geltenden und in die deutsche Sprache übersetzten Rechtsbestimmungen im Bereich Adoption, als auch die Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Adoptionsvermittlung erhalten hat.

Hat die ZBGA nach Ablauf der Frist von vier Monaten nicht genügend Informationen von den zuständigen ausländischen Behörden erhalten, um überprüfen zu können, ob die Bestimmungen für die Fortsetzung des Adoptionsprojekts eingehalten sind, setzt sie das Adoptionsprojekt bis zum Erhalt dieser Informationen aus. Innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Erhalt dieser Informationen teilt sie den Adoptionskandidaten mit, ob sie die Fortsetzung des Adoptionsprojekts genehmigt oder nicht.

Artikel 46

Nachdem die ZBGA das Adoptionsprojekt genehmigt hat, kann sie die Adoptionsvermittlung weiterführen. Die ZBGA kann zu diesem Zeitpunkt ebenfalls beschließen, die Adoptionsvermittlung einem Adoptionsvermittlungsdienst anzuvertrauen, wenn sie die Notwendigkeit einer professionellen Betreuung erkennt.

Die Modalitäten für die Fortsetzung der Adoptionsvermittlung über die ZBGA und die Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten werden in einer Konvention festgelegt, die von beiden Parteien zu unterzeichnen ist.

Artikel 47

Nachdem die Adoptionskandidaten die Konvention mit der ZBGA unterzeichnet haben und bevor die Adoption ausgesprochen werden kann und das Kind in Belgien einreisen darf, muss die ZBGA in Anwendung des Zivilgesetzbuchs dem Herkunftsstaat des Kindes eine Reihe von Unterlagen übermitteln. Hierzu gehören:

- das Urteil über die Eignung der Adoptionskandidaten beziehungsweise das Urteil zur Verlängerung der Frist für die Eignung der Adoptionskandidaten;
- das Gutachten der Staatsanwaltschaft über die Adoptionskandidaten (Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuchs);
- der Bericht über die Adoptionskandidaten;
- das schriftliche Einverständnis der Adoptionskandidaten, für das Kind im Hinblick auf seine Adoption zu sorgen;
- die schriftlich gebilligte Entscheidung der ZBGA, das vorgeschlagene Kind den Adoptionskandidaten anzuvertrauen.

Artikel 48

Die Kosten, die im Rahmen der Adoptionsvermittlung bei der Übersetzungen von Dokumenten entstehen, werden durch die Adoptionskandidaten getragen.

Artikel 49



Dieser Artikel legt das Verfahren fest, das von der ZBGA anzuwenden ist, wenn die föderale Zentralbehörde im Rahmen eines Verfahrens zur Regularisierung von Adoptionen gemäß Artikel 365-6 §2 des Zivilgesetzbuchs eine Stellungnahme in Auftrag gibt.

Das Verfahren orientiert sich an dem Verfahren für internationale intrafamiliäre Adoptionen (auszufüllender Fragebogen, Zahlung eines Betrags für die Prüfung der Akte), um Adoptionskandidaten, die ein Verfahren illegal eingeleitet haben, den Adoptionskandidaten, die die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten haben, nicht zu bevorteilen.

Artikel 50

Dieser Artikel enthält die Bestimmungen für internationale Adoptionen von Kindern, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben.

Das Gesetz vom 24. April 2003 unterscheidet zwei Formen der internationalen Adoption: die Adoption eines Kindes, das seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, durch Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Belgien haben und die Adoption eines Kindes, das seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Belgien hat, durch Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben.

Die zweite Form der internationalen Adoption ist äußerst selten. Aufgrund der Anwendung des doppelten Subsidiaritätsprinzips des Haager Übereinkommens dürfte dieser Fall nur eintreten, wenn das Kind Verwandte in einem anderen Land hat oder wenn es nicht möglich ist, in Belgien geeignete Adoptionskandidaten für die Adoption eines bestimmten Kindes zu finden. Aufgrund der geringen Anzahl Kinder, die in Belgien zur Adoption freigegeben werden, und der hohen Anzahl Adoptionskandidaten wird dieses Verfahren äußerst selten angewandt.

Wenn dennoch ein solches Verfahren umgesetzt werden muss, wird die Anfrage der im Ausland lebenden Adoptionskandidaten über die zuständige Behörde ihres Landes an die föderale Zentralbehörde gerichtet, die diese Anfrage an die ZBGA übermittelt. Die ZBGA übermittelt daraufhin der föderalen Zentralbehörde die Angaben über das Kind, das für eine Adoption in Betracht kommt.

Paragraf 2 sieht vor, dass wenn das Familiengericht die Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit des Kindes bei einer internationalen Adoption in Auftrag gibt, die ZBGA die in Artikel 34 erwähnte Sozialuntersuchung durchführt.

Paragraf 3 legt fest, dass die ZBGA anschließend die Übermittlung folgender Dokumente an die zuständigen ausländischen Behörden gewährleistet:

- die begründete Entscheidung, die Adoptionsprozedur fortzusetzen;
- das Urteil über die Adoptierbarkeit des Kindes;
- den Bericht über das Kind.

Artikel 51

Artikel 51 betrifft die Adoptionsbegleitung, die durch die ZBGA auf Anfrage der Adoptierenden, der Adoptierten und der leiblichen Eltern gewährleistet wird. Es handelt sich hierbei um eine Begleitung und Unterstützung nach der Adoption sowie die Unterstützung der Adoptierten bei Fragen zu ihrer Identität oder Herkunft.

Zudem bietet die ZBGA den Adoptierenden und Adoptierten regelmäßig Veranstaltungen rund um das Thema Adoption an, wie zum Beispiel Austauschabende, Fachtagungen, Elternabende oder Familientage.



Die Regierung ist ermächtigt, die Bedingungen festzulegen, unter denen die Durchführung dieser Aufgaben vollständig oder teilweise an Dritte übertragen werden kann. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn Adoptiveltern eine Adoptionsbegleitung in der Form einer psycho-sozialen Beratung, Therapie oder einer Erziehungsberatung benötigen.

Zudem kann die ZBGA die Adoptionsbegleitung einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst übergeben.

Die Adoptionskandidaten müssen sich an den Kosten der Adoptionsbegleitung beteiligen. Die Höhe dieser Beteiligung sowie die Modalitäten ihrer Überweisung werden von der Regierung festgelegt.

Artikel 52

Artikel 52 betrifft die Nachbetreuung, die durch die ZBGA oder die Adoptionsvermittlungsdienste gewährleistet wird.

Absatz 1 beschreibt die Mindestaufgaben, die die Nachbetreuung umfasst. Durch die Nachbetreuung soll unter anderem sichergestellt werden, dass alle rechtlichen und administrativen Formalitäten erfüllt sind.

Neben den hier aufgezählten Aufgaben hat ein Großteil der Herkunftsländer im Rahmen der internationalen Adoptionen zusätzliche Anforderungen, wie zum Beispiel jährliche Berichte über die Entwicklung des adoptierten Kindes.

Die Regierung ist ermächtigt, die Bedingungen festzulegen, unter denen die Durchführung der Nachbetreuung vollständig oder teilweise an Dritte übertragen werden kann.

Zudem kann die ZBGA die Nachbetreuung einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst übergeben.

Die Adoptionskandidaten müssen sich an den Kosten der Nachbetreuung beteiligen. Die Höhe dieser Beteiligung sowie die Modalitäten ihrer Überweisung werden von der Regierung festgelegt.

Artikel 53

Um die Begleitung der leiblichen Eltern, der Adoptionskandidaten oder zu adoptierenden Kinder im Adoptionsverfahren zu gewährleisten, sind die Mitarbeiter der Adoptionsvermittlungsdienste, der ZBGA und alle anderen Personen, die an der Ausführung des Dekrets beteiligt sind, zur Zusammenarbeit verpflichtet. Unter Zusammenarbeit versteht man den Austausch zwischen den Adoptionsvermittlungsdiensten, der ZBGA und allen anderen beauftragten Personen. Ausgetauscht werden dabei nur Informationen, die dem anderen Dienst zur Ausführung seiner Aufgaben dienlich sind. Diese Zusammenarbeit wird durch die Bestimmungen zum Datenschutz und zum Berufsgeheimnis rechtlich umrahmt.

Artikel 54

Sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind die Mitarbeiter der Adoptionsvermittlungsdienste, der ZBGA und alle anderen Personen, die an der Ausführung des Dekrets beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Artikel 55

Dieser Artikel ermöglicht den Adoptionsvermittlungsdienste, der ZBGA und alle anderen Personen, die an der Ausführung des Dekrets beteiligt sind, in Ausführung ihrer dekretalen Aufträge die Verarbeitung personenbezogener Daten. Mit diesem Artikel wird präzisiert, dass sie im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung jeweils für die von ihnen erhobenen Daten und deren Verarbeitung verantwortlich sind. Die Datenverarbeitung erfolgt selbstverständlich ebenfalls unter Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung.

Artikel 56

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die die ZBGA, die Adoptionsvermittlungsdienste und alle anderen Personen, die an der Ausführung des Dekrets beteiligt sind, verarbeiten werden. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen.

Die unter Nummer 9 erwähnten besonders schützenswerten Daten dürfen gemäß Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung durch Dekret erhoben werden.

Die genaue Aufgliederung soll durch die Regierung vorgenommen werden.

Artikel 57

Dieser Artikel regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten. Die Adoptionsvermittlungsdienste, die ZBGA und alle anderen Personen, die an der Ausführung des Dekrets beteiligt sind, löschen die Daten nach einer angemessenen Frist und zwar spätestens dann, wenn die Daten keinen administrativen, juristischen oder finanziellen Nutzen mehr haben.

Artikel 58

Dieser Artikel regelt in Anwendung des Zivilgesetzbuchs die Aufbewahrung durch die ZBGA der Informationen, über die sie in Bezug auf die Herkunft des Adoptierten verfügt, insbesondere die Angaben über die Identität der Eltern und die Angaben über die medizinische Vergangenheit des Adoptierten und seiner Familie. Die Aufbewahrung dieser Informationen erfolgt mit dem Ziel, dem Adoptierten, wenn er es wünscht, zu einem späteren Zeitpunkt die Nachforschung über seine Herkunft zu ermöglichen.

Das Zusammenarbeitsabkommen sieht eine Reihe von Bestimmungen bezüglich der Aufbewahrung, der Mitteilung und der Übermittlung von Dokumenten, Berichten und Entscheidungen vor.

So ist im Rahmen der internationalen Adoption von Kindern mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland vorgesehen, dass die Abschrift des Berichts über die Adoptionskandidaten (Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuchs), die Abschrift des Urteils über die Eignung des Adoptierenden und die Abschrift der schriftlichen Stellungnahme der Staatsanwaltschaft (Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuchs) sowohl von der föderalen Zentralbehörde, als auch von der ZBGA aufbewahrt werden.

Im Rahmen der internationalen Adoption von Kindern mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden die Abschrift des Berichts über das Kind (Artikel 1231-38 des Gerichtsgesetzbuchs) und die Abschrift des Urteils über die Adoptierbarkeit des Kindes sowohl von der föderalen Zentralbehörde, als auch von der ZBGA aufbewahrt.



Artikel 59

Dieser Artikel regelt in Anwendung des Zivilgesetzbuchs den Zugang des Adoptierten zu den Informationen in Zusammenhang mit seiner Adoption. Im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Bedingungen organisiert die ZBGA den Zugang zu den Informationen. Die Modalitäten des Zugangs müssen die Entwicklung des Kindes berücksichtigen.

Artikel 60

Dieser Artikel ändert den Artikel 6bis §§ 1 und 2 des Dekrets vom 9. Mai 1988 über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche ab.

§1 Absatz 2 Nummer 4 wird ersetzt, um zu ermöglichen, dass der Fonds über Einnahmen verfügen kann, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets bestimmt werden. Hierbei handelt es sich um die Kostenbeteiligungen der Adoptionskandidaten an der Adoptionsvorbereitung, den Sozialuntersuchungen, den Adoptionsvermittlungen, der Adoptionsbegleitung und der Nachbetreuung.

§2 Nummer 2 wird ersetzt, um zu ermöglichen, dass der Fonds Kosten übernehmen kann, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets bestimmt werden. Hierbei handelt es sich um Kosten, die bei der Unterstützung für Adoptionskandidaten entstehen, die bei einem Adoptionsvermittlungsdienst einer anderen belgischen Behörde auf sprachlich bedingte Verständigungsschwierigkeiten stoßen.

§2 Nummer 3 wird ersetzt, um den Verweis auf die entsprechenden Artikel des Erlasses der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz zu ermöglichen.

In §3 Absatz 2 wird die Wortfolge „in §2 Nummern 2 und 3“ durch die Wortfolge „in §2 Nummern 2, 3 und 4“ ersetzt, damit die Entscheidungsbefugten des Fonds die Intervention oder die Übernahme aller in Artikel 6bis §2 erwähnten Kosten unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen an Auflagen binden können.

Artikel 61

Dieser Artikel hebt das Dekret vom 21. Dezember 2005 zur Adoption, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2014, auf.

Artikel 62

Dieser Artikel sieht eine Übergangsbestimmung für Adoptionskandidaten vor, die die Adoptionsvorbereitung vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Dekretentwurfs begonnen haben.

Artikel 63

Dieser Artikel bestimmt das Inkrafttreten des Dekretentwurfs. Dieser tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.



Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

A handwritten signature, possibly reading 'A.A.', is located in the bottom left corner of the page.

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über die Adoption

KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Unbeschadet Artikel 5 §1 sind die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets auf alle Adoptionen anwendbar, insofern eine der betroffenen natürlichen oder juristischen Personen ihren Wohnsitz oder ihre Niederlassung im deutschen Sprachgebiet hat.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Adoptierender: die in Artikel 343 §1 Buchstabe a) des Zivilgesetzbuchs erwähnte Person, die ein in Belgien oder im Ausland geborenes Kind adoptiert hat;
2. Adoptionskandidat: die in Artikel 343 §1 Buchstabe a) des Zivilgesetzbuchs erwähnte Person, die ein Adoptionsverfahren beginnt oder durchläuft, um ein in Belgien oder im Ausland geborenes Kind zu adoptieren;
3. Adoptionsvermittlungsdienst: eine gemäß Artikel 12 anerkannte juristische Person privaten oder öffentlichen Rechts, die als Adoptionsvermittler tätig ist;
4. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;
5. Haager Übereinkommen vom 29. Mai 1993: das Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption, geschehen zu Den Haag am 29. Mai 1993;
6. internationale Adoption: jede Adoption, die die internationale Umsiedlung eines Kindes gemäß den Artikeln 360-2 und 365-6 des Zivilgesetzbuchs zur Folge hat;
7. Inlandsadoption: jede Adoption, die keine internationale Umsiedlung eines Kindes zur Folge hat;
8. Kind: Person, die ihr 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat;
9. UN-Kinderrechtskonvention: das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, geschehen zu New York am 20. November 1989;
10. ZBGA: die in Artikel 6 erwähnte Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption.

Art. 4 - Grundsatz der Adoption

Das Ziel der Adoption besteht darin, für ein Kind eine geeignete Familie zu finden und nicht für eine Familie ein Kind.

Das Dekret steht im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip der Adoption und dem doppelten Subsidiaritätsprinzip der internationalen Adoption.

Im Rahmen des vorliegenden Dekrets stellt die Deutschsprachige Gemeinschaft insbesondere folgende Grundsätze sicher:

1. die Adoption wird zum Wohle des Kindes und unter Wahrung seiner Grundrechte durchgeführt;
2. die Grundrechte jeder betroffenen Person werden bei dem Adoptionsverfahren respektiert;
3. der Zugang zu den Adoptionsverfahren wird ohne Diskriminierung gewährleistet;
4. den leiblichen Eltern wird eine qualitativ hochwertige Beratung und Unterstützung angeboten;
5. den Adoptionskandidaten wird eine qualitativ hochwertige Information und Adoptionsvorbereitung angeboten;
6. den Adoptierenden und Adoptierten wird eine qualitativ hochwertige Adoptionsbegleitung und Nachbetreuung angeboten.

Art. 5 - Zusammenarbeit mit anderen belgischen Behörden

§1 - Zur Ausführung der Artikel 21 §§2 und 3, 22 §1, 23, 39, 40, 41, 46, 47, 51 und 52 ist die Regierung ermächtigt, mit den anderen für Adoptionen zuständigen belgischen Behörden Zusammenarbeitsabkommen abzuschließen. Diese regeln die Bedingungen und Modalitäten für die mögliche Delegation der Durchführung bestimmter Aufgaben und/oder Tätigkeiten oder die eventuell kostenpflichtige Bereitstellung von bestehenden Ressourcen.

§2 - Die Regierung legt die Modalitäten einer Unterstützung für Adoptionskandidaten fest, die bei einem Adoptionsvermittlungsdienst einer anderen belgischen Behörde auf sprachlich bedingte Verständigungsschwierigkeiten stoßen.

KAPITEL 2 - ZENTRALE BEHÖRDE DER GEMEINSCHAFT FÜR ADOPTION

Art. 6 - Schaffung der Zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption

Die Regierung schafft eine Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption (ZBGA).

Art. 7 - Zusammensetzung der ZBGA

§1 - Die ZBGA setzt sich zusammen aus einem Direktor, einem Sozialdienst und einer Verwaltung.

§2 - Der Direktor verfügt mindestens über das Diplom eines Bachelors mit sozialer Ausrichtung oder ein gleichgestelltes Diplom und über drei Jahre Berufserfahrung im sozialen Bereich.

Der Sozialdienst setzt sich aus einem oder mehreren Mitarbeitern zusammen. Diese verfügen mindestens über das Diplom eines Bachelors mit sozialer Ausrichtung.

Die Verwaltung setzt sich aus einem oder mehreren Mitarbeitern zusammen. Diese verfügen mindestens über ein Diplom der Oberstufe des Sekundarunterrichts.

Art. 8 - Aufgaben der ZBGA

Die Aufgaben der ZBGA umfassen insbesondere:

1. die Gewährleistung und Veröffentlichung von Informationen zur Adoption und deren Verfahren im deutschen Sprachgebiet;
2. die Betreuung, die Koordination, die Aufsicht sowie die Evaluation der Adoptionsvermittlungsdienste;



3. die Untersuchung eventueller Beschwerden der Adoptionskandidaten oder Adoptierenden, die im Rahmen ihres Adoptionsverfahrens auftreten können;
4. die Organisation der Adoptionsvorbereitung;
5. die Erstellung der Sozialuntersuchungen gemäß den Artikeln 1231-1/4, 1231-1/11 §3, 1231-6 Absatz 1 und 1231-35 des Gerichtsgesetzbuchs, sowie ihre Übermittlung an die auftraggebenden Behörden;
6. die Adoptionsvermittlung im Rahmen der in Artikel 43 erwähnten internationalen Adoptionen;
7. die Begleitung der Adoptionskandidaten während des gesamten Adoptionsverfahrens;
8. die Information der leiblichen Eltern;
9. die Gewährleistung der Nachbetreuung des Adoptierten und der Adoptierenden;
10. die Aufbewahrung der Informationen in Bezug auf die Herkunft der Adoptierten sowie der Zugang der Adoptierten zu diesen Informationen;
11. die Zusammenarbeit mit allen internationalen, föderalen, gemeinschaftlichen, regionalen oder lokalen Behörden, die für die Ausführung ihrer Aufgaben erforderlich ist;
12. die Ausübung der in den Artikeln 4, 5, 7, 8, 9, 11, 12, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 30 und 33 des Haager Übereinkommens vom 29. Mai 1993, den Artikeln 361-3 bis 361-6, 362-1 bis 362-4, 363-2 bis 363-4 und 368-6 bis 368-8 des Zivilgesetzbuchs und den Artikeln 1231-1/11 bis 1231-1/14, 1231-34 und 1231-42 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnten Befugnisse.

Die Regierung kann weitere Aufgaben festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Adoptionsvermittlung beitragen können.

Art. 9 - Qualitätshandbuch der ZBGA

Die ZBGA erstellt ein Qualitätshandbuch. Dieses umfasst unter Berücksichtigung der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets mindestens folgende Angaben:

1. die Vorgehensweise der ZBGA während des gesamten Adoptionsverfahrens;
2. die Kriterien zur Gewährleistung der Qualitätssicherung;
3. das Leitbild der ZBGA.

Das Handbuch wird spätestens alle zwei Jahre den rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst.

Art. 10 - Jahresbericht der ZBGA

Die Regierung übermittelt dem Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung des vorliegenden Dekrets. Dies erfolgt spätestens am 1. Mai des darauffolgenden Jahres.

KAPITEL 3 - ADOPTIONSVERMITTLUNGSDIENSTE

Abschnitt 1 - Anerkennung

Art. 11 - Anerkennungsbedingungen

Jeder Adoptionsvermittlungsdienst, der im deutschen Sprachgebiet tätig ist, muss vor Aufnahme der Tätigkeit von der Regierung anerkannt sein und mindestens folgende Bedingungen erfüllen:

1. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sein oder eine juristische Person öffentlichen Rechts sein;
2. seine Niederlassung im deutschen Sprachgebiet haben;

3. die Adoptionsvermittlung, die Adoptionsbegleitung und Nachbetreuung sowie andere Dienstleistungen im Bereich der Adoption anbieten;

4. das Wohl des Kindes und dessen nationale und internationale Grundrechte berücksichtigen;

5. über qualifiziertes Personal verfügen, das den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht;

6. die von der Regierung festgelegten Bedingungen in Bezug auf die Infrastruktur und die Arbeitsweise erfüllen;

7. die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse einhalten;

8. die Aufsicht der Regierung und der ZBGA in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse akzeptieren.

Art. 12 - Anerkennungsverfahren

§1 - Für den Erhalt der Anerkennung reichen die Adoptionsvermittlungsdienste einen schriftlichen Antrag bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind Unterlagen beigefügt, aus denen hervorgeht, dass die in Artikel 11 erwähnten Bedingungen erfüllt sind. Die Regierung kann weitere Inhalte des Antrags auf Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Adoptionsvermittlung beitragen können.

Jeder Adoptionsvermittlungsdienst kann die Anerkennung für eine Inlandsadoption, für eine internationale Adoption oder für beide Formen der Adoption beantragen.

§2 - Die Anerkennung wird für eine Dauer von sechs Jahren erteilt und ist erneuerbar.

Die Anerkennung kann keinem anderen Adoptionsvermittlungsdienst übertragen werden.

§3 - Die anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste stellen einen neuen Antrag bzw. Teilantrag auf Anerkennung:

1. wenn die befristete Anerkennung abgelaufen ist;

2. wenn festgestellt wird, dass die in der Anerkennung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Anerkennung erwähnten Angaben abzuändern.

§4 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Formen der Anerkennung;

2. die Verfahren zur Anerkennung;

3. die Verfahren zur Abänderung der Anerkennung;

4. die Verfahren zur Erneuerung der Anerkennung;

5. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall eines abgelehnten Antrags.

Art. 13 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste die im vorliegenden Dekret erwähnten Verpflichtungen ein, einschließlich der in Artikel 11 erwähnten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen.

Die Regierung kann weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Adoptionsvermittlung beitragen können.

Art. 14 - Aussetzung und Entzug der Anerkennung

§1 - Hält der anerkannte Adoptionsvermittlungsdienst eine oder mehrere Verpflichtungen nicht ein, fordert die Regierung ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt der anerkannte Adoptionsvermittlungsdienst nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie dem Adoptionsvermittlungsdienst.

§2 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Aussetzung der Anerkennung;
2. die Verfahren zum Entzug der Anerkennung;
3. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Aussetzung und/oder eines Entzugs der Anerkennung.

§3 - Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens kann der Adoptionsvermittlungsdienst die Adoptionsvermittlung nur zugunsten von Personen erbringen, die die Adoptionsvermittlung bereits vor Notifizierung der Entscheidung über die Aussetzung oder die Einleitung eines Entzugsverfahrens in Anspruch genommen haben. Der Adoptionsvermittlungsdienst ist verpflichtet, die Personen, die die Adoptionsvermittlung in Anspruch nehmen, über die Gründe der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens zu informieren.

Die Regierung bestimmt die Form, den Inhalt und das Verfahren, der in Absatz 1 erwähnten Information.

Art. 15 - Beendigung der Adoptionsvermittlung

Der Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 14 oder gegebenenfalls der Ablauf der befristeten Anerkennung eines Adoptionsvermittlungsdienstes haben die Beendigung aller Adoptionsvermittlungen des betroffenen Adoptionsvermittlungsdienstes zur Folge.

Die Regierung legt das Verfahren zur Beendigung der Adoptionsvermittlung fest.

Abschnitt 2 - Bezuschussung

Art. 16 - Bezuschussung

Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unter den von ihr festgelegten Bedingungen dem Adoptionsvermittlungsdienst Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten zwecks Durchführung der in Artikel 11 Nummer 3 erwähnten Aufgaben gewähren.

Art. 17 - Zuschusskontrolle

Die Kontrolle der Verwendung der in Ausführung des vorliegenden Dekrets gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.



Abschnitt 3 - Vertrag

Art. 18 - Inhalt

Die in Artikel 16 erwähnte Bezuschussung und eine detailliertere Aufgabenbeschreibung werden im Rahmen eines Vertrags zwischen der Regierung und dem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst festgelegt.

Die Regierung legt den Rahmen sowie die weiteren Inhalte des Vertrags fest.

Art. 19 - Dauer

Die Dauer des Vertrags beträgt mindestens ein Jahr und höchstens sechs Jahre. Insofern der Adoptionsvermittlungsdienst weiterhin anerkannt ist, ist der Vertrag nach Ablauf verlängerbar.

KAPITEL 4 - FREIGABE EINES KINDES ZUR ADOPTION

Abschnitt 1 - Intervention bei den leiblichen Eltern

Art. 20 - Information der leiblichen Eltern

§1 - In Anwendung von Artikel 348-4 des Zivilgesetzbuchs informiert die ZBGA die leiblichen Eltern eines geborenen Kindes oder eines noch zu gebärenden Kindes über die juristischen und psychologischen Auswirkungen der Adoption sowie über Alternativen zur Adoption.

Bei Bedarf leitet die ZBGA sie an spezialisierte Einrichtungen weiter.

§2 - Sobald die leiblichen Eltern nicht mehr für das Wohl des Kindes Sorge tragen können und solange das in Artikel 348-4 des Zivilgesetzbuchs erwähnte Einverständnis der leiblichen Eltern zur Freigabe des Kindes zur Adoption nicht vorliegt, trifft die ZBGA im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Bedingungen jede geeignete Maßnahme zum Wohle des Kindes.

Art. 21 - Freigabe des Kindes zur Adoption

§1 - Bestätigen die leiblichen Eltern ihre Absicht, das Kind zur Adoption freizugeben, beauftragen sie hierzu schriftlich die ZBGA.

§2 - Die ZBGA holt bei den leiblichen Eltern alle Informationen ein, die für eine eventuelle Nachforschung über die Herkunft nützlich sein können. Diese Informationen werden in dem in Artikel 22 erwähnten Bericht über das zu adoptierende Kind wiedergegeben.

§3 - Die ZBGA unterstützt die leiblichen Eltern bei den Rechts- und Verwaltungsschritten im Zusammenhang mit der Adoption des Kindes und gewährleistet eine psychologische Unterstützung während des gesamten Adoptionsverfahrens.

Die ZBGA stellt sicher, dass die leiblichen Eltern, wenn sie der Adoption zustimmen, angemessen über die rechtlichen und psychologischen Auswirkungen der vorgesehenen Adoption informiert worden sind.



Die ZBGA steht den leiblichen Eltern gemäß Artikel 51 Absatz 1 Nummer 1 auch nach der Adoptionsverkündung für jede Unterstützung und Beratung weiterhin zur Verfügung.

§4 - Die ZBGA kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst die in §§2 und 3 erwähnten Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

Art. 22 - Bericht über das zu adoptierende Kind

§1 - Die ZBGA, die gemäß Artikel 21 von den leiblichen Eltern beauftragt wurde, erstellt einen Bericht über das zu adoptierende Kind.

Dieser Bericht enthält mindestens Angaben über:

1. die Identität des Kindes;
2. die Adoptierbarkeit des Kindes;
3. das soziale Umfeld des Kindes;
4. die persönliche Entwicklung des Kindes und seiner Familie;
5. die Krankheitsgeschichte des Kindes und seiner Familie;
6. die besonderen Bedürfnisse des Kindes.

Auf Grundlage dieses Berichts ermittelt die ZBGA für jedes Kind die Adoptionskandidaten, die den Eigenschaften und Bedürfnissen dieses Kindes am besten entsprechen.

Die Regierung legt die Form und den weiteren Inhalt des Berichts fest.

§2 - Die ZBGA kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst die in §1 erwähnten Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

Abschnitt 2 - Intervention bei dem zu adoptierenden Kind

Art. 23 - Begleitung des zu adoptierenden Kindes

§1 - Das Kind wird durch die ZBGA begleitet und auf die Adoption vorbereitet. Die ZBGA führt mindestens einen Hausbesuch innerhalb der ersten drei Monate nach der Ankunft des Kindes bei den Adoptierenden durch. Anschließend organisiert die ZBGA bis zur Verkündung der Adoption halbjährliche Treffen mit den Adoptierenden.

Die ZBGA steht dem Adoptierten gemäß Artikel 51 Absatz 1 für jede Unterstützung und Beratung weiterhin zu Verfügung.

§2 - Die ZBGA kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst die in §1 erwähnten Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

KAPITEL 5 - ETAPPEN DES ADOPTIONSVERFAHRENS

Abschnitt 1 - Einschreibung und Vorbereitung

Art. 24 - Informationsgespräch

§1 - Jedes Adoptionsverfahren beginnt mit einem persönlichen Informationsgespräch in der ZBGA. Im Rahmen dieses Gespräches erhalten die Adoptionskandidaten allgemeine Informationen zur Adoption und zum Adoptionsverfahren.



§2 - Den in Artikel 43 erwähnten Adoptionskandidaten übermittelt die ZBGA einen Fragebogen, dessen Muster von der Regierung festgelegt wird.

Art. 25 - Einschreibeformular

Im Rahmen des in Artikel 24 erwähnten Informationsgesprächs händigt die ZBGA den Adoptionskandidaten ein Einschreibeformular zur Teilnahme an der Adoptionsvorbereitung aus.

Nach Erhalt des ausgefüllten Einschreibeformulars übermittelt die ZBGA den Adoptionskandidaten eine Bestätigung ihrer Einschreibung und teilt ihnen den Beginn der Adoptionsvorbereitung mit.

Art. 26 - Bedingungen

Um sich für die Adoptionsvorbereitung einschreiben zu können, erfüllen die Adoptionskandidaten die in den Artikeln 343 §1 und 345 des Zivilgesetzbuchs festgelegten Bedingungen bezüglich des Zivilstands und des Alters. Die ZBGA überprüft diese Bedingungen und öffnet bei jeder Einschreibung eine individuelle Akte.

Die Regierung legt die Liste der Dokumente fest, die für die Einschreibung zur Teilnahme an der Adoptionsvorbereitung vorzulegen sind.

Art. 27 - Ausnahmen

Die ZBGA verweigert die Einschreibung zur Adoptionsvorbereitung dem Adoptionskandidaten:

1. der im Rahmen des in Artikel 365-6 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Regularisierungsverfahrens die Zustimmung der föderalen Zentralbehörde nicht erhalten hat, das in Artikel 361-1 des Zivilgesetzbuchs vorgesehene Adoptionsverfahren einzuleiten;
2. dem ein Kind in einem Herkunftsstaat, der weder die Adoption, noch die Unterbringung im Hinblick auf eine Adoption kennt, anvertraut wurde, ohne die Bestimmungen von Artikel 361-5 des Zivilgesetzbuchs eingehalten zu haben.

Wenn die in Absatz 1 erwähnten Adoptionskandidaten sich für eine Adoptionsvorbereitung eines nicht bekannten Kindes einschreiben möchten, vermerkt die ZBGA auf der in Artikel 31 erwähnten Teilnahmebescheinigung, dass diese nicht für die Adoption des in Absatz 1 erwähnten Kindes genutzt werden kann.

Wenn ein Adoptionskandidat sich für die Adoptionsvorbereitung einschreibt, obwohl er in den Anwendungsbereich der Artikel 363-1 bis 363-3 des Zivilgesetzbuchs fällt, vermerkt die ZBGA dies auf der in Artikel 31 erwähnten Teilnahmebescheinigung und informiert das zuständige Familiengericht.

Art. 28 - Adoptionsvorbereitung

Die Adoptionsvorbereitung wird durch die ZBGA organisiert.

Die Adoptionsvorbereitung kann unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen vollständig oder teilweise an Dritte übertragen werden.

Die Regierung legt fest, unter welchen Bedingungen eine externe Adoptionsvorbereitung oder die Vorbereitung auf eine andere Form der Aufnahme von Kindern der Adoptionsvorbereitung der ZBGA ganz oder teilweise gleichgestellt werden kann.



Art. 29 - Ziel der Adoptionsvorbereitung

Die Adoptionsvorbereitung zielt darauf ab, die Adoptionskandidaten über die rechtlichen, kontextuellen, kulturellen, ethischen und menschlichen Aspekte der Adoption zu informieren und sie zu den psychologischen, familiären und relationalen Herausforderungen des Adoptionsverhältnisses zu sensibilisieren.

Art. 30 - Adoptionsvorbereitungsprogramme

§1 - Die Regierung legt die Modalitäten und die Dauer der Adoptionsvorbereitung, die Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung fest.

§2 - Für eine intrafamiliäre Adoption, für die Adoption eines zweiten Kindes, für die Adoption eines Kindes mit Beeinträchtigung oder für Personen, die bereits an einer Adoptionsvorbereitung oder einer anderen Form der Vorbereitung teilgenommen haben, kann die Regierung spezifische Adoptionsvorbereitungsprogramme vorsehen.

Adoptionskandidaten, die verheiratet oder gesetzlich zusammenlebend sind, müssen gemeinsam an den in Absatz 1 erwähnten Vorbereitungsprogrammen teilnehmen.

Art. 31 - Teilnahmebescheinigung zum Abschluss der Adoptionsvorbereitung

Nachdem die Adoptionskandidaten die Adoptionsvorbereitung absolviert haben, stellt die ZBGA ihnen eine Teilnahmebescheinigung aus. Diese bestätigt, dass die Adoptionsvorbereitung gemäß den Artikeln 346-2 Absatz 1 und 361-1 Absatz 2 des Zivilgesetzbuchs durchgeführt worden ist.

Die Teilnahmebescheinigung zum Abschluss der Adoptionsvorbereitung ist für die Dauer von 18 Monaten gültig und enthält mindestens:

1. Namen und Vornamen der Adoptionskandidaten;
2. Geburtsort und Geburtsdatum der Adoptionskandidaten;
3. Staatsangehörigkeit der Adoptionskandidaten;
4. Zivilstand der Adoptionskandidaten.

Abschnitt 2 - Sozialuntersuchungen

Art. 32 - Sozialuntersuchung über die Eignung der Adoptionskandidaten

Die ZBGA führt die durch das Familiengericht in Anwendung der Artikel 1231-1/4, 1231-1/11 §3 und 1231-6 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung über die Eignung der Adoptionskandidaten durch.

In Anwendung der Artikel 1231-1/4, 1231-1/11 §3 und 1231-6 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs wird ein durch die ZBGA bestellter Psychologe konsultiert.

Zur Durchführung der Sozialuntersuchung kann die ZBGA bei Bedarf auf Honorarkräfte zurückgreifen.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Durchführung der Sozialuntersuchung, die Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung fest.



Art. 33 - Sozialuntersuchung über das Interesse des Kindes, adoptiert zu werden

§1 - Die ZBGA führt die durch das Familiengericht in Anwendung von Artikel 1231-6 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung über das Interesse des Kindes, adoptiert zu werden, durch.

Zur Durchführung der Sozialuntersuchung kann die ZBGA bei Bedarf auf Honorarkräfte zurückgreifen.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Durchführung der Sozialuntersuchung fest.

§2 - Die Regierung bezeichnet die Dienste, die in Anwendung von Artikel 1231-6 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs um eine Stellungnahme gebeten werden können.

Die Regierung legt die Modalitäten der Finanzierung dieser Stellungnahme fest.

§3 - Ordnet das Familiengericht die in §1 erwähnte Sozialuntersuchung an, gewährleistet die ZBGA die Übermittlung der in Artikel 348-4 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Informationen an die leiblichen Eltern.

Art. 34 - Sozialuntersuchung über die Verweigerung der Zustimmung zur Adoption

Das zuständige Justizhaus führt die in Artikel 348-11 Absatz 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnte Sozialuntersuchung durch.

Art. 35 - Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit des Kindes bei einer internationalen Adoption von Kindern mit gewöhnlichem Aufenthalt in Belgien

§1 - Die ZBGA führt die durch das Familiengericht in Anwendung von Artikel 1231-35 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung durch.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Durchführung der Sozialuntersuchung fest.

§2 - Die Regierung bezeichnet die Dienste, die in Anwendung von Artikel 1231-35 des Gerichtsgesetzbuchs um eine Stellungnahme gebeten werden können.

Die Regierung legt die Modalitäten der Finanzierung dieser Stellungnahme fest.

Abschnitt 3 - Adoptionsvermittlung über einen Adoptionsvermittlungsdienst

Unterabschnitt 1 - Allgemeine Bestimmungen

Art. 36 - Ziel der Adoptionsvermittlung

Die Adoptionsvermittlung zielt darauf ab, die Adoptionskandidaten zu ermitteln, die den Bedürfnissen der zu adoptierenden Kinder am besten entsprechen.

Adoptionskandidaten müssen für die Adoptionsvermittlung zwingend von einem Adoptionsvermittlungsdienst begleitet werden, mit Ausnahme der in Artikel 43 und der in Artikel 346-1/1 Absatz 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Situationen.

Art. 37 - Konvention

Wenn ein Adoptionsvermittlungsdienst die Adoptionsvermittlung übernimmt, schließt er mit den Adoptionskandidaten eine Konvention ab, in der mindestens die Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit sowie die Kostenbeteiligung festgelegt werden.

Die Regierung legt das Muster der Konvention fest.

Adoptionskandidaten, die bereits eine Konvention unterzeichnet haben, dürfen nur mit einer begründeten schriftlichen Genehmigung der ZBGA eine weitere Adoptionsvermittlung einleiten.

Art. 38 - Übermittlung des Kindervorschlags

Bevor der Adoptionsvermittlungsdienst den Adoptionskandidaten einen Kindervorschlag übermittelt, muss die ZBGA diesem zustimmen. Hierzu überprüft die ZBGA die korrekte Anwendung der rechtlichen Bestimmungen, sowie die juristische und psychologische Adoptierbarkeit des Kindes auf Grundlage der in Artikel 22 des vorliegenden Dekrets sowie in den Artikeln 361-3 Nummer 2 Buchstabe a) oder 361-5 Nummer 1 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Berichte über das Kind.

Unterabschnitt 2 - Extrafamiliäre Inlandsadoption

Art. 39 - Verfahren

Die Adoptionskandidaten, die über ein Eignungsurteil gemäß Artikel 1231-1/7 des Gerichtsgesetzbuchs verfügen, wenden sich für die Adoptionsvermittlung eines Kindes im Rahmen einer extrafamiliären Inlandsadoption an einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst.

Die Regierung legt die Bedingungen und das Verfahren für die Adoptionsvermittlung fest.

Unterabschnitt 3 - Extrafamiliäre internationale Adoption

Art. 40 - Verfahren

Die Adoptionskandidaten, die über ein Eignungsurteil gemäß Artikel 1231-1/7 des Gerichtsgesetzbuchs verfügen, wenden sich für die Adoptionsvermittlung eines Kindes im Rahmen einer extrafamiliären internationalen Adoption an einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst.

Die Regierung legt die Bedingungen und das Verfahren für die Adoptionsvermittlung fest.

Art. 41 - Übermittlung von Dokumenten

§1 - Nachdem die Adoptionskandidaten eine Konvention mit einem Adoptionsvermittlungsdienst unterzeichnet haben, gewährleistet die ZBGA in Anwendung von Artikel 361-3 des Zivilgesetzbuchs die Übermittlung folgender Dokumente an die zuständigen ausländischen Behörden:

1. die in Artikel 361-2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Unterlagen;

2. den in Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Bericht über die Adoptionskandidaten;
3. das schriftliche Einverständnis der Adoptionskandidaten, für das Kind im Hinblick auf seine Adoption zu sorgen;
4. die schriftlich gebilligte Entscheidung der ZBGA, den Adoptionskandidaten das vorgeschlagene Kind anzuvertrauen.

Die Regierung legt das Muster des in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Berichts fest.

§2 - Erhält die ZBGA die in den Artikeln 361-3 Nummer 2 oder 361-5 Nummer 1 und 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Unterlagen oder gegebenenfalls gleichwertige Dokumente oder die Befreiung der Vorlegung dieser gemäß Artikel 361-4 des Zivilgesetzbuchs, übermittelt sie diese dem durch die Adoptionskandidaten ausgewählten Adoptionsvermittlungsdienst.

Art. 42 - Übersetzungen

Sollten Übersetzungen erforderlich sein, werden die dadurch entstehenden Kosten durch die Adoptionskandidaten getragen.

Abschnitt 4 - Adoptionsvermittlung über die ZBGA

Art. 43 - Vermittlungsbedingungen

Die ZBGA kann die Adoptionsvermittlung übernehmen für Adoptionskandidaten, die über ein Eignungsurteil gemäß Artikel 1231-1/7 des Gerichtsgesetzbuchs verfügen und:

1. ein Kind aus einem Staat oder einem Teil eines Staates adoptieren möchten, für den kein anerkannter Adoptionsvermittlungsdienst die Erlaubnis hat, zusammenzuarbeiten;
2. ein Kind im Rahmen einer internationalen intrafamiliären Adoption adoptieren möchten. Die internationale intrafamiliäre Adoption bezeichnet die in Artikel 360-2 des Zivilgesetzbuchs genannte Adoption, die ein verwandtes Kind oder ein Kind betrifft, das das tägliche Leben des zukünftigen Adoptierenden teilt oder geteilt hat, sofern diese Adoption nicht unter die Artikel 363-1 bis 363-3 des Zivilgesetzbuchs fällt.

Die ZBGA kann die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnte Adoptionsvermittlung verweigern, wenn es sich bei dem Herkunftsstaat um einen Staat handelt, in dem ein hohes Sicherheitsrisiko besteht.

Art. 44 - Vermittlungsgespräch

Die in Artikel 43 erwähnten Adoptionskandidaten wenden sich für ein Vermittlungsgespräch an die ZBGA. Während dieses Gesprächs übermitteln die Adoptionskandidaten der ZBGA den in Artikel 24 §2 erwähnten ausgefüllten Fragebogen, die in deutscher Sprache übersetzten Rechtsbestimmungen des Herkunftsstaats im Bereich Adoption sowie jedes andere Dokument, das Auskunft über das Adoptionsprojekt geben kann.

Art. 45 - Prüfung des Adoptionsprojekts

§1 - Nach Erhalt der in Artikel 44 erwähnten Dokumente, beantragt die ZBGA bei Bedarf die Unterstützung jeder zuständigen belgischen oder ausländischen Behörde oder Organisation, um festzustellen ob:

1. die zuständigen ausländischen Behörden das anwendbare Recht sowie die Grundrechte, die dem Kind nach internationalem Recht anerkannt wurden, respektieren;

2. die Herkunft, die Adoptierbarkeit und das Wohl des Kindes gewährleistet sind. Hierfür beantragt die ZBGA die in den Artikeln 361-3 Nummer 2 oder 361-5 Nummer 1 und 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Unterlagen oder gegebenenfalls gleichwertige Dokumente oder die Befreiung der Vorlegung dieser gemäß Artikel 361-4 des Zivilgesetzbuchs;

3. das in Artikel 21 der UN-Kinderrechtskonvention und in Artikel 4 des Haager Übereinkommens vom 29. Mai 1993 festgelegte Subsidiaritätsprinzip geachtet wird;

4. der Herkunftsstaat des Kindes das Haager Übereinkommen vom 29. Mai 1993 oder das Übereinkommen vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern unterzeichnet hat;

5. das Adoptionsprojekt keine unstatthaften Vermögensvorteile für Personen, die für das Kind verantwortlich sind, oder für jede andere Person herbeiführt gemäß Artikel 21 Buchstabe d) der UN-Kinderrechtskonvention;

6. die ausländische Gesetzgebung über Adoptionen mit den Bestimmungen des belgischen Rechts vereinbar ist.

§2 - Die ZBGA teilt den Adoptionskandidaten innerhalb einer Frist von vier Monaten nach Erhalt der in §1 erwähnten Dokumente und der durch die Regierung festgelegten Kostenbeteiligung die Entscheidung mit, ob das Adoptionsprojekt fortgesetzt werden kann oder nicht.

Hat die ZBGA nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist von vier Monaten keine ausreichenden Informationen von den in §1 genannten Behörden erhalten, wird das Adoptionsprojekt bis zum Erhalt dieser Informationen ausgesetzt. Innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt dieser Informationen teilt sie den Adoptionskandidaten ihre endgültige Entscheidung mit.

Art. 46 - Konvention

Wenn die ZBGA die Fortsetzung des Adoptionsprojektes genehmigt, führt sie die Adoptionsvermittlung weiter oder beauftragt einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst mit der Weiterführung der Adoptionsvermittlung.

Wenn die ZBGA die Adoptionsvermittlung weiterführt, schließt sie mit den Adoptionskandidaten eine Konvention ab, in der mindestens die Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit sowie die Kostenbeteiligung festgelegt werden.

Die Regierung legt das Muster der Konvention fest.

Art. 47 - Übermittlung von Dokumenten

In Anwendung von Artikel 361-3 des Zivilgesetzbuchs gewährleistet die ZBGA die Übermittlung folgender Dokumente an die zuständigen ausländischen Behörden:

1. die in Artikel 361-2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Unterlagen;

2. den in Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Bericht über die Adoptionskandidaten;

3. das schriftliche Einverständnis der Adoptionskandidaten, für das Kind im Hinblick auf seine Adoption zu sorgen;

4. die schriftlich gebilligte Entscheidung der ZBGA, das vorgeschlagene Kind den Adoptionskandidaten anzuvertrauen.

Art. 48 - Übersetzungen

Sollten Übersetzungen erforderlich sein, werden die dadurch entstehenden Kosten durch die Adoptionskandidaten getragen.

Abschnitt 5 - Regularisierung von Adoptionen

Art. 49 - Verfahren

Die in Artikel 365-6 §2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Adoptionskandidaten, für die die föderale Zentralbehörde bei der ZBGA eine begründete Stellungnahme einholt, füllen den in Artikel 24 §2 genannten Fragebogen aus und entrichten der ZBGA die von der Regierung festgelegte Kostenbeteiligung. Nach Erhalt der Kostenbeteiligung erstellt die ZBGA die in Artikel 365-6 §2 Absatz 2 erwähnte begründete Stellungnahme.

Abschnitt 6 - Internationale Adoption von Kindern mit gewöhnlichem Aufenthalt in Belgien

Art. 50 - Verfahren

§1 - Die ZBGA erhält gemäß Artikel 362-1 des Zivilgesetzbuchs von der föderalen Zentralbehörde einen Bericht über eine oder mehrere im Ausland wohnhafte Personen, die ein Kind mit gewöhnlichem Aufenthalt in Belgien adoptieren wollen.

Kommt ein Kind für eine Adoption in Betracht, übermittelt die ZBGA der föderalen Zentralbehörde gemäß Artikel 1231-34 des Gerichtsgesetzbuchs die Angaben über das Kind.

§2 - Im Auftrag des Familiengerichts führt die ZBGA die in Artikel 35 erwähnte Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit des Kindes durch.

§3 - Erhält die ZBGA von der föderalen Zentralbehörde das Urteil über die Adoptierbarkeit des Kindes, gewährleistet sie die Übermittlung folgender Dokumente an die zuständigen ausländischen Behörden:

1. die begründete Entscheidung, das Adoptionsverfahren fortzusetzen;
2. das Urteil über die Adoptierbarkeit;
3. den in Artikel 362-3 Nummer 4 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Bericht über das Kind.

Abschnitt 7 - Adoptionsbegleitung und Nachbetreuung

Art. 51 - Adoptionsbegleitung

Die ZBGA:

1. bietet auf Anfrage den Adoptierenden, den Adoptierten und den leiblichen Eltern Begleitung und Unterstützung an;
2. bietet den Adoptierenden und den Adoptierten regelmäßig Veranstaltungen rund um das Thema Adoption an;
3. steht den Adoptierten bei Fragen zu ihrer Identität oder ihrer Herkunft zur Verfügung.

Die ZBGA kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst die in Absatz 1 erwähnten Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

Die Durchführung der Adoptionsbegleitung kann unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen vollständig oder teilweise an Dritte übertragen werden.

Die Regierung legt die Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Adoptionsbegleitung sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung fest.

Art. 52 - Nachbetreuung

Die ZBGA gewährleistet die Nachbetreuung des Kindes und der Adoptierenden. Diese umfasst mindestens:

1. einen Erstkontakt innerhalb von 15 Tagen nach der Ankunft des Kindes in seiner Familie;
2. einen ersten Hausbesuch bei den Adoptierenden innerhalb von drei Monaten nach der Ankunft des Kindes in der Familie;
3. einen zweiten Hausbesuch im Ankunftsjahr des Kindes, ein jährliches Treffen bis zum endgültigen Abschluss der Adoption und ein Treffen im Abschlussjahr der Adoption;
4. die Nachbetreuung, die von den zuständigen Behörden des Herkunftsstaates gefordert wird.

Die ZBGA kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst die in Absatz 1 erwähnten Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

Die Durchführung der Nachbetreuung kann unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen vollständig oder teilweise an Dritte übertragen werden.

Die Regierung legt die Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Nachbetreuung sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung fest.

KAPITEL 6 - ZUSAMMENARBEIT, VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 53 - Zusammenarbeit

Unbeschadet der in vorliegendem Kapitel aufgeführten Bestimmungen sind die ZBGA, die Adoptionsvermittlungsdienste sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Die ZBGA und die Adoptionsvermittlungsdienste, die mit der Adoption eines Kindes beauftragt sind, unterrichten sich gegenseitig über die bereits unternommenen Maßnahmen im Rahmen der ihnen durch das vorliegende Dekret und dessen Ausführungserlasse auferlegten Aufgaben.

Bei der Zusammenarbeit ist die Befugnis- und Aufgabenverteilung zu beachten.

Art. 54 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die ZBGA, die Adoptionsvermittlungsdienste sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.



Art. 55 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Die ZBGA, die Adoptionsvermittlungsdienste sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, sind verantwortlich für die in vorliegendem Kapitel erwähnte Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die ZBGA, die Adoptionsvermittlungsdienste sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden.

Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung.

Art. 56 - Datenkategorien

Die ZBGA und die Adoptionsvermittlungsdienste können alle gemäß Artikel 55 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien in Bezug auf die Adoptionskandidaten, die Adoptivfamilien, die Adoptierten und die leiblichen Eltern, verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss oder zur Ausbildung;
3. Daten zu den Sprachkenntnissen;
4. Daten zur Familiensituation;
5. Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
6. Daten zu Freizeitbeschäftigung;
7. Daten zu den Fähigkeiten und Interessen;
8. medizinische und psychologische Daten;
9. besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung, einschließlich der Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit;
10. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung.

Jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, kann alle in Absatz 1 erwähnten angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten verarbeiten, mit Ausnahme der Nummern 8, 9 und 10.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Datenkategorien und die in Artikel 57 erwähnte Dauer der Datenverarbeitung.

Art. 57 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen nicht länger, als es für die Realisierung der Zwecke, für die sie verarbeitet werden erforderlich ist, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Artikel 59 und 60 werden sie spätestens nach Ablauf der von der Regierung festgelegten Frist vernichtet.

KAPITEL 7 - AKTENVERWALTUNG UND RECHT AUF ZUGANG ZU HERKUNFTSINFORMATIONEN

Art. 58 - Aktenverwaltung

In Anwendung der Artikel 368-6 und 368-7 des Zivilgesetzbuchs bewahrt die ZBGA die Informationen auf, über die sie in Bezug auf die Herkunft des Adoptierten verfügt, insbesondere die Angaben über die Identität der Eltern und die Angaben über die medizinische Vergangenheit des Adoptierten und seiner Familie.

Art. 59 - Zugangsrecht

Die ZBGA und die Adoptionsvermittlungsdienste gewährleisten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und in Anwendung der Artikel 368-6 und 368-7 des Zivilgesetzbuchs den Zugang des Adoptierten oder seines Vertreters zu den Akten, die sich in ihrem Besitz befinden.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Konsultierung der in Absatz 1 erwähnten Akten fest.

KAPITEL 8 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 60 - Abänderungsbestimmung

Artikel 6bis des Dekrets vom 9. Mai 1988 über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Absatz 2 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

„4. den Einnahmen, die in Anwendung der Artikel 30, 32, 37, 45 §2, 46, 49, 51 und 52 des Dekrets vom ... über die Adoption entstehen.“

2. §2 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

„2. Übernahme von Kosten, die im Rahmen des Artikels 5 §2 des Dekrets vom ... über die Adoption entstehen;“

3. §2 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. Übernahme von Sonderauslagen und Auslagen für kulturelle, sportliche und schulische Aktivitäten, die in Anwendung der Artikel 44, 46 und 48 des Erlasses der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz genehmigt wurden.“

4. In §3 Absatz 2 wird die Wortfolge „in §2 Nummern 2 und 3“ durch die Wortfolge „in §2 Nummern 2, 3 und 4“ ersetzt.

Art. 61 - Aufhebungsbestimmung

Das Dekret vom 21. Dezember 2005 zur Adoption, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird aufgehoben.

Art. 62 - Übergangsbestimmung

Für Adoptionskandidaten, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets bereits mit der Adoptionsvorbereitung begonnen haben, wird das Adoptionsverfahren gemäß den vor dem Inkrafttreten gültigen Vorschriften weitergeführt.

Art. 63 - Inkrafttreten

Das vorliegende Dekret tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping strokes, located in the bottom left corner of the page.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET BETREFFENDE DE ADOPTIE

INHOUD

Met dit ontwerp van decreet wordt de rechtsgrondslag voor adopties in de Duitstalige Gemeenschap vastgelegd.

In het kader van de persoonsgebonden aangelegenheden is de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor de bijstand, begeleiding en ondersteuning die wordt aangeboden aan de kandidaat-adoptanten, de adoptanten, de geadopteerden en de biologische ouders. Bij dit ontwerp van decreet bepaalt de Duitstalige Gemeenschap de regels voor de voorbereiding van de kandidaat-adoptanten, de maatschappelijke onderzoeken, de adoptiebemiddeling en de verdere begeleiding na een adoptie.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting.....	4
Bespreking van de artikelen	7
Voorontwerp	28

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Adopties vallen deels onder de bevoegdheid van de Federale Staat en deels onder die van de gemeenschappen.

De Federale Staat definieert de regels van het burgerlijk recht, in het bijzonder inzake de status van de minderjarigen en de status van het gezin, en bijgevolg ook inzake adoptie. De Federale Staat bepaalt dus de raamvoorwaarden voor de adoptie (noodzaak van een geschiktheidsvonnis, de leeftijd van de kandidaat-adoptanten, het subsidiariteitsbeginsel...), de samenstelling van het adoptiedossier (informatie die aan de buitenlandse en Belgische autoriteiten moet worden verstrekt), de vormen van adoptie en de gevolgen ervan. Daarnaast is de Federale Staat bevoegd voor alles wat verband houdt met het nationaliteitsrecht en de wetgeving inzake de toegang tot het grondgebied en het verblijf van buitenlanders in België - en dus voor de erkenning van adopties die tot stand zijn gekomen in het buitenland.

De gemeenschappen daarentegen stellen, in het kader van de persoonlijke aangelegenheden, de regels vast inzake bijstand, begeleiding en ondersteuning die wordt aangeboden aan de kandidaat-adoptanten, de adoptanten, de geadopteerden en de biologische ouders. De gemeenschappen zijn derhalve bevoegd voor de voorbereiding van de kandidaat-adoptanten, de adoptiebemiddeling, de uitvoering van door de familierechtbank bevolen maatschappelijke onderzoeken en de verdere begeleiding na een adoptie.

Door de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie, die in werking is getreden op 1 september 2005, werd de adoptieprocedure fundamenteel gewijzigd. De hervorming was noodzakelijk om België in staat te stellen het Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993 Verdrag inzake de internationale samenwerking en de bescherming van kinderen op het gebied van de interlandelijke adoptie te ratificeren en de beginselen om te zetten in het Belgisch recht. De ratificatie van het verdrag was een belangrijke stap op weg naar de eerbiediging van de rechten van het kind.

De hervorming van de federale wet van 24 april 2003 definieerde ook nieuwe verplichtingen voor de gemeenschappen:

- het organiseren van een verplichte voorbereiding voor alle kandidaat-adoptanten;
- het uitvoeren van een door de familierechtbank bevolen maatschappelijk onderzoek;
- het bevorderen van gezinshereniging overeenkomstig het Verdrag van de Verenigde Naties en het Verdrag van Den Haag inzake interlandelijke adoptie.

Bij het decreet van 21 december 2005 betreffende de adoptie werd in de Duitstalige Gemeenschap de rechtsgrond geschapen voor de uitvoering van de raamvoorwaarden die in de wet tot hervorming van de adoptie waren vastgelegd.

Aangezien adoptie een complexe aangelegenheid is die een goede samenwerking tussen de autoriteiten op de verschillende beleidsniveaus vergt, werd al snel duidelijk dat een samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en de gemeenschappen moest worden gesloten. Dat akkoord werd gesloten op 12 december 2005. Het omvat bepalingen betreffende de voorbereiding van kandidaat-adoptanten, betreffende de maatschappelijke onderzoeken, betreffende het bewaren, meedelen en doorgeven van documenten, verslagen en beslissingen, en betreffende de 'Commissie voor overleg en opvolging'.

De gemeenschappen hebben jarenlang aangedrongen op harmonisering van de internationale en nationale adoptieprocedures met betrekking tot de geschiktheid van kandidaat-adoptanten. Die harmonisering werd mogelijk door de goedkeuring van de wet van 6 juli 2017 houdende vereenvoudiging, harmonisering, informatisering en modernisering van bepalingen van burgerlijk recht en van burgerlijk procesrecht alsook van het notariaat, en houdende diverse bepalingen inzake justitie (de zogeheten Potpourri V). Bij de wet van 6 juli 2017 werden ook nog andere bepalingen inzake adoptie gewijzigd. Daartoe behoort het volgende:

- Het maatschappelijk onderzoek dat bevolen wordt bij binnenlandse adoptie binnen de familie heeft niet langer alleen betrekking op de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten, maar ook op de adopteerbaarheid van het kind en op de belangen van het kind om geadopteerd te worden;
- Bij interlandelijke adopties behoort het aan de buitenlandse centrale autoriteit te richten verslag om de meest geschikte adoptant voor een kind te vinden, niet langer tot de bevoegdheid van het openbaar ministerie, maar tot de bevoegdheid van de gemeenschappen.

Door de goedkeuring van die wet werd een wijziging van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 noodzakelijk, aangezien bij dat samenwerkingsakkoord bepaald kan worden welke diensten of autoriteiten van de gemeenschappen bevoegd zijn om:

- de verschillende, door de familierechtbanken bevolen maatschappelijke onderzoeken uit te voeren;
- de biologische ouders in kennis te stellen van de adoptieplannen;
- de verslagen over de kandidaat-adoptanten en over het te adopteren kind op te stellen om in de context van interlandelijke adopties als bemiddelaar te kunnen optreden.

Die wijziging kwam er via een samenwerkingsakkoord van 6 juni 2019 waarmee de bevoegde parlementen nog moeten instemmen.

Aangezien al deze nieuwe bepalingen in het Duitse taalgebied ten uitvoer moeten worden gelegd, werd de gelegenheid te baat genomen om de adoptieregeling van de Duitstalige Gemeenschap fundamenteel te vernieuwen via het voorliggende ontwerp van decreet. Daarbij wordt vooral op het volgende gefocust:

Algemene beginselen van het decreet

De algemene beginselen vormen een gemeenschappelijke basis voor actie. Die zal worden verankerd in een kwaliteitshandboek van de centrale autoriteit van de gemeenschap voor adoptie (in het Duits afgekort als ZBGA). Een duidelijk omschreven werkwijze en een 'missie en visie' die als richtsnoer voor de professionals dienen, maken het mogelijk het adoptiebeleid van de Duitstalige Gemeenschap transparanter te maken voor adoptieouders, geadopteerden, biologische ouders, andere professionals, het maatschappelijk middenveld en de landen van herkomst.

Presentatie van de adoptieprocedure

Een duidelijk onderscheid en een chronologisch overzicht van de verschillende stappen die de kandidaat-adoptanten doorlopen (voorbereiding op de adoptie, maatschappelijke onderzoeken, adoptiebemiddeling en nazorg) moet het mogelijk maken dat de bepalingen van de adoptieprocedure toegankelijk, begrijpelijk en voorspelbaar zijn voor de betrokkenen.

Begeleiding en nazorg

Op het gebied van adoptie is er in de loop der tijd veel veranderd. Door de versterking van de garanties voor de bescherming van kinderen worden de adoptieprocedures complexer, langer en moeizamer voor de kandidaat-adoptanten. Het subsidiariteitsbeginsel bij de adoptie van kinderen uit het buitenland leidt ertoe dat alsmaar minder kinderen voor interlandelijke adoptie worden vrijgegeven. Meer en meer kandidaten kiezen dan ook voor een binnenlandse adoptie. Wachttijden en selectieprocedures worden verscherpt. Er zijn ook meer verzoeken om interlandelijke adopties binnen de familie die veel inspanningen kosten (bijvoorbeeld: adoptie van vluchtelingen, adoptie van een verwant kind uit het buitenland).

Door de nieuwe uitdagingen op het gebied van adoptie moet de begeleiding van de betrokkenen worden aangepast. De kandidaten moeten goed voorbereid zijn op deze nieuwe situatie en op de gevolgen hiervan en moeten ook tijdens de wachtperiode intensiever begeleid worden. Om de kandidaat-adoptanten in hun dagelijks leven nog beter te kunnen ondersteunen, beoogt dit ontwerp van decreet een intensievere begeleiding bij de adoptieprocedure en een intensievere nazorg.

Waarborgen voor de vertrouwelijkheid en de bescherming van persoonsgegevens

Om ervoor te zorgen dat de adoptieplannen realistisch, verantwoord en in het belang van het kind zijn, verwerken de actoren die in het kader van dit decreet optreden een groot aantal persoonsgegevens van de kandidaat-adoptanten, de biologische ouders en de te adopteren kinderen. Om de eerbiediging van de individuele rechten van de betrokkenen te waarborgen, biedt het onderhavige ontwerp garanties inzake vertrouwelijkheid en gegevensbescherming. Die garanties laten zich in het bijzonder afleiden uit de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming).

Specifieke of technische wijzigingen

Ten slotte zijn verscheidene technische artikelen ingevoerd die noodzakelijk waren geworden door de wijzigingen van de federale wetgeving.

Aangezien de bevoegdheden inzake adoptie deels bij de Federale Staat en deels bij de gemeenschappen liggen, wordt in de meeste artikelen van het ontwerpdecreet verwezen naar de desbetreffende federale wetbepalingen. In heel wat bepalingen van het ontwerpdecreet wordt de uitvoering overgedragen aan de Regering; dat is ingegeven door de noodzaak om, gelet op het geringe aantal adopties, zo veel mogelijk flexibiliteit aan de dag te leggen bij de uitvoering van die bepalingen.

BESPREKING VAN DE ARTIKELN

Artikel 1

Dit artikel bepaalt het toepassingsgebied van het ontwerp van decreet.

Het ontwerpdecreet is van toepassing op alle diensten en autoriteiten die in het Duitse taalgebied werkzaam zijn op het gebied van adoptie, alsmede op de te adopteren kin-

deren, hun biologische ouders, de kandidaat-adoptanten en adoptanten die hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied.

Uitzonderingen op dit beginsel kunnen alleen worden gemaakt in het kader van samenwerkingsovereenkomsten met andere Belgische autoriteiten. Op grond van artikel 5 kan een dergelijke samenwerking plaatsvinden in het kader van de voorbereiding van de kandidaat-adoptanten, de adoptiebemiddeling, de adoptiebegeleiding en de nazorg voor de geadopteerden en de adoptanten.

Artikel 2

De verwijzingen naar personen in het ontwerp van decreet gelden voor alle geslachten in gelijke mate.

Artikel 3

In dit artikel worden begrippen gedefinieerd die in het ontwerp van decreet op verscheidene plaatsen voorkomen; dit zorgt ervoor dat die begrippen telkens op dezelfde manier begrepen worden.

Artikel 4

Dit artikel bevat de algemene beginselen waarop de adoptieregeling van de Duitstalige Gemeenschap is gebaseerd.

In overeenstemming met haar internationale verplichtingen beschouwt de Duitstalige Gemeenschap de adoptie in de eerste plaats als een maatregel ter bescherming van het kind. Het eerste lid bevestigt derhalve dat een adoptie in het belang van het kind moet zijn en het belang van het kind moet beogen. Het belang van de volwassenen is hier van ondergeschikt belang.

In die zin bevordert de Duitstalige Gemeenschap via het tweede lid de subsidiariteit van binnenlandse adoptie als omschreven in artikel 21 van het Verdrag van 20 november 1989 inzake de rechten van het kind en artikel 4 van het Verdrag van 29 mei 1993 inzake de bescherming van kinderen en de samenwerking op het gebied van de interlandelijke adoptie, alsmede de dubbele subsidiariteit die geldt bij interlandelijke adoptie. Het subsidiariteitsbeginsel van adoptie impliceert dat adoptie de laatste denkbare oplossing voor het kind is, na uitsluiting van alle andere beschermende maatregelen (verblijf bij zijn oorspronkelijke familie, binnenlandse adoptie in zijn eigen land van herkomst).

Het derde lid van dat artikel bevat nog andere beginselen die van toepassing zijn op adoptieprocedures in de Duitstalige Gemeenschap.

Zo zullen alle bij de adoptieprocedure betrokken personen - het te adopteren kind, zijn biologische ouders, de kandidaat-adoptanten, de adoptanten en de geadopteerde - met respect behandelen en rekening houden met hun privéleven, hun gezinsleven en hun behoeften. Elke situatie wordt afzonderlijk bekeken en begeleid. Om de personen en gezinnen te steunen, wordt in het kader van het decreet kwalitatieve informatie, advisering en ondersteuning op maat aangeboden.

Artikel 5

Door het geringe aantal adopties in het Duitse taalgebied is tot nu toe geen adoptiedienst in de Duitstalige Gemeenschap erkend.

Om desondanks de begeleiding van het te adopteren kind, de voorbereiding van de kandidaat-adoptanten op de adoptie, de adoptiebemiddeling en de nazorg te waarborgen, bepaalt paragraaf 1 dat de Regering samenwerkingsovereenkomsten kan sluiten met de andere Belgische autoriteiten. Deze overeenkomsten zijn bedoeld om de voorwaarden en regelingen vast te leggen wanneer tussen de Belgische autoriteiten eventueel delegatie wordt verleend om bepaalde taken uit te voeren of bestaande resources beschikbaar te stellen.

Zo voorziet de sectorale overeenkomst van 27 april 2001 tussen de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap op het gebied van de jeugdbijstand en adoptie, laatstelijk gewijzigd op 16 april 2004, reeds in de begeleiding van kandidaat-adoptanten uit de Duitstalige Gemeenschap via adoptiediensten van de Franse Gemeenschap.

Overeenkomstig paragraaf 2 kan de Regering ondersteuning bieden aan kandidaat-adoptanten die bij een adoptiedienst van een andere gemeenschap op taalproblemen stuiten.

Artikel 6

Artikel 6 van het Verdrag van 29 mei 1993 inzake de internationale samenwerking en de bescherming van kinderen op het gebied van de interlandelijke adoptie bepaalt dat elke Verdragsluitende Staat een Centrale Autoriteit aanwijst die belast is met de nakoming van de door het Verdrag aan haar opgelegde verplichtingen.

Overeenkomstig artikel 360-1 van het Burgerlijk Wetboek, ingevoegd bij de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie, wijst elke gemeenschap in België haar centrale autoriteit aan. Op basis van hun bevoegdheden ressorteert deze bepaling onder de respectieve regeringen.

Artikel 6 bepaalt derhalve dat de Regering een centrale autoriteit van de gemeenschap voor adoptie (ZBGA) opricht. Die autoriteit is op grond van haar overheidstaken gevestigd in het Ministerie.

Artikel 7

Dit artikel bepaalt de samenstelling van de ZBGA.

Artikel 8

In dit artikel worden de taken van de ZBGA vastgelegd.

Die taken zijn grotendeels vervat in verscheidene bepalingen van het Verdrag van 29 mei 1993 inzake de internationale samenwerking en de bescherming van kinderen op het gebied van de interlandelijke adoptie, de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie en het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie, gewijzigd bij het samenwerkingsakkoord van 6 juni 2019.

Een adoptie als bedoeld in het Verdrag van 29 mei 1993 kan slechts plaatsvinden als de bevoegde autoriteiten:

- hebben vastgesteld dat het kind in aanmerking komt voor adoptie en dat adoptie

- het hoogste belang van het kind dient en zijn of haar grondrechten respecteert; het kind moet het uitgangspunt voor adoptie zijn en niet de ouders die een kind willen;
- het subsidiariteitsbeginsel met betrekking tot interlandelijke adoptie naleven; kinderen moeten bij voorrang in hun eigen land worden geadopteerd, in een culturele, taalkundige en religieuze context die hun herkomst zo dicht mogelijk benadert;
 - zich ervan vergewist hebben dat de actoren (geadopteerde kinderen, biologische ouders, instellingen in het herkomstland, enz.) in kennis zijn gesteld van de gevolgen van hun instemming met de adoptie (en wat de kinderen betreft: op een manier aangepast aan hun leeftijd);
 - vastgesteld hebben dat de kandidaat-adoptanten geschikt zijn en in staat zijn om te adopteren en dienovereenkomstig worden geadviseerd; het doel van adoptie is het meest geschikte gezin te vinden voor een kind dat, in voorkomend geval, traumatische situaties beleefd heeft;
 - zich ervan vergewist hebben dat de bemiddeling gebaseerd is op een psychologisch, medisch en sociaal rapport;
 - zich ervan vergewist hebben dat het kind permanent toegang heeft tot de ontvangende staat en permanent in de ontvangende staat mag verblijven of zal verblijven;
 - op verzoek van de ouders bijzondere ondersteuning organiseren en bevorderen;
 - samenwerken met de bevoegde autoriteiten van de landen van herkomst om de bescherming van kinderen te waarborgen;
 - over de situatie van het kind en van de kandidaat-adoptanten informatie bewaren en uitwisselen die noodzakelijk is om de adoptie tot stand te brengen;
 - de adoptieprocedure organiseren;
 - verzoeken om informatie over een specifieke adoptiesituatie beantwoorden;
 - diensten erkennen; de adoptieprocedure moet worden uitgevoerd door competente en multidisciplinaire diensten die door de bevoegde nationale autoriteiten erkend zijn en aan het toezicht door die autoriteiten onderworpen zijn;
 - een winstoogmerk vermijden; de bescherming van het kind mag geen voordelen van welke aard ook genereren en elke vorm van handel moet worden bestreden en vervolgd.

De ZBGA is een referentiepunt voor alle adopties in de Duitstalige Gemeenschap, zowel voor individuele personen als voor diensten en overheden. Zij zorgt voor samenwerking met Belgische of buitenlandse autoriteiten en instanties op het gebied van adoptie. In dit verband zorgt zij ook voor de publicatie van informatie over adoptie en adoptieprocedures in het Duitse taalgebied, bijvoorbeeld via de media, informatiebrochures of informatieavonden. Buiten deze voorlichtingscampagnes biedt de ZBGA individuele informatiegesprekken aan.

Indien een adoptiedienst in de Duitstalige Gemeenschap wordt erkend, zorgt de ZBGA voor begeleiding, coördinatie, toezicht en evaluatie van die dienst om ervoor te zorgen dat die adoptiedienst aan de erkenningsvoorwaarden blijft voldoen en dat de adoptieprocedures het belang van de betrokkenen in acht nemen en voldoen aan de beginselen die in dit ontwerpdecreet worden geformuleerd.

Indien er in het kader van een adoptieprocedure klachten van de kandidaat-adoptanten of adoptanten zijn, verbindt de ZBGA zich ertoe deze te onderzoeken om met de betrokkenen een oplossing te zoeken.

De andere in dit artikel opgesomde taken zijn taken die worden toegelicht in de volgende artikelen van het ontwerpdecreet.

Artikel 9

Dit artikel voert een kwaliteitshandboek van de ZBGA in.

Het kwaliteitshandboek moet het mogelijk maken de door de autoriteit genomen beslissingen te begrijpen en zo de transparantie van haar acties te vergroten.

Dit handboek bevat werkmethoden en kwaliteitsnormen. Het bevat ook de missie, visie en waarden die de ZBGA bij de uitvoering van haar taken in acht neemt.

Het handboek zal uiterlijk om de twee jaar worden aangepast aan de ontwikkelingen op het gebied van adoptie.

Artikel 10

Artikel 10 bepaalt dat de Regering elk jaar uiterlijk op 1 mei een verslag bezorgt aan het Parlement; in dat verslag wordt de toepassing van het decreet geanalyseerd. Dit jaarverslag wordt opgesteld door de ZBGA.

Artikel 11

In dit artikel worden de raamvoorwaarden voor de erkenning van adoptiediensten vastgelegd.

De adoptiebemiddeling moet altijd geschieden door een dienst die voor dat doel erkend is. Bij niet-naleving van die bepaling voorziet het Strafwetboek in de volgende sancties:

- artikel 391^{quater}: "Met een gevangenisstraf van een maand tot een jaar en met geldboete van zesentwintig euro tot vijfhonderd euro of met een van die straffen alleen wordt gestraft hij die voor zichzelf, met bedrieglijk inzicht, een adoptie heeft verkregen of proberen te verkrijgen die strijdig is met de bepalingen van de wet."
- Artikel 391^{quinquies}: "Met een gevangenisstraf van een jaar tot vijf jaar en met geldboete van vijfhonderd euro tot vijfentwintigduizend euro of met een van die straffen alleen wordt gestraft hij die bij een adoptie als tussenpersoon is opgetreden en voor een derde een adoptie heeft verkregen of proberen te verkrijgen zonder lid te zijn van een daartoe vooraf door de bevoegde gemeenschap erkende adoptiedienst of die als lid van een erkende adoptiedienst voor een derde een adoptie heeft verkregen of proberen te verkrijgen die strijdig is met de bepalingen van de wet."

Door het geringe aantal adopties is er momenteel geen adoptiedienst in de Duitstalige Gemeenschap. Kandidaat-adoptanten kunnen zich tot de erkende adoptiediensten van de Franse Gemeenschap wenden of kunnen zich, onder de in artikel 43 gestelde voorwaarden, tot de ZBGA wenden.

Artikel 12

Dit artikel bepaalt de procedure voor de erkenning van de adoptiediensten.

Overeenkomstig paragraaf 1 dient de adoptiedienst, samen met zijn aanvraag, de nodige documenten en bewijsstukken in.

De adoptiedienst kan de erkenning zowel vragen voor binnenlandse adoptie als voor interlandelijke adoptie; ze kan de erkenning ook tegelijkertijd voor beide vormen van adoptie vragen.

Overeenkomstig paragraaf 2 wordt de erkenning beperkt tot een periode van zes jaar, zodat na het verstrijken van die termijn een andere in aanmerking komende adoptiedienst ook de mogelijkheid heeft om een erkenningsaanvraag in te dienen. De erkenning wordt verleend voor een specifieke adoptiedienst en kan worden verlengd.

Paragraaf 3 bepaalt dat de adoptiedienst een nieuwe aanvraag moet indienen, als de tijdelijke erkenning verstreken is en als vastgesteld wordt dat de erkenningsgegevens veranderd zijn en aangepast moeten worden.

Tot slot bevat paragraaf 4 een aantal machtigingen aan de Regering met het oog op de uitvoering van het artikel.

Artikel 13

Dit artikel beschrijft de verplichtingen die moeten worden nagekomen om de erkenning te mogen behouden. Zij hebben betrekking op de decretale verplichtingen en op de in artikel 11 vervatte voorwaarden voor erkenning.

De Regering kan de verplichtingen nog nader preciseren en kan nog andere verplichtingen voor het behoud van de erkenning opleggen.

Artikel 14

Dit artikel beschrijft de procedure voor de schorsing en intrekking van de erkenning wanneer één of meer voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen, niet vervuld worden.

Overeenkomstig paragraaf 1 maant de Regering de adoptiedienst aan om zijn verplichtingen na te komen. Als de adoptiedienst daar geen gevolg aan geeft, wordt de erkenning door de Regering geschorst en/of ingetrokken.

Paragraaf 2 bepaalt dat de Regering de procedures vaststelt die in dit verband moeten worden gevolgd.

Overeenkomstig paragraaf 3 heeft de schorsing of de intrekkingprocedure tot gevolg dat er geen nieuwe adoptiebemiddelingen mogen worden geïnitieerd. Het doel van deze maatregel is om nieuwe kandidaat-adoptanten te beschermen tegen de gevolgen van niet-naleving van de erkenningsvoorwaarden. Adoptiebemiddelingen die reeds vóór de kennisgeving van de schorsing of de inleiding van een intrekkingprocedure zijn geïnitieerd, mogen worden voortgezet. Het doel van deze maatregel is te voorkomen dat de kandidaat-adoptanten een reeds aangevatte adoptieprocedure opnieuw moeten initiëren.

De adoptiedienst moet de kandidaat-adoptanten meedelen waarom de erkenning geschorst of ingetrokken werd. Zo kunnen de kandidaat-adoptanten met kennis van zaken een beslissing nemen en eventueel meteen andere oplossingen zoeken, in voorkomend geval met ondersteuning van de ZBGA. De Regering bepaalt de vorm, de inhoud en de procedure voor het informeren van de kandidaat-adoptanten.

Artikel 15

In dit artikel wordt bepaald dat de intrekking of het verstrijken van de erkenning de beëindiging van alle adoptiebemiddelingen door de betrokken adoptiedienst tot gevolg heeft.

De Regering bepaalt welke procedure daarbij gevolgd wordt.

Artikel 16

In dit artikel wordt de Regering ermee belast de voorwaarden vast te stellen voor de subsidiëring van de overeenkomstig artikel 11 erkende adoptiediensten. In het kader van het ontwerp van decreet gelden de algemene beginselen van de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof (in het bijzonder de artikelen 11 tot 14) en van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 17

Dit artikel bevat een algemene regeling voor de controle van de subsidies. De verwijzing naar de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof zorgt voor een duidelijke bepaling van het rechtskader voor de controle van de subsidies.

Artikel 18

Dit artikel biedt de mogelijkheid om de subsidiëring en een verdere taakomschrijving te regelen via een overeenkomst tussen de Regering en een erkende adoptiedienst.

De Regering is bevoegd het kader en de verdere inhoud van de overeenkomst vast te stellen.

Artikel 19

In dit artikel wordt bepaald dat de Regering de overeenkomsten met een erkende adoptiedienst voor een periode van één tot zes jaar kan sluiten. Een overeenkomst kan echter verlengd worden, voor zover de erkenning van de betrokken adoptiedienst nog niet verstreken is.

Artikel 20

De artikelen 20 tot 23 hebben betrekking op het geval dat een kind uit de Duitstalige Gemeenschap door zijn biologische ouders afgestaan wordt voor adoptie en geadopteerd moet worden door kandidaat-adoptanten uit België.

Artikel 20 heeft betrekking op de tussenkomst van de ZBGA bij biologische ouders die voornemens zijn hun kind of ongebooren kind af te staan voor adoptie.

Paragraaf 1 bepaalt dat de ZBGA de biologische ouders inlicht over de gevolgen van hun instemming voordat ze met de afstand voor adoptie instemmen. Die informatie heeft in het bijzonder betrekking op:

- de rechten, de bijstand en de voordelen die bij wet of decreet worden toegekend aan het gezin, aan de vader en de moeder en aan hun kinderen;

- de middelen waarop zij een beroep kunnen doen om sociale, financiële, psychologische en andere problemen op te lossen die voortvloeien uit hun situatie.

Die ondersteuning van de biologische ouders is in overeenstemming met het subsidiariteitsbeginsel inzake adoptie, aangezien ze aangeboden wordt als maatregel ter bescherming van de kinderen om hun belangen, de eerbiediging van hun grondrechten en de inachtneming van hun behoeften te waarborgen.

De biologische ouders kunnen pas twee maanden na de geboorte van hun kind instemmen met de adoptie. Als ze tegen dan niet voor het kind kunnen of willen zorgen, kan de ZBGA overeenkomstig paragraaf 2 interveniëren om passende bijstand voor het kind te zoeken. Dit kan bijvoorbeeld een voorlopige plaatsing in een pleeggezin of in een instelling zijn. De rechtsgrondslag om de dienst voor pleeggezinnen te belasten met de plaatsing van het kind in een pleeggezin is reeds vervat in artikel 26, § 2, 2°, van het decreet van 19 mei 2008 over de Jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming.

Artikel 21

Paragraaf 1 bepaalt dat de biologische ouders of de vertegenwoordiger van een kind die de beslissing hebben genomen om dat kind vrij te geven voor adoptie, de ZBGA schriftelijk moeten belasten met de taak om voor dat kind de adoptieouders te zoeken die het best bij de kenmerken en de behoeften van het kind passen.

Paragraaf 2 bepaalt dat de ZBGA alle inlichtingen over de biologische ouders verzamelt die nuttig kunnen zijn om de herkomst van het kind te kunnen achterhalen, teneinde het recht van het kind op toegang tot de informatie over zijn herkomst te waarborgen. Die informatie wordt opgenomen in een verslag over het kind.

Paragraaf 3 bepaalt dat de ZBGA de biologische ouders in de loop van de procedure ondersteunt en ook na de adoptie van hun kind voor hen ter beschikking staat in het kader van de adoptiebegeleiding.

Paragraaf 4 bepaalt dat het verzamelen van de informatie en het ondersteunen van de biologische ouders geheel of gedeeltelijk kan worden overgedragen aan een erkende adoptiedienst.

Artikel 22

Paragraaf 1 bepaalt dat de ZBGA een verslag over het kind opstelt. Dat verslag bevat gegevens over de identiteit van het kind, zijn adopteerbaarheid, zijn sociale omgeving, zijn persoonlijke ontwikkeling en die van zijn gezin, zijn medische voorgeschiedenis en die van zijn gezin, alsook over zijn specifieke behoeften.

De Regering is ertoe gemachtigd de vorm en de verdere inhoud van het verslag vast te stellen.

Het doel van dat verslag is de ZBGA in staat te stellen om voor het ter adoptie afgestane kind te bepalen welke adoptieouders de meest geschikte milieu- en ontwikkelingsmogelijkheden kunnen bieden aan dat kind, rekening houdend met zijn specifieke behoeften.

Paragraaf 2 bepaalt dat het opstellen van het verslag en het vinden van de kandidaat-adoptanten aan een erkende adoptiedienst kunnen worden overgedragen.

Artikel 23

Dit artikel bepaalt welke ondersteuning de ZBGA biedt aan het kind dat voor adoptie werd afgestaan tot de adoptie is uitgesproken, alsook bij het achterhalen van zijn herkomst.

Die ondersteuning kan geheel of gedeeltelijk worden overgedragen aan een erkende adoptiedienst.

Artikel 24

Voor alle vormen van adoptie moeten de kandidaat-adoptanten deelnemen aan een voorbereiding op de adoptie. Deze voorbereiding valt onder de bevoegdheid van de gemeenschappen.

Paragraaf 1 bepaalt dat de kandidaat-adoptanten eerst moeten deelnemen aan een eerste informatiesprek, voordat zij zich kunnen laten inschrijven voor een voorbereiding op de adoptie. In het kader van dat gesprek geeft de ZBGA de kandidaat-adoptanten algemene informatie over adoptie en over de adoptieprocedure.

Kandidaat-adoptanten voor wie de adoptiebemiddeling overgenomen wordt door de ZBGA (adoptie in een Staat waarmee geen erkende adoptiedienst toestemming tot samenwerking heeft of interlandelijke intrafamiliale adoptie) ontvangen ook een vragenlijst. Het doel van die vragenlijst is de ZBGA een aantal inlichtingen te verstrekken over de situatie en de motivering van de kandidaat-adoptanten, zodat de ZBGA in een later stadium kan onderzoeken of het adoptieplan al dan niet kan worden voortgezet.

Artikel 25

In het kader van het in artikel 24 vermelde informatiesprek geeft de ZBGA aan de kandidaat-adoptanten een inschrijvingsformulier voor deelneming aan de 'voorbereiding op de adoptie' en deelt de ZBGA hen, na ontvangst van het ingevulde formulier, mee wanneer de volgende voorbereiding plaatsvindt. In het algemeen organiseert de ZBGA de voorbereiding in de vorm van een seminar.

Artikel 26

Dit artikel bepaalt dat de ZBGA moet nagaan of de kandidaten die zich voor de voorbereiding willen laten inschrijven, werkelijk aan de wettelijke voorwaarden voldoen. De voorwaarden zijn vastgelegd in het Belgische recht en betreffen onder meer de burgerlijke staat en de leeftijd.

De Regering is gemachtigd om de lijst op te stellen van de documenten die de kandidaat-adoptanten moeten verstrekken als ze zich laten inschrijven voor deelneming aan de voorbereiding.

Artikel 27

Dit artikel biedt de ZBGA de mogelijkheid om de inschrijving voor deelneming aan de voorbereiding te weigeren aan personen die op onrechtmatige wijze een adoptieprocedure hebben geïnitieerd en die deze adoptieprocedure niet kunnen regulariseren:

- omdat de federale centrale autoriteit hun verzoek tot regularisatie heeft afgewezen met toepassing van artikel 365-6 van het Burgerlijk Wetboek;
- omdat er geen wettelijke mogelijkheid bestaat om de procedures overeenkomstig artikel 361-5 van het Burgerlijk Wetboek te regulariseren.

Indien die kandidaat-adoptanten zich echter willen laten inschrijven voor de voorbereiding op de adoptie van een onbekend kind, wordt in het deelnemingsattest vermeld dat die voorbereiding niet kan worden gebruikt in de procedure voor de adoptie van het onrechtmatig geadopteerde kind.

In situaties waarin de ZBGA kennis heeft van feiten die binnen de werkingssfeer vallen van de artikelen 363-1 tot 363-4 van het Burgerlijk Wetboek (beschermende maatregelen), vermeldt de ZBGA dit op het deelnemingsattest en informeert de ZBGA de bevoegde familierechtbank om haar attent te maken op de situatie en om ervoor te zorgen dat alle passende maatregelen kunnen worden genomen. Het gaat hierbij onder meer om het contact tussen adoptanten en het gezin van herkomst van het kind voordat de adoptie wordt uitgesproken, de niet-naleving van het Verdrag van Den Haag of de wet en frauduleus gedrag tijdens het adoptieprocedure.

Artikel 28

De voorbereiding op de adoptie is een wettelijke verplichting en gaat vooraf aan elke adoptieprocedure. Ze neemt doorgaans de vorm aan van een door de ZBGA georganiseerd voorbereidend seminar, in overeenstemming met het door de Regering vastgestelde programma. De voorbereiding op de adoptie heeft een tweeledig doel: de bescherming van de kinderen en de ondersteuning van de ouders. Ze stelt de kandidaat-adoptanten in staat de verschillende stadia van het adoptieproces beter te begrijpen en de concrete gevolgen voor hun leven en die van het kind af te wegen. Het doel is om de adoptiewens van de kandidaat-adoptanten met behulp van deskundigen om te zetten in een realistisch en verantwoord adoptieplan.

Het sectoraal akkoord met de Franse Gemeenschap van 27 januari 2001, laatstelijk gewijzigd bij het akkoord van 3 juni 2004, voorziet in de mogelijkheid voor kandidaat-adoptanten die in het Duitse taalgebied wonen en uitsluitend Frans spreken, deel te nemen aan de voorbereiding van de Franse Gemeenschap. Voor kandidaat-adoptanten die in het Franse taalgebied wonen en alleen Duits spreken, bestaat de mogelijkheid om deel te nemen aan de voorbereiding van de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 29

Dit artikel verduidelijkt het doel van de voorbereiding. Tijdens de voorbereiding krijgen de kandidaat-adoptanten in het bijzonder uitleg over de stappen in de adoptieprocedure, over de juridische en andere gevolgen, alsook over de mogelijke nazorg en het nut van die nazorg.

Artikel 30

De voorbereiding op de adoptie omvat in het algemeen een collectief en een individueel gedeelte; het programma van die gedeelten wordt door de Regering vastgesteld.

Met inachtneming van de wettelijke minimuminhoud, is de Regering ook gemachtigd om een specifiek voorbereidingsprogramma vast te leggen voor:

- intrafamiliale adopties;
- personen die al een kind geadopteerd hebben;
- adoptie van een kind met een beperking;
- personen die al een voorbereiding op een adoptie doorlopen hebben.

Artikel 31

Nadat de kandidaat-adoptanten aan de voorbereiding hebben deelgenomen, krijgen ze van de ZBGA een deelnemingsattest dat achttien maanden geldig is. De vorm van het deelnemingsattest stemt overeen met het model gevoegd bij het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005, laatstelijk gewijzigd bij het samenwerkingsakkoord van 6 juni 2019.

Het attest voor kandidaat-adoptanten die in het Duitse taalgebied wonen en alleen Frans spreken en aan de voorbereiding van de Franse Gemeenschap hebben deelgenomen, wordt ook door de ZBGA afgegeven.

Artikel 32

Het deelnemingsattest biedt de kandidaat-adoptanten de mogelijkheid om een verzoekschrift in te dienen bij de familierechtbank met het oog op het verkrijgen van een geschiktheidsvonnis. Dat geschiktheidsvonnis bevestigt dat de adoptanten over de specifieke ouderlijke competenties beschikken om op passende wijze te kunnen reageren op het gedrag van het geadopteerde kind en stelt hen aldus in staat te adopteren.

Om de geschiktheid vast te stellen, onderzoekt de rechter of de kandidaat-adoptanten aan de wettelijke voorwaarden voor adoptie voldoen en of ze de nodige sociaal-psychologische kenmerken hebben. De familierechtbank belast de ZBGA met een maatschappelijk onderzoek dat als basis dient voor de beoordeling van de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten. In het geval van intrafamiliale adoptie wordt niet noodzakelijk een maatschappelijk onderzoek bevolen.

Er zijn drie verschillende soorten van maatschappelijk onderzoek over de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten:

1. maatschappelijk onderzoek ter beoordeling van de geschiktheid in het kader van interlandelijke adopties of extrafamiliale binnenlandse adopties (artikel 1231-1/4 van het Gerechtelijk Wetboek);
2. maatschappelijk onderzoek ter verlenging van de geldigheidsduur van het geschiktheidsvonnis (artikel 1231-1/11 van het Gerechtelijk Wetboek);
3. maatschappelijk onderzoek ter beoordeling van de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten in het kader van een procedure voor de uitspraak van een intrafamiliale binnenlandse adoptie (artikel 1231-6 van het Gerechtelijk Wetboek).

Het verslag over die maatschappelijke onderzoeken bevat een sociaal, een medisch en een psychologisch gedeelte, alsook de conclusies. In het kader van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005, laatstelijk gewijzigd bij het samenwerkingsakkoord van 6 juni 2019, wordt vastgelegd wat die maatschappelijke onderzoeken op zijn minst moeten omvatten om een bepaalde eenvormigheid in de onderzoeken in België te waarborgen. In de procedure voor het vaststellen van de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten betreft het maatschappelijk onderzoek onder meer het volgende:

- de identiteit, de sociaal-economische situatie en de sociale omgeving van de kandidaat-adoptanten;
- de voor adoptie noodzakelijke sociaal-psychologische kenmerken. Die worden onder meer verzameld op basis van informatie:
 - over de persoonlijke kenmerken van de kandidaat-adoptanten;
 - over de geschiedenis en dynamiek van het paar en van het gezin;
 - over de kinderwens en de beweegredenen voor adoptie;
 - over de ideeën over adoptie en de verwachtingen;
 - over het adoptieplan;

- over de opvoeding van het kind;
- over het psycho-affectieve potentieel van de kandidaat-adoptanten;
- over het profiel van het kind of de kinderen die aan de kandidaat-adoptanten kunnen worden toevertrouwd;
- over de medische situatie van de kandidaat-adoptanten.

Voor het psychologische gedeelte van de maatschappelijke onderzoeken wordt een door de ZBGA aangewezen psycholoog geraadpleegd. Zijn advies wordt bij het maatschappelijk onderzoek gevoegd.

In het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005, laatstelijk gewijzigd bij het samenwerkingsakkoord van 6 juni 2019, staat dat de Federale Staat de kosten van de maatschappelijke onderzoeken draagt. De kosten worden vergoed op basis van een forfaitair bedrag per maatschappelijk onderzoek, waarbij de hoogte van het bedrag afhangt van het soort maatschappelijk onderzoek.

Artikel 33

Dit artikel betreft de uitvoering van een deel van het maatschappelijk onderzoek vermeld in artikel 1231-6 van het Gerechtelijk Wetboek (intrafamiliale binnenlandse adoptie). Door de wijziging van de federale wetgeving bepaalt artikel 1231-6 van het Gerechtelijk Wetboek dat bij intrafamiliale binnenlandse adopties moet worden beoordeeld of de kandidaat-adoptanten geschikt zijn om een kind te adopteren, alsook welk belang het kind kan hebben om te worden geadopteerd. De bepalingen voor het gedeelte "Geschiktheid van de kandidaat-adoptanten" staan in artikel 32. Artikel 33 bevat de bepalingen voor het gedeelte "Belang van het kind".

Paragraaf 3 van dit artikel bepaalt dat de ZBGA waarborgt dat de informatie vermeld in artikel 348-4 van het Burgerlijk Wetboek aan de biologische ouders wordt bezorgd. Daardoor moeten de ouders ingelicht worden over zowel hun rechten in hun specifieke situatie, als over de middelen waarop een beroep kan worden gedaan om eventuele sociale, financiële, psychologische of andere problemen op te lossen.

Het feit dat de informatieplicht ten aanzien van de biologische ouders afhankelijk wordt gemaakt van het feit dat de familierechtbank het maatschappelijk onderzoek vermeld in artikel 33 heeft bevolen, vloeit voort uit artikel 2 van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005, laatstelijk gewijzigd bij het samenwerkingsakkoord van 6 juni 2019.

Artikel 34

Het in artikel 348-11 van het Burgerlijk Wetboek vermelde maatschappelijk onderzoek wordt door de familierechtbank bevolen om vast te stellen of de weigering van de biologische ouders van het kind om toe te stemmen in de adoptie al dan niet in het nadeel van het kind is. Op grond van een omzendbrief van de Minister van Justitie worden die onderzoeken uitgevoerd door de justitiehuisen. Daar de justitiehuisen nu onder de bevoegdheid van de gemeenschappen vallen, preciseert artikel 34 dat de justitiehuisen bevoegd zijn voor de uitvoering van dat maatschappelijk onderzoek.

Artikel 35

Dat maatschappelijk onderzoek wordt bevolen door de familierechtbank om bij een interlandelijke adoptie te onderzoeken of een kind dat in de Duitstalige Gemeenschap woont, voldoet aan de voorwaarden voor een interlandelijke adoptie (artikel 1231-35 van het Gerechtelijk Wetboek). De adoptieprocedure voor interlandelijke adopties van kinderen die

hun gewone verblijfplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben, wordt toegelicht in artikel 50.

Artikel 36

Afdeling 3 van het ontwerpdecreet heeft betrekking op de adoptiebemiddeling via een adoptiedienst. De eerste onderafdeling bevat de algemene bepalingen die gelden voor alle adoptiebemiddelingen. De volgende onderafdelingen bevatten specifieke bepalingen die van toepassing zijn op de verschillende adoptiebemiddelingen.

Artikel 36 bepaalt de doelstelling van de adoptiebemiddeling en bepaalt dat de kandidaat-adoptanten begeleid moeten worden door een adoptiedienst, met uitzondering van de adoptiebemiddeling bij intrafamiliale adopties en adoptiebemiddelen via de ZBGA.

Bij extrafamiliale binnenlandse adopties en bij interlandelijke adopties is de begeleiding door een adoptiedienst noodzakelijk, voor zover er een adoptiedienst is die bevoegd is om met het betrokken land samen te werken.

In het kader van de extrafamiliale binnenlandse adopties wordt in de wet duidelijk bepaald dat de adoptiebemiddeling via erkende adoptiediensten moet verlopen. Bijgevolg stelt het Strafwetboek iedere persoon strafbaar die als tussenpersoon in de adoptie optreedt zonder daartoe erkend te zijn, alsook iedere kandidaat-adoptant die een adoptie bereikt zonder de wettelijke bepalingen te hebben nageleefd. Bovendien zorgt de adoptiedienst ervoor dat de familie van herkomst zich bewust is van de gevolgen van adoptie en dat de adoptieprocedure niet tot stand is gekomen door bedrog (bv. dat de familie van herkomst niet werd "omgekocht" om toestemming te geven, enz.).

Artikel 37

De nadere regels voor de voortzetting van de adoptiebemiddeling via een adoptiedienst en de kostenbijdrage van de kandidaat-adoptanten worden vastgelegd in een overeenkomst die door beide partijen moet worden ondertekend.

Kandidaat-adoptanten kunnen niet meer dan één adoptieprocedure tegelijk initiëren. Bijgevolg kunnen ze slechts één overeenkomst met één enkele adoptiedienst sluiten.

In uitzonderlijke gevallen kan de ZBGA aan de kandidaat-adoptanten toestemming geven om twee adoptiebemiddelingen tegelijk te initiëren en bijgevolg een tweede overeenkomst te ondertekenen. Dit kan bijvoorbeeld het geval zijn bij bemiddelingsprocedures die een uitzonderlijke en onvoorzienbare duur hebben, bemiddelingsprocedures voor de adoptie van kinderen met bijzondere behoeften of een adoptieaanvraag in een land waarmee nog nooit werd samengewerkt.

Artikel 38

Dit artikel bekrachtigt een van de belangrijkste beginselen van adoptie, namelijk dat het belangrijkste doel van adoptie is om een geschikt gezin te vinden voor een geadopteerd kind en niet om een kind te vinden voor kandidaat-adoptanten.

Dit artikel bepaalt ook dat de ZBGA moet instemmen met elk voorstel voor een kind alvorens dat voorstel voor te leggen aan de kandidaat-adoptanten. Als de ZBGA het voorstel voor een kind zou afwijzen nadat de kandidaat-adoptanten het voorstel al gekregen zou-

den hebben, zou dat de kandidaat-adoptanten in een zeer moeilijke emotionele situatie brengen.

De goedkeuring van het voorstel omvat een onderzoek naar de correcte toepassing van de wettelijke bepalingen en van de informatie over de identiteit van het kind, zijn adopteerbaarheid, zijn persoonlijke ontwikkeling, zijn gezinssituatie, de medische voorgeschiedenis van het kind en van zijn gezin, zijn sociale omgeving en zijn specifieke behoeften.

Artikel 39

Dit artikel bepaalt dat de kandidaat-adoptanten, nadat zij door de familierechtbank geschikt zijn beschouwd om een kind te adopteren, zich voor de adoptiebemiddeling in het kader van een extrafamiliale binnenlandse adoptie tot een daartoe erkende adoptiedienst wenden.

Aangezien er momenteel geen erkende adoptiedienst in de Duitstalige Gemeenschap is, kunnen de kandidaat-adoptanten zich op basis van artikel 5 tot een erkende adoptiedienst van de Franse Gemeenschap wenden.

In het tweede lid wordt de Regering ertoe gemachtigd om de voorwaarden en de procedure te bepalen voor adoptiebemiddeling in het kader van een binnenlandse adoptie buiten de familie.

Artikel 40

Dit artikel bepaalt dat de kandidaat-adoptanten, nadat zij door de familierechtbank geschikt zijn beschouwd om een kind te adopteren, zich voor de adoptiebemiddeling in het kader van een interlandelijke adoptie buiten de familie tot een daartoe erkende adoptiedienst wenden.

Aangezien er momenteel geen erkende adoptiedienst in de Duitstalige Gemeenschap is, kunnen de kandidaat-adoptanten zich op basis van artikel 5 tot een erkende adoptiedienst van de Franse Gemeenschap wenden.

In het tweede lid wordt de Regering ertoe gemachtigd om de voorwaarden en de procedure te bepalen voor adoptiebemiddeling in het kader van een interlandelijke adoptie buiten de familie.

Artikel 41

Artikel 41 bepaalt dat, nadat de kandidaat-adoptanten een overeenkomst met een adoptiedienst hebben ondertekend en voordat het kind België kan binnenkomen en de adoptie kan worden uitgesproken, de ZBGA met toepassing van het Burgerlijk Wetboek waarborgt dat een aantal documenten naar het land van herkomst van het kind wordt gezonden. Daartoe behoort het volgende:

- het vonnis over de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten of, naargelang van het geval, het vonnis tot verlenging van de termijn waarbinnen de kandidaat-adoptanten als adoptant in aanmerking komen;
- het advies van het openbaar ministerie over de kandidaat-adoptanten (artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek);
- het verslag over de kandidaat-adoptanten;
- de schriftelijke toestemming van de kandidaat-adoptanten om voor het kind te zorgen met het oog op adoptie;

- de schriftelijk goedgekeurde beslissing van de ZBGA om het voorgestelde kind aan de kandidaat-adoptanten toe te vertrouwen.

In de praktijk zijn het de adoptiediensten die deze documenten naar de Staten van herkomst zenden, aangezien die diensten rechtstreeks met hen samenwerken in het kader van de adoptiebemiddeling. De ZBGA controleert of het dossier volledig is en deelt de adoptiedienst mee dat ze ermee instemt om het dossier toe te zenden aan de bevoegde buitenlandse autoriteit.

Als de ZBGA het verslag met de gegevens over een te adopteren kind ontvangt van de staat van herkomst, zendt de ZBGA dat verslag door naar de adoptiedienst die de kandidaat-adoptanten hebben gekozen.

Artikel 42

De eventuele kosten voor vertalingen worden gedragen door de kandidaat-adoptanten.

Artikel 43

Afdeling 4 van het ontwerpdecreet heeft betrekking op de adoptiebemiddeling via de ZBGA.

Artikel 43 bepaalt onder welke voorwaarden de ZBGA de adoptiebemiddeling kan overnemen. Dit is het geval wanneer geen enkele adoptiedienst over een bemiddelingsvergunning in de staat van herkomst van het kind beschikt en bij interlandelijke adopties binnen de familie (adoptie van een verwant kind of adoptie van een kind dat het dagelijks leven met de kandidaat-adoptant deelt of gedeeld heeft).

Het tweede lid bepaalt dat de ZBGA de in 1° vermelde adoptiebemiddeling kan weigeren als het land van herkomst van het kind een land is waar een hoog veiligheidsrisico bestaat (bijvoorbeeld: situatie van conflict of oorlog, terrorisme, natuurramp, humanitaire ramp). Om de veiligheidssituatie te beoordelen, baseert de ZBGA zich op de informatie die de Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken over de landen publiceert.

Artikel 44

Artikel 44 bepaalt dat de ZBGA de in artikel 43 vermelde kandidaat-adoptanten bij het begin van de adoptiebemiddeling uitnodigt voor een bemiddelingsgesprek, waarbij de kandidaat-adoptanten hun adoptieplannen voorstellen. Tijdens dat gesprek geven de kandidaat-adoptanten de vragenlijst die zij in het kader van het eerste informatiesprek hadden ontvangen, ingevuld aan de ZBGA. Ze bezorgen de ZBGA ook alle andere documenten die informatie kunnen verstrekken over het adoptieproject, alsook de huidige wettelijke bepalingen in de staat van herkomst op het gebied van adoptie. Laatstgenoemde bepalingen moeten in het Duits worden vertaald. Onder meer op basis van die documenten onderzoekt de ZBGA of het adoptieproject kan worden voortgezet of niet.

Artikel 45

De ZBGA moet vóór het begin van een adoptiebemiddeling de naleving van een aantal bepalingen controleren, om te voorkomen dat de kandidaat-adoptanten een adoptieprocedure in het buitenland opstarten die vervolgens niet door de Belgische autoriteiten kan worden erkend.

In samenwerking met de bevoegde buitenlandse autoriteiten controleert de ZBGA onder andere de adopteerbaarheid van het kind waarop de procedure betrekking heeft, het belang van het kind bij een adoptie en de eerbiediging van het subsidiariteitsbeginsel bij interlandelijke adoptie.

In de landen van herkomst die het Verdrag van 29 mei 1993 inzake de internationale samenwerking en de bescherming van kinderen op het gebied van de interlandelijke adoptie of het Verdrag van 19 oktober 1996 betreffende de bevoegdheid, het toepasselijke recht, de erkenning, de tenuitvoerlegging en de samenwerking op het gebied van ouderlijke verantwoordelijkheid en maatregelen ter bescherming van kinderen hebben ondertekend, is er een bevoegde autoriteit die garanties verstrekt voor de situatie van het kind.

Voor landen die het verdrag van 29 mei 1993 hebben ondertekend, hebben de door deze autoriteiten verstrekte garanties betrekking op de adopteerbaarheid van het kind en op de eerbiediging van het subsidiariteitsbeginsel vermeld in artikel 4 van het verdrag. Dit subsidiariteitsbeginsel houdt in dat adoptie alleen mag plaatsvinden als het kind in zijn land van herkomst niet in een pleeggezin of adoptiegezin kan worden geplaatst of daar niet naar behoren kan worden verzorgd.

De meeste landen met islamitisch recht kennen geen adoptie of plaatsing met het oog op adoptie. Voor de landen die het verdrag van 19 oktober 1996 hebben ondertekend, hebben de verstrekte garanties betrekking op de noodzaak om het kind te plaatsen en op het belang van dit kind om in een ander land te worden geplaatst. Daardoor kunnen kinderen toch nog door een beslissing van de bevoegde autoriteit van deze landen van herkomst toevertrouwd worden aan kandidaat-adoptanten.

De Belgische wet staat toe dat de adoptie van die kinderen onder de volgende voorwaarden door de familierechtbank kan worden uitgesproken:

- de te adopteren kinderen moeten hetzij volledig wezen zijn, hetzij door de ouders verlaten en onder curatele van de overheid gesteld zijn;
- de kandidaat-adoptanten moeten aan de voorbereiding hebben deelgenomen en een geschiktheidsvonnis hebben gekregen;
- het contact tussen het kind (of de persoon of instelling die toezicht houdt op het kind) moet plaatsvinden via de adoptiedienst of de ZBGA, tenzij het gaat om een verwant kind dat volledig wees is.

Om te beoordelen of de adopteerbaarheid en het belang van het kind gewaarborgd zijn, vraagt de ZBGA ook het verslag over het te adopteren kind aan bij de bevoegde buitenlandse autoriteit.

Artikel 21, d), van het Internationale Verdrag inzake de rechten van het kind, waarnaar in paragraaf 1, tweede lid, 5°, verwezen wordt, bepaalt dat adoptie niet mag leiden tot on gepast geldelijk voordeel voor de betrokkenen. De ZBGA controleert derhalve of de aanvraag niet leidt tot ongepast geldelijk voordeel voor de verschillende betrokken personen (advocaat, weeshuis, buitenlandse autoriteit, verschillende tussenpersonen, enz.).

Paragraaf 1, tweede lid, 6°, stelt de ZBGA in staat de voortzetting van een adoptieproject te weigeren, indien deze niet succesvol kan zijn wegens een gebrek aan consistentie tussen de twee wetgevingen.

Volgens paragraaf 2 moet de ZBGA de kandidaat-adoptanten binnen vier maanden in kennis stellen van haar beslissing over de voortzetting van het adoptieproject. Het is echter heel goed mogelijk dat aanvragen binnen een kortere termijn worden behandeld, met name in het geval van aanvragen voor landen die reeds eerder werden onderzocht.

De termijn gaat pas in wanneer de ZBGA volgende documenten heeft ontvangen: de ingevulde vragenlijst, de in het Duits vertaalde adoptiewetgeving in de staat van herkomst, alsook de bijdrage van de kandidaat-adoptanten in de kosten van de adoptiebemiddeling.

Indien de ZBGA na het verstrijken van de termijn van vier maanden onvoldoende informatie van de bevoegde buitenlandse autoriteiten heeft ontvangen om na te gaan of de bepalingen voor de voortzetting van het adoptieproject in acht zijn genomen, schorst zij het adoptieproject tot ze deze informatie heeft ontvangen. Binnen twee maanden na ontvangst van deze informatie deelt de ZBGA de kandidaat-adoptanten mee of zij de voortzetting van het adoptieproject al dan niet goedkeurt.

Artikel 46

Nadat de ZBGA het adoptieproject heeft goedgekeurd, kan ze de adoptiebemiddeling voortzetten. De ZBGA kan in dit stadium ook besluiten om de adoptiebemiddeling toe te vertrouwen aan een adoptiedienst, als zij ziet dat er behoefte is aan professionele begeleiding.

De nadere regels voor de voortzetting van de adoptiebemiddeling via de ZBGA en de kostenbijdrage van de kandidaat-adoptanten worden vastgelegd in een overeenkomst die door beide partijen moet worden ondertekend.

Artikel 47

Zodra de kandidaat-adoptanten de overeenkomst met de ZBGA hebben ondertekend en voordat de adoptie kan plaatsvinden en het kind België mag binnenkomen, moet de ZBGA, met toepassing van het Burgerlijk Wetboek, een reeks documenten naar het land van herkomst van het kind sturen. Daartoe behoort het volgende:

- het vonnis over de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten of, naargelang van het geval, het vonnis tot verlenging van de termijn waarbinnen de kandidaat-adoptanten als adoptant in aanmerking komen;
- het advies van het openbaar ministerie over de kandidaat-adoptanten (artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek);
- het verslag over de kandidaat-adoptanten;
- de schriftelijke toestemming van de kandidaat-adoptanten om voor het kind te zorgen met het oog op adoptie;
- de schriftelijk goedgekeurde beslissing van de ZBGA om het voorgestelde kind aan de kandidaat-adoptanten toe te vertrouwen.

Artikel 48

De kosten die in het kader van de adoptiebemiddeling voor het vertalen van documenten ontstaan, zijn voor rekening van de kandidaat-adoptanten.

Artikel 49

In dit artikel wordt de procedure beschreven die de ZBGA moet volgen wanneer een advies wordt gevraagd door de centrale federale overheid in het kader van een procedure voor de regularisatie van adopties, overeenkomstig artikel 365-6, § 2, van het Burgerlijk Wetboek.

De procedure is gebaseerd op de procedure voor interlandelijke adopties binnen de familie (in te vullen vragenlijst, betaling van een bedrag voor onderzoek van het dossier), om te

voorkomen dat kandidaat-adoptanten die op onrechtmatige wijze een procedure hebben opgestart bevoordeeld worden ten opzichte van kandidaat-adoptanten die de wettelijke bepalingen wel hebben nageleefd.

Artikel 50

Dit artikel bevat de bepalingen voor interlandelijke adopties van kinderen die hun gewone verblijfplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben.

In de wet van 24 april 2003 wordt een onderscheid gemaakt tussen twee vormen van interlandelijke adoptie: de adoptie van een kind dat zijn gewone verblijfplaats in het buitenland heeft door personen die hun gewone verblijfplaats in België hebben en de adoptie van een kind dat zijn gewone verblijfplaats in België heeft door personen die hun gewone verblijfplaats in het buitenland hebben.

De tweede vorm van interlandelijke adoptie komt uiterst zelden voor. Op grond van de toepassing van het tweeledige subsidiariteitsbeginsel van het Verdrag van Den Haag zal deze situatie waarschijnlijk alleen ontstaan als het kind familieleden in een ander land heeft of als het niet mogelijk is geschikte kandidaten voor de adoptie van een bepaald kind in België te vinden. Door het kleine aantal kinderen dat in België voor adoptie wordt afgestaan en het grote aantal kandidaat-adoptanten wordt die procedure uiterst zelden toegepast.

Als toch een dergelijke procedure ten uitvoer moet worden gelegd, wordt het verzoek van de in het buitenland wonende kandidaat-adoptanten via de bevoegde autoriteit van hun land gericht aan de federale centrale autoriteit die dit verzoek doorzendt aan de ZBGA. De ZBGA bezorgt de federale centrale autoriteit vervolgens de informatie over het kind dat voor adoptie in aanmerking komt.

Paragraaf 2 bepaalt dat de ZBGA het in artikel 34 vermelde maatschappelijk onderzoek uitvoert, als de familierechtbank het maatschappelijk onderzoek naar de adopteerbaarheid van het kind bij een interlandelijke adoptie beveelt.

Paragraaf 3 bepaalt dat de ZBGA vervolgens de toezending van de volgende documenten aan de bevoegde buitenlandse autoriteiten waarborgt:

- een met redenen omklede beslissing om de adoptieprocedure voort te zetten;
- het vonnis over de adopteerbaarheid van het kind;
- het verslag over het kind.

Artikel 51

Artikel 51 heeft betrekking op de adoptiebegeleiding die geboden wordt door de ZBGA op verzoek van de adoptanten, de geadopteerden en de biologische ouders. Het gaat om begeleiding en ondersteuning na de adoptie, alsook om ondersteuning van de geadopteerden bij vragen over hun identiteit of herkomst.

Voorts organiseert de ZBGA regelmatig evenementen rond adoptie voor de adoptanten en geadopteerden, zoals uitwisselingsavonden, vakbijeenkomsten, ouderavonden of gezinsdagen.

De Regering wordt gemachtigd de voorwaarden vast te stellen waaronder de uitvoering van deze taken geheel of gedeeltelijk aan derden kan worden overgedragen. Dit kan bijvoorbeeld het geval zijn wanneer adoptieouders een adoptiebegeleiding nodig hebben in de vorm van een psychosociaal advies, een therapie of advies over opvoeding.

Bovendien kan de ZBGA de adoptiebegeleiding toevertrouwen aan een erkende adoptiedienst.

De kandidaat-adoptanten moeten bijdragen in de kosten van de adoptiebegeleiding. De Regering bepaalt het bedrag van die bijdrage, alsook hoe die bijdrage wordt overgeschreven.

Artikel 52

Artikel 52 heeft betrekking op de nazorg die door de ZBGA of de adoptiediensten wordt geboden.

In het eerste lid worden de minimale taken inzake nazorg beschreven. De nazorg heeft onder meer tot doel te waarborgen dat alle wettelijke en administratieve formaliteiten zijn vervuld.

Naast de hier genoemde taken heeft een groot deel van de landen van herkomst aanvullende eisen in de context van interlandelijke adoptie, zoals jaarverslagen over de ontwikkeling van het geadopteerde kind.

De Regering wordt gemachtigd de voorwaarden vast te stellen waaronder de uitvoering van de nazorg geheel of gedeeltelijk aan derden kan worden overgedragen.

Bovendien kan de ZBGA de nazorg toevertrouwen aan een erkende adoptiedienst.

De kandidaat-adoptanten moeten bijdragen in de kosten van de nazorg. De Regering bepaalt het bedrag van die bijdrage, alsook hoe die bijdrage wordt overgeschreven.

Artikel 53

De medewerkers van de adoptiediensten, van de ZBGA en alle andere personen die bij de uitvoering van het decreet betrokken zijn, zijn verplicht samen te werken bij het begeleiden van de biologische ouders, de kandidaat-adoptanten of de te adopteren kinderen in de adoptieprocedure. Onder 'samenwerking' wordt de uitwisseling tussen de adoptiediensten, de ZBGA en alle andere met een taak belaste personen verstaan. Daarbij wordt alleen informatie uitgewisseld die voor de andere dienst nuttig is om zijn taken uit te voeren. Die samenwerking wordt wettelijk afgebakend door de bepalingen inzake de bescherming van de persoonsgegevens en inzake het beroepsgeheim.

Artikel 54

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de medewerkers van de adoptiediensten, van de ZBGA en alle andere personen die bij de uitvoering van het decreet betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Artikel 55

Dit artikel biedt de adoptiediensten, de ZBGA en alle andere personen die bij de uitvoering van het decreet betrokken zijn, de mogelijkheid om persoonsgegevens te verwerken om hun decretale opdrachten uit te voeren. In dit artikel wordt verduidelijkt dat zij, in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, verantwoordelijk zijn voor de gege-

vens die zij verzamelen en voor de verwerking ervan. De gegevensverwerking geschiedt uiteraard ook met inachtneming van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Artikel 56

Het is weliswaar niet de taak van de decreetgever de te verzamelen en te verwerken gegevens uitvoerig te beschrijven, maar het is toch op zijn minst zijn taak te vermelden welke categorieën van gegevens de ZBGA, de adoptiediensten en alle andere personen die bij de uitvoering van het decreet betrokken zijn, voortaan zullen verwerken. Bedoeling is een transparante en voorzienbare basis voor die gegevenscategorieën te maken.

Overeenkomstig artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming mogen de gevoelige gegevens vermeld in 9° op grond van een decreet verzameld worden.

De precieze indeling moet door de Regering worden opgemaakt.

Artikel 57

Dit artikel regelt de duur van de verwerkbaarheid van de verzamelde gegevens. De adoptiediensten, de ZBGA en alle andere bij de uitvoering van het decreet betrokken personen wissen de gegevens na een redelijke termijn en uiterlijk wanneer de gegevens geen administratief, juridisch of financieel nut meer hebben.

Artikel 58

Dit artikel regelt met toepassing van het Burgerlijk Wetboek de bewaring door de ZBGA van de informatie waarover zij beschikt met betrekking tot de herkomst van de geadopteerde persoon, met name de gegevens betreffende de identiteit van de ouders en de gegevens betreffende de medische voorgeschiedenis van de geadopteerde persoon en van zijn gezin. Deze informatie wordt bewaard om de geadopteerde persoon, als hij dit wenst, in staat te stellen om later zijn herkomst te achterhalen.

De samenwerkingsovereenkomst voorziet in een aantal bepalingen betreffende de bewaring, de mededeling en de toezending van documenten, verslagen en beslissingen.

Zo wordt in het kader van de interlandelijke adoptie van kinderen die hun gewone verblijfplaats in het buitenland hebben, bepaald dat de kopie van het verslag over de kandidaat-adoptanten (artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek), de kopie van het vonnis over de geschiktheid van de adoptant en de kopie van het schriftelijk advies van het openbaar ministerie (artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek) zowel door de federale centrale autoriteit als door de ZBGA worden bewaard.

In het kader van de interlandelijke adoptie van kinderen die hun gewone verblijfplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben, wordt de kopie van het verslag over het kind (artikel 1231-38 van het Gerechtelijk Wetboek) en de kopie van het vonnis over de adopteerbaarheid van het kind zowel door de federale centrale autoriteit, als door de ZBGA bewaard.

Artikel 59

Dit artikel regelt met toepassing van het Burgerlijk Wetboek de toegang van de geadopteerde tot de informatie die verband houdt met zijn adoptie. De ZBGA organiseert de toegang tot de informatie binnen de perken van de door de Regering gestelde voorwaarden. Bij de wijze van toegang moet rekening worden gehouden met de ontwikkeling van het kind.

Artikel 60

Bij dit artikel wordt artikel 6bis, §§ 1 en 2, van het decreet van 9 mei 1988 betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren gewijzigd.

Paragraaf 1, tweede lid, 4°, wordt vervangen, om ervoor te zorgen dat het Fonds over de in dit decreet bepaalde inkomsten kan beschikken. Hierbij gaat het om de bijdragen van de kandidaat-adoptanten in de kosten van de voorbereiding op de adoptie, de maatschappelijke onderzoeken, de adoptiebemiddelingen, de adoptiebegeleiding en de nazorg.

Paragraaf 2, 2°, wordt vervangen om ervoor te zorgen dat het Fonds de in dit decreet bepaalde kosten kan dragen. Hierbij gaat het om kosten die ontstaan bij de ondersteuning voor kandidaat-adoptanten die bij een adoptiedienst van een andere Belgische autoriteit op taalproblemen stuiten.

Paragraaf 2, 3°, wordt vervangen om te kunnen verwijzen naar het dienovereenkomstige artikel van het besluit van de Regering van 14 mei 2009 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming.

In § 3, tweede lid, worden de woorden "in § 2, 2° en 3°," vervangen door de woorden "in § 2, 2°, 3° en 4°", zodat de beslissingsbevoegden van het Fonds voorwaarden kunnen verbinden aan de tegemoetkoming in de kosten of aan de overname van alle kosten als bedoeld in artikel 6bis, § 2, onder de door de Regering gestelde voorwaarden.

Artikel 61

Bij dit artikel wordt het decreet van 21 december 2005 betreffende de adoptie, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2014, opgeheven.

Artikel 62

Dit artikel voorziet in een overgangsbepaling voor kandidaat-adoptanten die de voorbereiding op de adoptie aangevat hebben voordat dit ontwerpdecreet in werking treedt.

Artikel 63

Dit artikel bepaalt de inwerkingtreding van het ontwerp van decreet. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2020.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huis-
vesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet betreffende de adoptie

HOOFDSTUK 1 - ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 - Toepassingsgebied

Onverminderd artikel 5, § 1, zijn de bepalingen van dit decreet van toepassing op alle adopties, voor zover een van de betrokken natuurlijke personen of rechtspersonen zijn woonplaats of zijn vestigingsplaats in het Duitse taalgebied heeft.

Art. 2 - Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3 - Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° adoptant: de persoon vermeld in artikel 343, § 1, a), van het Burgerlijk Wetboek die een in België of in het buitenland geboren kind geadopteerd heeft;

2° kandidaat-adoptant: de persoon vermeld in artikel 343, § 1, a), van het Burgerlijk Wetboek die een adoptieprocedure begint of doorloopt om een in België of in het buitenland geboren kind te adopteren;

3° adoptiedienst: een overeenkomstig artikel 12 erkende, privaatrechtelijke of publiekrechtelijke rechtspersoon die actief is als adoptiebemiddelaar;

4° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG;

5° Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993: het verdrag inzake de internationale samenwerking en de bescherming van kinderen op het gebied van de interlandelijke adoptie, gedaan te Den Haag op 29 mei 1993;

6° interlandelijke adoptie: elke adoptie die de interlandelijke overbrenging van een kind overeenkomstig de artikelen 360-2 en 365-6 van het Burgerlijk Wetboek tot gevolg heeft;

7° binnenlandse adoptie: elke adoptie die geen interlandelijke overbrenging van een kind tot gevolg heeft;

8° kind: persoon die de volle leeftijd van achttien jaar nog niet bereikt heeft;

9° VN-verdrag inzake de rechten van het kind: het Verdrag inzake de Rechten van het Kind, gedaan te New York op 20 november 1989;

10° ZBGA: de centrale autoriteit van de gemeenschap inzake adoptie vermeld in artikel 6.

Art. 4 - Beginsel van de adoptie

Adoptie heeft tot doel een geschikt gezin te vinden voor een kind en heeft niet tot doel een kind te vinden voor een gezin.

Het decreet is in overeenstemming met het subsidiariteitsbeginsel voor adoptie en het tweeledige subsidiariteitsbeginsel voor interlandelijke adoptie.

In het kader van dit decreet waarborgt de Duitstalige Gemeenschap in het bijzonder de

volgende beginselen:

1° de adoptie geschiedt in het belang van het kind en met inachtneming van zijn grondrechten;

2° bij de adoptieprocedure worden de grondrechten van elke betrokken persoon geëerbiedigd;

3° de toegang tot de adoptieprocedure wordt zonder discriminatie gewaarborgd;

4° de biologische ouders krijgen een kwalitatief hoogstaande advisering en ondersteuning aangeboden;

5° de kandidaat-adoptanten krijgen een kwalitatief hoogstaande voorlichting en voorbereiding op de adoptie aangeboden;

6° de adoptanten en de geadopteerden krijgen een kwalitatief hoogstaande adoptiebegeleiding en nazorg aangeboden.

Art. 5 - Samenwerking met andere Belgische autoriteiten

§ 1 - Voor de uitvoering van de artikelen 21, §§ 2 en 3, 22, § 1, 23, 39, 40, 41, 46, 47, 51 en 52 is de Regering ertoe gemachtigd samenwerkingsakkoorden te sluiten met de andere Belgische autoriteiten die bevoegd zijn voor adoptie. In die samenwerkingsakkoorden worden de voorwaarden en de nadere regels geregeld om de uitvoering van bepaalde taken en/of activiteiten eventueel te delegeren of om bestaande resources eventueel tegen betaling ter beschikking te stellen.

§ 2 - De Regering bepaalt de nadere regels voor ondersteuning van kandidaat-adoptanten die bij een adoptiedienst van een andere Belgische autoriteit op taalproblemen stuiten.

HOOFDSTUK 2 - CENTRALE AUTORITEIT VAN DE GEMEENSCHAP VOOR ADOPTIE

Art. 6 - Oprichting van de centrale autoriteit van de gemeenschap voor adoptie

De Regering richt een centrale autoriteit van de gemeenschap inzake adoptie (ZBGA) op.

Art. 7 - Samenstelling van de ZBGA

§ 1 - De ZBGA bestaat uit een directeur, een sociale dienst en een administratie.

§ 2 - De directeur heeft minstens een bachelordiploma uit een sociale richting of een daarmee gelijkgesteld diploma en drie jaar beroepservaring in de sociale sector.

De sociale dienst bestaat uit één of meer medewerkers. Die medewerkers hebben minstens een bachelordiploma uit een sociale richting.

De administratie bestaat uit één of meer medewerkers. Die medewerkers hebben minstens een diploma van het hoger algemeen secundair onderwijs.

Art. 8 - Taken van de ZBGA

De taken van de ZBGA omvatten in het bijzonder het volgende:

1° informatie over adoptie en over de adoptieprocedure in het Duitse taalgebied verstrekken en publiceren;

2° de adoptiediensten begeleiden, coördineren, toezicht op de adoptiediensten uitoefenen en ze evalueren;

3° eventuele, in het kader van de adoptieprocedure optredende klachten van kandidaat-adoptanten of adoptanten onderzoeken;

4° de voorbereiding op de adoptie organiseren;

5° de maatschappelijke onderzoeken voeren overeenkomstig de artikelen 1231-1/4, 1231-1/11 § 3, 1231-6, eerste lid, en 1231-35 van het Gerechtelijk Wetboek en overzenden aan de autoriteiten die deze onderzoeken hebben bevolen;

6° optreden als adoptiebemiddelaar in het kader van de interlandelijke adoptie vermeld in artikel 43;

7° de kandidaat-adoptanten tijdens de hele adoptieprocedure begeleiden;

8° informatie verstrekken aan de biologische ouders;

9° nazorg bieden aan de geadopteerden en aan de adoptanten;

10° de informatie over de herkomst van de geadopteerden bewaren en de geadopteerden toegang verlenen tot die informatie;

11° samenwerken met alle internationale, federale, op het niveau van de gemeenschappen of de gewesten bestaande of lokale autoriteiten voor zover dit voor de uitvoering van hun taken noodzakelijk is;

12° de bevoegdheden uitoefenen die vermeld worden in de artikelen 4, 5, 7, 8, 9, 11, 12, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 30 en 33 van het Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993, de artikelen 361-3 tot 361-6, 362-1 tot 362-4, 363-2 tot 363-4 en 368-6 tot 368-8 van het Burgerlijk Wetboek en de artikelen 1231-1/11 tot 1231-1/14, 1231-34 en 1231-42 van het Gerechtelijk Wetboek.

De Regering kan nog andere taken bepalen, voor zover die tot een verbetering van de kwaliteit van de adoptiebemiddeling kunnen bijdragen.

Art. 9 - Kwaliteitshandboek van de ZBGA

De ZBGA maakt een kwaliteitshandboek. Dat omvat, met inachtneming van de bepalingen van dit decreet, minstens de volgende gegevens:

1° de manier waarop de ZBGA tijdens de hele adoptieprocedure te werk gaat;

2° de criteria voor kwaliteitsbewaking;

3° de missie en visie van de ZBGA.

Het handboek wordt uiterlijk om de twee jaar aangepast aan de wettelijke en maatschappelijke ontwikkelingen.

Art. 10 - Jaarverslag van de ZBGA

De Regering bezorgt het Parlement elk jaar een verslag over de toepassing van dit decreet. Dat geschiedt uiterlijk op 1 mei van het daaropvolgende jaar.

HOOFDSTUK 3 - ADOPTIEDIENSTEN

Afdeling 1 - Erkenning

Art. 11 - Erkenningsvoorwaarden

Elke adoptiedienst die in het Duitse taalgebied werkzaam is, moet door de Regering erkend zijn voordat hij van start gaat en moet minstens aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° als vereniging zonder winstoogmerk opgericht zijn of een publiekrechtelijke rechtspersoon zijn;

2° gevestigd zijn in het Duitse taalgebied;

3° de adoptiebemiddeling, de adoptiebegeleiding en de nazorg, alsook andere diensten inzake adoptie aanbieden;

4° het belang van het kind en zijn nationale en internationale grondrechten in acht nemen;

5° over gekwalificeerd personeel beschikken dat aan de door de Regering vastgelegde minimale voorwaarden voldoet;

6° voldoen aan de door de Regering vastgelegde voorwaarden inzake infrastructuur en werkwijze;

7° de bepalingen van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan naleven;

8° aanvaarden dat de Regering en de ZBGA toezicht uitoefenen op de toepassing van dit decreet en op de uitvoeringsbesluiten ervan.

Art. 12 – Erkenningsprocedure

§ 1 - Adoptiediensten die een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een schriftelijke aanvraag in bij de Regering.

Bij de aanvraag worden documenten gevoegd waaruit blijkt dat de voorwaarden vermeld in artikel 11 vervuld zijn. De Regering kan bepalen dat de aanvraag om erkenning nog andere gegevens moet bevatten, voor zover die tot een verbetering van de kwaliteit van de adoptiebemiddeling kunnen bijdragen.

Elke adoptiedienst kan de erkenning zowel vragen voor binnenlandse adoptie als voor interlandelijke adoptie; ze kan de erkenning ook tegelijkertijd voor beide vormen van adoptie vragen.

§ 2 - De erkenning wordt verleend voor een periode van zes jaar en kan worden verlengd.

De erkenning kan niet worden overgedragen aan een andere adoptiedienst.

§ 3 - De erkende adoptiediensten dienen een nieuwe aanvraag of, naargelang van het geval, gedeeltelijke aanvraag om erkenning in:

1° indien de voor bepaalde duur verleende erkenning verstreken is;

2° indien vastgesteld wordt dat de gegevens die in de erkenning vermeld staan niet meer overeenstemmen met de werkelijkheid of om andere redenen gewijzigd moeten worden.

§ 4 - De Regering bepaalt:

1° de vormen van erkenning;

2° de erkenningsprocedures;

3° de procedures om de erkenning te wijzigen;

4° de procedures om de erkenning te verlengen;

5° de beroepsmogelijkheden indien een aanvraag wordt afgewezen.

Art. 13 – Verplichtingen die moeten worden nagekomen om de erkenning te mogen behouden

Voor het behoud van de erkenning komen de erkende adoptiediensten de verplichtingen vermeld in dit decreet na, met inbegrip van de voorwaarden vermeld in artikel 11 die aan de erkenning ten grondslag liggen.

De Regering kan nog andere verplichtingen voor het behoud van de erkenning opleggen, voor zover die tot een verbetering van de kwaliteit van de adoptiebemiddeling kun-

nen bijdragen.

Art. 14 - Schorsing en intrekking van de erkenning

§ 1 - Indien de erkende adoptiedienst één of meer verplichtingen niet nakomt, maant de Regering hem overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die verplichtingen na te komen.

Indien de erkende adoptiedienst, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Regering de erkenning van de adoptiedienst en/of trekt ze de erkenning van de adoptiedienst in.

§ 2 - De Regering bepaalt:

1° de procedures om de erkenning te schorsen;

2° de procedures om de erkenning in te trekken;

3° de beroepsmogelijkheden in geval van schorsing en/of intrekking van de erkenning.

§ 3 - Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure kan de adoptiedienst alleen aan adoptiebemiddeling doen voor personen die al een beroep deden op de arbeidsbemiddeling voordat de beslissing tot schorsing of tot instelling van een intrekkingprocedure ter kennis werd gebracht. De adoptiedienst moet de kandidaat-adoptanten mededelen waarom de erkenning geschorst werd of de intrekkingprocedure gestart werd.

De Regering bepaalt de vorm, de inhoud en de procedure voor de mededeling vermeld in het eerste lid.

Art. 15 - Beëindiging van de adoptiebemiddeling

De intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 14 of in voorkomend geval het verstrijken van de voor een bepaalde duur verleende erkenning van een adoptiedienst hebben de beëindiging van alle adoptiebemiddelingen van de adoptiedienst in kwestie tot gevolg.

De Regering bepaalt hoe de adoptiebemiddeling wordt beëindigd.

Afdeling 2 - Subsidiëring

Art. 16 - Subsidiëring

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering, onder de door haar bepaalde voorwaarden, aan de adoptiedienst subsidie voor personeels- en werkskosten toekennen voor de uitvoering van de taken vermeld in artikel 11, 3°.

Art. 17 - Controle van de subsidies

De aanwending van de subsidies die ter uitvoering van dit decreet worden toegekend, wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Afdeling 3 - Overeenkomst

Art. 18 - Inhoud

De subsidiëring vermeld in artikel 16 en een gedetailleerde taakbeschrijving worden vastgelegd in een overeenkomst tussen de Regering en de erkende adoptiedienst.

De Regering stelt het kader en de verdere inhoud van de overeenkomst vast.

Art. 19 - Duur

De overeenkomst heeft een looptijd van minstens één jaar en hoogstens zes jaar. Voor zover de adoptiedienst nog altijd erkend is, kan de overeenkomst na het verstrijken van de looptijd verlengd worden.

HOOFDSTUK 4 - EEN KIND AFSTAAN VOOR ADOPTIE

Afdeling 1 - Rol ten aanzien van de biologische ouders

Art. 20 - Informatieverstrekking aan de biologische ouders

§ 1 - Met toepassing van artikel 348-4 van het Burgerlijk Wetboek verstrekt de ZBGA aan de biologische ouders van een geboren of nog ongeborn kind informatie over de juridische en psychologische gevolgen van adoptie, alsook over alternatieven voor adoptie.

Zo nodig verwijst de ZBGA hen door naar gespecialiseerde instellingen.

§ 2 - Zodra de biologische ouders niet meer in het belang van het kind voor het kind kunnen zorgen en zolang de in artikel 348-4 van het Burgerlijk Wetboek vermelde toestemming van de biologische ouders om het kind af te staan voor adoptie nog niet is gegeven, neemt de ZBGA, in het kader van de door de Regering vastgelegde voorwaarden, elke passende maatregel in het belang van het kind.

Art. 21 - Het kind afstaan voor adoptie

§ 1 - Als de biologische ouders hun voornemen om het kind af te staan voor adoptie bevestigen, geven ze de ZBGA schriftelijk opdracht om die afstand voor adoptie te regelen.

§ 2 - De ZBGA wint bij de biologische ouders alle inlichtingen in die nuttig kunnen zijn om later eventueel de herkomst van het kind te achterhalen. Die inlichtingen worden opgenomen in het in artikel 22 vermelde verslag over het te adopteren kind.

§ 3 - De ZBGA ondersteunt de biologische ouders bij de juridische en administratieve stappen die verband houden met de adoptie van het kind en biedt tijdens de hele adoptieprocedure psychologische ondersteuning.

De ZBGA ziet erop toe dat de biologische ouders, als ze toestemming met de adoptie geven, passend ingelicht worden over de juridische en psychologische gevolgen van de geplande adoptie.

Ook nadat de adoptie is uitgesproken, blijft de ZBGA overeenkomstig artikel 51, eerste lid, 1°, ter beschikking staan van de biologische ouders voor ondersteuning en advies.

§ 4 - De ZBGA kan de taken vermeld in de §§ 2 en 3 geheel of gedeeltelijk overdragen aan een erkende adoptiedienst.

Art. 22 - Verslag over het te adopteren kind

§ 1 - De ZBGA, die door de biologische ouders overeenkomstig artikel 21 met de opdracht belast werd, stelt een verslag over het te adopteren kind op.

Dat verslag bevat minstens de volgende gegevens:

- 1° de identiteit van het kind;
- 2° de adopteerbaarheid van het kind;
- 3° de sociale omgeving van het kind;
- 4° de persoonlijke ontwikkeling van het kind en van zijn gezin;
- 5° de medische voorgeschiedenis van het kind en van zijn gezin;
- 6° de specifieke behoeften van het kind.

Op basis van dat verslag zoekt de ZBGA voor elk kind de kandidaat-adoptanten die het best beantwoorden aan de kenmerken en behoeften van dat kind.

De Regering legt de vorm en de verdere inhoud van het verslag vast.

§ 2 - De ZBGA kan de taken vermeld in § 1 geheel of gedeeltelijk overdragen aan een erkende adoptiedienst.

Afdeling 2 - Rol ten aanzien van het te adopteren kind

Art. 23 - Begeleiding van het te adopteren kind

§ 1 - Het kind wordt door de ZBGA begeleid en op de adoptie voorbereid. De ZBGA verricht minstens één bezoek aan huis binnen de eerste drie maanden na de aankomst van het kind bij de adoptanten. Vervolgens, tot de adoptie uitgesproken is, organiseert de ZBGA om de zes maanden een ontmoeting met de adoptanten.

De ZBGA blijft overeenkomstig artikel 51, eerste lid, ter beschikking staan van de adoptanten voor ondersteuning en advies.

§ 2 - De ZBGA kan de taken vermeld in § 1 geheel of gedeeltelijk overdragen aan een erkende adoptiedienst.

HOOFDSTUK 5 - VERSCHILLENDE FASEN VAN DE ADOPTIEPROCEDURE

Afdeling 1 - Inschrijving en voorbereiding

Art. 24 - Informatiegesprek

§ 1 - Elke adoptieprocedure begint met een persoonlijk informatiegesprek in de ZBGA. In het kader van dat gesprek krijgen de kandidaat-adoptanten algemene informatie over adoptie en over de adoptieprocedure.

§ 2 - De ZBGA bezorgt aan de kandidaat-adoptanten vermeld in artikel 43 een vragenlijst, waarvan het model door de Regering wordt vastgesteld.

Art. 25 - Inschrijvingsformulier

In het kader van het in artikel 24 vermelde informatiegesprek verstrekt de ZBGA aan de kandidaat-adoptanten een inschrijvingsformulier om deel te nemen aan de voorbereiding op de adoptie.

Nadat de ZBGA het ingevulde inschrijvingsformulier ontvangen heeft, bezorgt ze de kandidaat-adoptanten een inschrijvingsbevestiging en deelt ze hun mee wanneer de voorbereiding op de adoptie begint.

Art. 26 - Voorwaarden

Kandidaat-adoptanten die zich willen laten inschrijven voor de voorbereiding op de adoptie, moeten voldoen aan de voorwaarden inzake burgerlijke staat en leeftijd bepaald in artikel 343, § 1, en artikel 345 van het Burgerlijk Wetboek. De ZBGA onderzoekt die voorwaarden en opent bij elke inschrijving een persoonlijk dossier.

De Regering stelt de lijst op van de documenten die moeten worden ingediend om zich te kunnen laten inschrijven voor de voorbereiding op de adoptie.

Art. 27 - Uitzonderingen

De ZBGA weigert de kandidaat-adoptant in te schrijven voor de voorbereiding op de adoptie als:

1° de kandidaat-adoptant in het kader van de in artikel 365-6 van het Burgerlijk Wetboek bedoelde regularisatieprocedure geen toestemming heeft gekregen van de federale centrale autoriteit om de adoptieprocedure bepaald in artikel 361-1 van het Burgerlijk Wetboek in te leiden;

2° aan de kandidaat-adoptant een kind werd toevertrouwd uit een staat van herkomst die noch adoptie, noch plaatsing met het oog op adoptie kent, zonder dat de bepalingen van artikel 361-5 van het Burgerlijk Wetboek werden nageleefd.

Als de kandidaat-adoptanten vermeld in het eerste lid zich willen laten inschrijven voor de voorbereiding op de adoptie van een onbekend kind, vermeldt de ZBGA op het deelnemingsattest vermeld in artikel 31 dat dit attest niet gebruikt mag worden voor de adoptie van het kind vermeld in het eerste lid.

Als een kandidaat-adoptant zich laat inschrijven voor de voorbereiding op adoptie, hoewel hij binnen het toepassingsgebied van de artikelen 363-1 tot 363-3 van het Burgerlijk Wetboek valt, vermeldt de ZBGA dit op het deelnemingsattest vermeld in artikel 31 en stelt ze de bevoegde familierechtbank in kennis.

Art. 28 - Voorbereiding op de adoptie

De voorbereiding op de adoptie wordt georganiseerd door de ZBGA.

Onder de door de Regering vastgestelde voorwaarden kan de voorbereiding op de adoptie geheel of gedeeltelijk aan derden worden overgedragen.

De Regering bepaalt onder welke voorwaarden een externe voorbereiding op de adoptie of de voorbereiding op een andere vorm van opvang van kinderen gelijkgesteld kan worden met de voorbereiding die door de ZBGA wordt aangeboden.

Art. 29 - Doel van de voorbereiding op de adoptie

De voorbereiding op de adoptie heeft tot doel de kandidaat-adoptanten in te lichten over de juridische, contextuele, culturele, ethische en menselijke aspecten van adoptie en hen bewust te laten worden van de psychologische, familiale en relationele uitdagingen van de adoptierelatie.

Art. 30 - Programma's van de voorbereiding op de adoptie

§ 1 - De Regering bepaalt de nadere regels en de duur van de voorbereiding op de adoptie, het bedrag dat de kandidaat-adoptanten als bijdrage in de kosten betalen, alsook de manier waarop die bijdrage wordt overgeschreven.

§ 2 - Voor een intrafamiliale adoptie, de adoptie van een tweede kind, de adoptie van een kind met een beperking of personen die al aan een voorbereiding op een adoptie of een andere vorm van voorbereiding hebben deelgenomen, kan de Regering voorzien in specifieke programma's voor de voorbereiding op de adoptie.

Gehuwde of wettelijk samenwonende kandidaat-adoptanten moeten samen deelnemen aan de voorbereidende programma's vermeld in het eerste lid.

Art. 31 - Deelnemingsattest dat bewijst dat de voorbereiding op de adoptie werd voltooid

Nadat de kandidaat-adoptanten de voorbereiding op de adoptie voltooid hebben, geeft de ZBGA hen een deelnemingsattest. Dat attest bevestigt dat de voorbereiding op de adoptie werd gevolgd overeenkomstig artikel 346-2, eerste lid, en artikel 361-1, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek.

Het deelnemingsattest dat bewijst dat de voorbereiding op de adoptie werd voltooid is achttien maanden geldig en bevat minstens:

- 1° de namen en voornamen van de kandidaat-adoptanten;
- 2° de geboorteplaats en geboortedatum van de kandidaat-adoptanten;
- 3° de nationaliteit van de kandidaat-adoptanten;
- 4° de burgerlijke staat van de kandidaat-adoptanten.

Afdeling 2 - Maatschappelijke onderzoeken

Art. 32 - Maatschappelijk onderzoek naar de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten

De ZBGA voert het maatschappelijk onderzoek naar de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten uit dat met toepassing van artikel 1231-1/4, artikel 1231-1/11, § 3, en artikel 1231-6, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek door de familierechtbank wordt bevolen.

Overeenkomstig artikel 1231-1/4, artikel 1231-1/11, § 3, en artikel 1231-6, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek wordt een door de ZBGA aangewezen psycholoog geraadpleegd.

Met het oog op de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek kan de ZBGA zo nodig een beroep doen op deskundigen die per prestatie worden vergoed.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het voeren van het maatschappelijk onderzoek, het bedrag dat de kandidaat-adoptanten als bijdrage in de kosten betalen, alsook de manier waarop die bijdrage wordt overgeschreven.

Art. 33 - Maatschappelijk onderzoek naar het belang van het kind om geadopteerd te worden

§ 1 - De ZBGA voert het maatschappelijk onderzoek naar het belang van het kind om geadopteerd te worden uit; dit maatschappelijk onderzoek wordt door de familierechtbank met toepassing van artikel 1231-6, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek bevolen.

Met het oog op de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek kan de ZBGA zo nodig een beroep doen op deskundigen die per prestatie worden vergoed.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek.

§2 - De Regering wijst aan welke diensten met toepassing van artikel 1231-6, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek om advies verzocht kunnen worden.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de financiering voor het verstrekken van dat advies.

§ 3 - Als de familierechtbank het maatschappelijk onderzoek vermeld in § 1 beveelt, zendt de ZBGA de informatie vermeld in artikel 348-4 van het Burgerlijk Wetboek over aan de biologische ouders.

Art. 34 - Maatschappelijk onderzoek naar de weigering om toe te stemmen in de adoptie

Het bevoegde justitiehuis voert het maatschappelijk onderzoek vermeld in artikel 348-11, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek uit.

Art. 35 - Maatschappelijk onderzoek naar de adopteerbaarheid van het kind bij een interlandelijke adoptie van kinderen die hun gewone verblijfplaats in België hebben

§ 1 - De ZBGA voert het maatschappelijk onderzoek uit dat door de familierechtbank met toepassing van artikel 1231-35 van het Gerechtelijk Wetboek wordt bevolen.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek.

§ 2 - De Regering wijst de diensten aan die met toepassing van artikel 1231-35 van het Gerechtelijk Wetboek om advies verzocht kunnen worden.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de financiering voor het verstrekken van dat advies.

Afdeling 3 - Adoptiebemiddeling via een adoptiedienst

Onderafdeling 1 – Algemene bepalingen

Art. 36 - Doel van de adoptiebemiddeling

Adoptiebemiddeling heeft tot doel vast te stellen welke kandidaat-adoptanten het best beantwoorden aan de behoeften van de te adopteren kinderen.

Voor de adoptiebemiddeling moeten de kandidaat-adoptanten begeleid worden door een adoptiedienst, behalve in de situaties vermeld in artikel 43 en in artikel 346-1/1, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek.

Art. 37 - Overeenkomst

Wanneer een adoptiedienst de adoptiebemiddeling overneemt, sluit de adoptiedienst een overeenkomst met de kandidaat-adoptanten waarin minstens de nadere regels voor de verdere samenwerking en de bijdrage in de kosten worden vastgelegd.

De Regering legt het model van de overeenkomst vast.

Kandidaat-adoptanten die al een overeenkomst ondertekend hebben, mogen nog een andere adoptiebemiddeling alleen initiëren als ze daartoe een met redenen omklede schriftelijke toestemming van de ZBGA hebben.

Art. 38 - Overzending van het voorstel voor een kind

Voordat de adoptiedienst een voorstel voor een kind verzendt aan de kandidaat-adoptanten; moet de ZBGA met dat voorstel instemmen. Daartoe onderzoekt de ZBGA de correcte toepassing van de wettelijke bepalingen, alsook de juridische en psychologische adopteerbaarheid van het kind op basis van de verslagen over het kind, vermeld in artikel 22 van dit decreet, alsook vermeld in artikel 361-3, 2°, a), of in artikel 361-5, 1°, van het Burgerlijk Wetboek.

Onderafdeling 2 - Extrafamiliale binnenlandse adoptie

Art. 39 – Procedure

De kandidaat-adoptanten die beschikken over een geschiktheidsvonnis overeenkomstig artikel 1231-1/7 van het Gerechtelijk Wetboek, richten zich voor de bemiddeling bij de adoptie van een kind in het kader van een extrafamiliale binnenlandse adoptie tot een erkende adoptiedienst.

De Regering bepaalt de voorwaarden en de procedure voor de adoptiebemiddeling.

Onderafdeling 3 - Extrafamiliale interlandelijke adoptie

Art. 40 – Procedure

De kandidaat-adoptanten die beschikken over een geschiktheidsvonnis overeenkomstig artikel 1231-1/7 van het Gerechtelijk Wetboek, richten zich voor de bemiddeling bij de adoptie van een kind in het kader van een extrafamiliale interlandelijke adoptie tot een erkende adoptiedienst.

De Regering bepaalt de voorwaarden en de procedure voor de adoptiebemiddeling.

Art. 41 - Overzending van documenten

§ 1 - Nadat de kandidaat-adoptanten een overeenkomst met een adoptiedienst ondertekend hebben, bezorgt de ZBGA met toepassing van artikel 361-3 van het Gerechtelijk Wetboek de volgende documenten aan de bevoegde buitenlandse autoriteiten:

1° de stukken vermeld in artikel 361-2 van het Gerechtelijk Wetboek;

2° het verslag over de kandidaat-adoptanten vermeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek;

3° de schriftelijke toestemming van de kandidaat-adoptanten om voor het kind te zorgen met het oog op adoptie;

4° de schriftelijk goedgekeurde beslissing van de ZBGA om het voorgestelde kind aan de kandidaat-adoptanten toe te vertrouwen.

De Regering legt het model van het verslag vermeld in het eerste lid, 2°, vast.

§ 2 - Ontvangt de ZBGA de documenten vermeld in artikel 361-3, 2°, of artikel 361-5, 1° en 2°, van het Burgerlijk Wetboek of, in voorkomend geval, gelijkwaardige documenten, dan wel de vrijstelling van indiening ervan overeenkomstig artikel 361-4 van het Burgerlijk Wetboek, dan bezorgt ze die aan de adoptiedienst die de kandidaat-adoptanten hebben gekozen.

Art. 42 - Vertalingen

Als vertalingen noodzakelijk zijn, worden de daardoor ontstane kosten door de kandidaat-adoptanten gedragen.

Afdeling 4 - Adoptiebemiddeling via de ZBGA

Art. 43 - Bemiddelingsvoorwaarden

De ZBGA kan de adoptiebemiddeling overnemen voor kandidaat-adoptanten die over een geschiktheidsvonnis overeenkomstig artikel 1231-1/7 beschikken en:

1° een kind willen adopteren vanuit een Staat of een deel van een Staat waarvoor geen enkele erkende adoptiedienst de toestemming tot samenwerking heeft;

2° een kind willen adopteren in het kader van een interlandelijke intrafamiliale adoptie. Onder interlandelijke intrafamiliale adoptie wordt verstaan: de adoptie bedoeld in artikel 360-2 van het Burgerlijk Wetboek die betrekking heeft op een verwant kind of een kind dat het dagelijks leven van de toekomstige adoptant deelt of heeft gedeeld, voor zover die adoptie niet onder de artikelen 363-1 tot en met 363-3 van het Burgerlijk Wetboek valt.

De ZBGA kan de adoptiebemiddeling vermeld in het eerste lid, 1°, weigeren, als de Staat van herkomst een Staat is waar een hoog veiligheidsrisico bestaat.

Art. 44 - Bemiddelingsgesprek

De in artikel 43 vermelde kandidaat-adoptanten richten zich voor een bemiddelingsgesprek tot de ZBGA. Tijdens dat gesprek verstrekken de kandidaat-adoptanten aan de ZBGA de vragenlijst vermeld in artikel 24, § 2, de in het Duits vertaalde wetgeving op het gebied van adoptie van de Staat van herkomst en elk ander document dat informatie over het adoptieproject kan verstrekken.

Art. 45 - Onderzoek van het adoptieproject

§ 1 - Na ontvangst van de documenten vermeld in artikel 44 verzoekt de ZBGA indien nodig om ondersteuning van een Belgische of buitenlandse autoriteit of organisatie om na te gaan of:

1° de bevoegde buitenlandse autoriteiten het toepasselijke recht en de krachtens het internationaal recht aan het kind toegekende grondrechten eerbiedigen;

2° de herkomst, de adopteerbaarheid en het belang van het kind gewaarborgd zijn. Hiertoe verzoekt de ZBGA om de documenten vermeld in artikel 361-3, 2°, of artikel 361-5, 1° en 2°, van het Burgerlijk Wetboek of, in voorkomend geval, gelijkwaardige documenten, dan wel de vrijstelling van indiening ervan overeenkomstig artikel 361-4 van het Burgerlijk Wetboek;

3° het subsidiariteitsbeginsel verankerd in artikel 21 van het VN-Verdrag inzake de rechten van het kind en in artikel 4 van het Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993 in acht genomen wordt;

4° de Staat van herkomst van het kind het Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993 of het Verdrag van 19 oktober 1996 betreffende de bevoegdheid, het toepasselijke recht, de erkenning, de tenuitvoerlegging en de samenwerking op het gebied van ouderlijke verantwoordelijkheid en maatregelen ter bescherming van kinderen heeft ondertekend;

5° het adoptieproject niet tot ongepast geldelijk voordeel leidt voor de personen die verantwoordelijk zijn voor het kind of voor anderen overeenkomstig artikel 21, d), van het VN-Verdrag inzake de rechten van het kind;

6° de buitenlandse wetgeving inzake adopties verenigbaar is met de bepalingen van het Belgische recht.

§ 2 - De ZBGA deelt de beslissing mee aan de kandidaat-adoptanten binnen vier maanden na ontvangst van de in § 1 vermelde documenten en van de door de Regering vastgelegde bijdrage in de kosten, ongeacht of het adoptieproject al dan niet kan worden voortgezet.

Indien de ZBGA na het verstrijken van de in § 1 vermelde termijn van vier maanden onvoldoende informatie heeft ontvangen van de in § 1 vermelde autoriteiten, wordt het adoptieproject opgeschort totdat die informatie is ontvangen. Binnen twee maanden na ontvangst van deze informatie deelt ze haar definitieve beslissing mee aan de kandidaat-adoptanten.

Art. 46 - Overeenkomst

Als de ZBGA de voortzetting van het adoptieproject goedkeurt, zet zij de adoptiebemiddeling voort of belast ze een erkende adoptiedienst met de voortzetting van de adoptiebemiddeling.

Wanneer de ZBGA de adoptiebemiddeling voortzet, sluit ze een overeenkomst met de kandidaat-adoptanten waarin minstens de nadere regels voor de verdere samenwerking en de bijdrage in de kosten worden vastgelegd.

De Regering legt het model van de overeenkomst vast.

Art. 47 - Overzending van documenten

Met toepassing van artikel 361-3 van het Burgerlijk Wetboek zendt de ZBGA de volgende documenten over aan de bevoegde buitenlandse autoriteiten:

1° de stukken vermeld in artikel 361-2 van het Gerechtelijk Wetboek;

2° het verslag over de kandidaat-adoptanten vermeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek;

3° de schriftelijke toestemming van de kandidaat-adoptanten om voor het kind te zorgen met het oog op adoptie;

4° de schriftelijk goedgekeurde beslissing van de ZBGA om het voorgestelde kind aan de kandidaat-adoptanten toe te vertrouwen.

Art. 48 - Vertalingen

Als vertalingen noodzakelijk zijn, worden de daardoor ontstane kosten door de kandidaat-adoptanten gedragen.

Afdeling 5 - Regularisatie van adopties

Art. 49 – Procedure

De kandidaat-adoptanten bedoeld in artikel 365-6, § 2, van het Burgerlijk Wetboek waarvoor de federale centrale autoriteit een met redenen omkleed advies inwint bij de ZBGA, vullen de in artikel 24, § 2, van het Burgerlijk Wetboek vermelde vragenlijst in en betalen aan de ZBGA de door de Regering vastgelegde bijdrage in de kosten. Nadat de ZBGA de bijdrage in de kosten heeft ontvangen, stelt ze het met redenen omkleed advies vermeld in artikel 365-6, § 2, tweede lid, op.

Afdeling 6 - Interlandelijke adoptie van kinderen die hun gewone verblijfplaats in België hebben

Art. 50 – Procedure

§ 1 - Overeenkomstig artikel 362-1 van het Burgerlijk Wetboek ontvangt de ZBGA van de federale centrale autoriteit een verslag over één of meer in het buitenland wonende personen die een kind willen adopteren dat zijn gewone verblijfplaats in België heeft.

Als een kind in aanmerking komt voor adoptie, bezorgt de ZBGA de gegevens over het kind overeenkomstig artikel 1231-34 van het Gerechtelijk Wetboek aan de federale centrale autoriteit.

§ 2 - In opdracht van de familierechtbank voert de ZBGA het in artikel 35 vermelde maatschappelijk onderzoek naar de adopteerbaarheid van het kind uit.

§ 3 - Als de ZBGA van de federale centrale autoriteit het vonnis over de adopteerbaarheid van het kind ontvangt, zendt ze de volgende documenten aan de bevoegde buitenlandse autoriteiten:

- 1° de met redenen omklede beslissing om de adoptieprocedure voort te zetten;
- 2° het vonnis over de adopteerbaarheid;
- 3° het verslag over het kind vermeld in artikel 362-3, 4°, van het Burgerlijk Wetboek.

Afdeling 7 - Adoptiebegeleiding en nazorg

Art. 51 - Adoptiebegeleiding

De ZBGA:

1° biedt op verzoek van de adoptanten, de geadopteerden en de biologische ouders begeleiding en ondersteuning aan;

2° biedt de adoptanten en de geadopteerden regelmatig bijeenkomsten rond adoptie aan;

3° staat ter beschikking van de geadopteerden bij vragen over hun identiteit of herkomst.

De ZBGA kan de taken vermeld in het eerste lid geheel of gedeeltelijk overdragen aan een erkende adoptiedienst.

Onder de door de Regering vastgestelde voorwaarden kan de uitvoering van de adoptiebegeleiding geheel of gedeeltelijk aan derden worden overgedragen.

De Regering bepaalt welk bedrag de kandidaat-adoptanten betalen als bijdrage in de kosten van de adoptiebegeleiding, alsook de manier waarop die kostenbijdrage wordt overgeschreven.

Art. 52 - Nazorg

De ZBGA biedt nazorg aan het kind en aan de adoptanten. Die nazorg omvat minstens:

1° een eerste contact binnen 15 dagen na de aankomst van het kind in zijn gezin;

2° een eerste bezoek thuis bij de adoptanten binnen drie maanden na de aankomst van het kind in het gezin;

3° een tweede bezoek thuis in het jaar van aankomst van het kind, een jaarlijkse ontmoeting tot de adoptie definitief afgesloten is en een ontmoeting in het jaar waarin de adoptie wordt afgesloten;

4° de nazorg die vereist wordt door de bevoegde autoriteiten van de Staat van herkomst.

De ZBGA kan de taken vermeld in het eerste lid geheel of gedeeltelijk overdragen aan een erkende adoptiedienst.

Onder de door de Regering vastgestelde voorwaarden kan de uitvoering van de nazorg geheel of gedeeltelijk aan derden worden overgedragen.

De Regering bepaalt welk bedrag de kandidaat-adoptanten betalen als bijdrage in de kosten van de nazorg, alsook de manier waarop die kostenbijdrage wordt overgeschreven.

HOOFDSTUK 6 – SAMENWERKING, VERTROUWELIJKHEID EN BESCHERMING VAN PERSOONSGEGEVENS

Art. 53 – Samenwerking

Onverminderd de bepalingen van dit hoofdstuk zijn de ZBGA, de adoptiediensten en alle natuurlijke personen of rechtspersonen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, verplicht tot samenwerking.

De ZBGA en de adoptiediensten die met de adoptie van een kind worden belast, stellen elkaar in kennis van de maatregelen die reeds zijn genomen in het kader van de taken die hun bij dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan zijn opgelegd.

De samenwerking geschiedt met inachtneming van de verdeling van de taken en bevoegdheden.

Art. 54 – Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de ZBGA, de adoptiediensten en alle natuurlijke personen of rechtspersonen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 55 – Verwerking van persoonsgegevens

De ZBGA, de adoptiediensten en alle natuurlijke personen of rechtspersonen die betrokken zijn bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan, zijn verantwoordelijk voor de verwerking van de in dit hoofdstuk bedoelde persoonsgegevens in de zin van artikel 4, lid 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De ZBGA, de adoptiediensten en alle natuurlijke personen of rechtspersonen die betrokken zijn bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan, verwerken persoonsgegevens met het oog op de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten. Ze mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten gebruiken.

Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Art. 56 – Gegevenscategorieën

De ZBGA en de adoptiediensten kunnen alle overeenkomstig artikel 55 toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën die betrekking hebben op de kandidaat-adoptanten, de adoptiegezinnen, de geadopteerden en de biologische ouders verwerken:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het einddiploma of de opleiding;
- 3° gegevens over de talenkennis;
- 4° gegevens over de gezinssituatie;
- 5° gegevens over de sociale en financiële situatie;
- 6° gegevens over de vrijetijdsbesteding;
- 7° gegevens over de bekwaamheden en interesses;
- 8° medische en psychologische gegevens;
- 9° gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, met inbegrip van de gegevens over levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging;
- 10° justitiële gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Alle natuurlijke personen of rechtspersonen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen daarvan betrokken zijn, mogen alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens vermeld in het eerste lid verwerken, met uitzondering van de gegevens vermeld in 8°, 9° en 10°.

Nadat de Gegevensbeschermingsautoriteit haar voorafgaand advies heeft verstrekt, preciseert de Regering de gegevenscategorieën vermeld in het eerste en het tweede lid en de duur van de gegevensverwerking vermeld in artikel 57.

Art. 57 – Duur van de gegevensverwerking

De gegevens mogen niet langer dan noodzakelijk is voor de verwezenlijking van de doeleinden waarvoor ze verwerkt worden in een vorm bewaard worden die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren. Onverminderd de artikelen 59 en 60 worden ze uiterlijk na het verstrijken van de door de Regering vastgestelde termijn vernietigd.

HOOFDSTUK 7 - DOSSIERBEHEER EN RECHT OP TOEGANG TOT INFORMATIE OVER DE HERKOMST

Art. 58 - Dossierbeheer

Met toepassing van artikel 368-6 en artikel 368-7 van het Burgerlijk Wetboek bewaart de ZBGA de informatie waarover zij beschikt met betrekking tot de herkomst van de geadopteerde persoon, in het bijzonder de gegevens betreffende de identiteit van de ouders en de gegevens betreffende de medische voorgeschiedenis van de geadopteerde persoon en van zijn gezin.

Art. 59 – Recht van toegang

Binnen de perken van de wettelijke vereisten en met toepassing van artikel 368-6 en artikel 368-7 van het Burgerlijk Wetboek waarborgen de ZBGA en de adoptiediensten de toegang van de geadopteerde of van diens vertegenwoordiger tot de dossiers die in hun bezit zijn.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de raadpleging van de dossiers vermeld in het eerste lid.

HOOFDSTUK 8 – SLOTBEPALINGEN

Art. 60 – Wijzigingsbepaling

In artikel 6bis van het decreet van 9 mei 1988 betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, tweede lid, 4°, wordt vervangen als volgt:

[DATUM]"4° de ontvangsten die voortvloeien uit de toepassing van de artikelen 30, 32, 37, 45, § 2, 46, 49, 51 en 52 van het decreet van ... betreffende de adoptie."

2° paragraaf 2, 2°, wordt vervangen als volgt:

"2° [DATUM] de overname van kosten die ontstaan in het kader van artikel 5, § 2, van het decreet van ... betreffende de adoptie;"

3° paragraaf 2, 3°, wordt vervangen als volgt:

"3° de overname van bijzondere uitgaven en uitgaven voor cultuur, sport en schoolse activiteiten die goedgekeurd werden met toepassing van de artikelen 44, 46 en 48 van het besluit van de Regering van 14 mei 2009 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming."

4° in § 3, tweede lid, worden de woorden "onder § 2, 2° en 3°" vervangen door de woorden "in § 2, 2°, 3° en 4°".

Art. 61 - Opheffingsbepaling

Het decreet van 21 december 2005 betreffende de adoptie, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2014, wordt opgeheven.

Art. 62 - Overgangsbepaling

Voor kandidaat-adoptanten die op de datum van inwerkingtreding van dit decreet de voorbereiding op de adoptie reeds aangevat hebben, wordt de adoptieprocedure voortgezet overeenkomstig de bepalingen die vóór de inwerkingtreding van dit decreet van kracht waren.

Art. 63 - Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2020.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS